

Grüne Umfrage zur Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung:

Kommunale Spielregeln auf dem Prüfstand

GZ-Gespräch mit MdL Johannes Becher, Sprecher für kommunale Fragen bei Bündnis 90/Die Grünen

Offener Beteiligungsprozess über Parteigrenzen hinweg: Die Grüne Landtagsfraktion lädt alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, aber auch alle interessierten Bürger im Freistaat zu einer Umfrage zu den Bayerischen Kommunalverfassungen ein. Hintergrund ist die anstehende Novelle der Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnung im zweiten Halbjahr 2022, einhergehend mit der Vorlage eines Änderungsgesetzes durch die Staatsregierung. Die Teilnahme an der Umfrage, die im Sommer ausgewertet wird, ist im Zeitraum 1. Mai bis 30. Juni 2022 möglich, wie der Initiator der Umfrage, Johannes Becher, Grünen-Sprecher für kommunale Fragen, gegenüber der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte. Der Link zur Umfrage ist unter <https://www.surveymonkey.de/r/5Z6N3S3> zu finden.

„Wenn man die Verfassung der kommunalen Demokratie reformieren will, muss man sich insbesondere die Stimmen der Rätinnen und Räte anhören. Dazu gab es bisher keine Befragung oder Beteiligung und wir wollen daher alle Gemeinde-, Kreis- und auch die Bezirksräte, Bürgermeister, Landräte und allen weiteren Interessierten die Möglichkeit geben, Vorschläge einzubringen, wo Sie Verbesserungsbedarf sehen oder sich mehr Praxisnähe wünschen“, betonte Becher.

Ideen proaktiv einbringen

In der bisher vorgenommenen Evaluation habe das Innenministerium die Gemeinden und Landkreise nur indirekt über die kommunalen Spitzenverbände eingebunden. Wie der Grünen-Sprecher ausführte, „werden wir uns jeden Vorschlag ansehen und prüfen, welche Anregungen wir übernehmen können“. Die grüne Landtagsfraktion werde sich proaktiv mit eigenen Ideen einbringen.

Für Becher, der sich trotz seines jungen Alters bereits lange Jahre leidenschaftlich in der Kommunalpolitik engagiert, ist es wichtig, die kommunalen Spielregeln von Zeit zu Zeit zu überprüfen zu machen, um letztlich dafür auch mehr Frauen zu gewinnen. Hierzu stünden etwa Vorschläge wie die Übernahme von Betreuungskosten während der Sitzungen oder die Freistellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Raum. Damit einher geht die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Kommunalpolitik.



Johannes Becher, MdL.

Bild: Schierl-Fotografie

fen und gegebenenfalls anzupassen, um möglichst gute Lösungen vor Ort zu finden. Mit 30 Jahren wurde er 2018 erstmals in den Bayerischen Landtag gewählt. Seit 2008 ist Becher Kreisrat im Landkreis Freising sowie Stadtrat in Moosburg a. d. Isar, wo er bis 2020 als Jugendreferent fungierte. Darüber hinaus war er von 2013 bis 2018 als Bezirksrat im Bezirk Oberbayern tätig.

Eigene Herzensanliegen einbringen

Die nicht repräsentative Umfrage beinhaltet ca. 30 Fragen, die nicht nur im Multiple Choice-Verfahren gestellt werden, sondern auch die Möglichkeit bieten, in Textfeldern gezielt eine eigene Meinung zu äußern. Becher zufolge bedeutet dies einen erheblichen Aufwand in der Auswertung, bietet jedoch den Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Herzensanliegen präzise mitzuteilen. Möglich ist dies sowohl anonym als auch per Datenhinterlegung.

Betrachtet man die Umfrage zur Gemeindeordnung – daneben gibt es auch Teilmfragen zur Landkreis- und Bezirksordnung –, so trifft man etwa auf die Frage nach der Zufriedenheit mit bestehenden gesetzlichen Regelungen zur Sitzungsvorbereitung, zur Ladung der Mitglieder, und zur Durchführung der Gemeinderats- und Stadtratssitzung. Im Anschluss daran können Verbesserungswünsche mitgeteilt werden.

Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf

Als eine der größten Baustellen auf der kommunalen Ebene definiert Becher die Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt, sprich die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf. Sich über einen Zeitraum von sechs Jahren zu verpflichten, sei mit zahlreichen Belastungen verbunden, erklärte der Landtagsabgeordnete. Damit die Demokratie vor Ort gut funktioniert, sei es notwendig, das kommunale Ehrenamt zu stärken und attrakti-

selten ist von „Altersdiskriminierung“ die Rede.

Direkte Mitbestimmung und echtes Meinungsbild

Klärungsbedarf besteht auch bei der Frage: Wieviel direkte Mitbestimmung brauchen wir? Sind Erleichterungen beim Thema Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wünschenswert oder sollte die sog. Negativliste erweitert werden, wie aus Reihen der kommunalen Spitzenverbände zu vernehmen ist? Exemplarisch nennt der Bayerische Gemeindegtag hier das Bauleitplanungsverfahren.

Für Johannes Becher ist es grundsätzlich wichtig, ein echtes Meinungsbild aus der Bevölkerung zu erhalten. Die Wahlbeteiligung müsse deshalb auch bei Bürgerentscheiden noch weiter erhöht werden. Als eine gemeinschaftlich erbrachte „grandiose Leistung“ und „Faustpfand“ bezeichnete er in diesem Zusammenhang den Bürgerentscheid gegen die dritte Startbahn auf dem Münchner Flughafen vom 17. Juni 2012.

„Im Sinne der Partizipation, aber auch der politischen Bildung“ zeigt sich der Landtagsabgeordnete „absolut vom Thema Jugendbeteiligung“ überzeugt. Schließlich war er selbst sechs Jahre Mitglied des Moosburger Jugendparlaments und drei Jahre dessen Vorsitzender.

Digitalisierung in der Kommunalpolitik

Kommunale Demokratie in Corona-Zeiten: Der bayerische Landesgesetzgeber hat mit Wirkung ab 17.03.2021 auch für 2022 hybride Gemeinderatssitzungen für zulässig erklärt. Wie es 2023 weitergeht, muss der Landtag noch in diesem Jahr entscheiden. Es gilt, datenschutzrechtliche Fragen in Bezug auf Livestreams oder Videoaufnahmen zu klären. Auch steht eine mögliche Speicherung in Mediatheken auf dem Prüfstand. Gleiches gilt für die kommunalen Pflichtenaufgaben. Hier stellt sich die Frage: „Sollte das Thema Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu einer Pflichtaufgabe werden?“

„Insgesamt versuchen wir, mit dem Fragenkatalog ein breites Meinungsbild zu bekommen“, bilanzierte Becher. Er sieht darin durchaus Potenzial für einige neue Anregungen, „die wir möglicherweise in der Form noch nicht auf dem Schirm hatten. Auf diese Weise könnten wir unsere ohnehin geplanten Änderungsanträge auch ein Stück weit ergänzen oder verfeinern. Ich bin da ganz zuversichtlich.“ **DK**

Informationsrecht und Transparenz

Eine weitere Frage widmet sich der aktuellen Rechtslage beim Thema Informationsrecht, wonach dieses, anders als dem einzelnen Kreisrat, nur dem Gemeinderat in seiner Gesamtheit zusteht, nicht jedoch dem einzelnen Mitglied. Das Recht erstreckt sich nicht auf beliebige Informationen, sondern ist beschränkt auf den Aufgabenbereich des Gemeinderats, d. h. auf Fragen der Verwaltung der Gemeinde und zur Überwachung der Gemeindeverwaltung. Ist der Umgang untereinander vernünftig und harmonisch, gibt es nach Bechers Erfahrung wenig Probleme. Anders stelle sich die Situation dar, wenn die Fronten verhärtet sind, weshalb aus seiner Sicht das Modell auf Kreisebene auch auf die Gemeindeebene übertragen werden sollte.

Immer mehr Gewicht erhält das Thema Transparenz und die Frage nach der Veröffentlichung von Beschlussvorlagen öffentlicher Sitzungen oder weiteren Protokollen im Internet. Beispiele aus zahlreichen Kommunen zeigen inzwischen, dass sich Transparenz in der Praxis mittels eines digitalen Ratsinformationssystems erfolgreich umsetzen lässt.

Berufsmäßige und/oder ehrenamtliche Bürgermeister

Der Frage nach gesetzlichen Regelungen zur Bildung und Besetzung der Gemeinderats- und Stadtratsausschüsse schließt sich die Bitte um Auskunft darüber an, ab welcher Gemeindegröße ein hauptamtlicher, berufsmäßiger Erster Bürgermeister zwingend erforderlich bzw. empfehlenswert ist. Es folgen die Themen Höchstaltersgrenze und Amtszeitbegrenzung. Bei hauptamtlichen Bürgermeistern gibt es eine Höchstaltersgrenze von 67 Jahren, bei ehrenamtlichen nicht. Die Regelung ist umstritten, nicht

Sozialministerin Ulrike Scharf:

„Wir bringen die Erfahrung der einen mit dem frischen Blick der anderen zusammen!“

Start des Mentoring-Programms für kommunale Gleichstellungsbeauftragte

Bayerins Sozialministerin Ulrike Scharf startet erstmalig ein Mentoring-Programm für kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Bayern: „Mit dem Mentoring-Programm unterstützen wir motivierte und engagierte Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen. Ein Jahr lang werden erfahrene und noch wenig erfahrene Gleichstellungsbeauftragte in einem Tandem zusammenarbeiten. Beide werden voneinander profitieren, weil wir die Erfahrung der einen mit dem frischen Blick der anderen zusammenbringen! Auf diese Weise führt Mentoring zu mehr Erfolg – und genau darauf kommt's beim Zukunftsthema Gleichstellung an!“

Erklärtes Ziel der bayerischen Gleichstellungspolitik ist es, allen Menschen in Bayern die Chance zu geben, ihr Leben nach ihren individuellen Anlagen und Befähigungen zu gestalten, egal, ob Frau oder Mann. Denn Talent ist gleich verteilt – das Geschlecht spielt hier keine Rolle. Der öffentliche Dienst in Bayern hat hier eine besondere Vorbildfunktion. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte wirken innerhalb der öffentlichen Verwaltung in Städten, Gemeinden oder Kreisverwaltungen, stehen aber darüber hinaus auch Bürgerinnen und Bürgern mit Rat und Tat zur Seite. Durch das nun beginnende Mentoring unterstützen sich die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gegenseitig bei ihrer sensiblen und herausfordernden Aufgabe.

Die Durchführung des Mentoring-Programms übernimmt die Frauenakademie München e.V. **□**

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Social Media für Kommunen

21. Juni 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt. **□**

Schwierigkeiten mit Personal meistern

22. Juli 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Überall, wo Menschen aufeinandertreffen, kann es knirschen. Kaum eine Bürgermeisterin, kaum ein Bürgermeister hat Erfahrungen in der Personalführung in einer Verwaltung. Viele Anreize, die man aus der freien Wirtschaft einsetzen kann, fehlen im öffentlichen Dienst. Umso mehr kommt es darauf an, die Mitarbeiter*innen bei Laune zu halten. Wie geht das und was kann man tun, wenn Dinge aus dem Ruder laufen?

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Rechtssicheres Gemeinde- oder Stadtblatt

19. Oktober 2022, 14:00 - 15:30 Uhr

Gemeindeblätter sind nach dem Urteil zum Stadtblatt in Crailsheim inhaltlich und im Layout eingeschränkt. Vieles darf nicht mehr mitgeteilt werden – vieles, was gerade das Zwischenmenschliche in einer Kommune ausmacht. Das hat seine Berechtigung. Aber was bleibt dann noch für die Gemeindeblätter übrig? Wie realisiert man ein attraktives Blatt mit eingeschränkten Inhalten? Der Vortrag zeigt Wege für ein qualitativvolles Blatt, das nicht in Konkurrenz zur freien Presse tritt.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MwSt.

Ärztinnen und Ärzte für individuelle Impfentscheidung:

Niederlage für den Rechtsstaat

Schlag ins Gesicht für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen

Das Bundesverfassungsgericht hat erste Klagen gegen die einrichtungsbegleitende Impfpflicht für die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich abgewiesen. Dabei berief sich das Gericht entgegen aller wissenschaftlichen Erkenntnisse in erster Linie auf den Fremdschutz. Ebenfalls ließ das Gericht unberücksichtigt, dass keiner der aktuellen COVID-Impfstoffe eine Ansteckung substantiell verhindert. Für die Ärztinnen und Ärzte für individuelle Impfentscheidung (ÄFI), die in dem Verfahren als sachkundiger Dritter eine Stellungnahme abgegeben hatten, ist das Urteil auch eine Niederlage für den Rechtsstaat.

Seit dem 15. März gilt die einrichtungsbegleitende Impfpflicht. Nachdem das BVerfG bereits vor diesem Termin zahlreiche Verfassungsbeschwerden und Eilanträge gegen die Regelung abgewiesen hatte, bestätigte es nun diese Entscheidung im Hauptsacheverfahren.

Die Karlsruher Richter führten in erster Linie das Argument des Fremdschutzes an. Die Impfung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen könne dazu beitragen, alte und kranke Menschen zu schützen. Geimpfte seien bei einer COVID-Infektion weniger und kürzer infektiös als nicht Geimpfte. Ebenfalls sei nicht zu beanstanden, dass der Gesetzgeber keine mildereren Mittel als die Impfung zum Schutz vulnerabler Menschen berücksichtigt habe.

Das Gericht erkannte zwar an, dass die einrichtungsbegleitende Impfpflicht einen Eingriff in die Berufsfreiheit der Beschäftigten im Gesundheitswesen darstellt; hält dies jedoch „zum Schutz vulnerabler Menschen“ für gerechtfertigt.

Impfstoffe wurden nur für den Eigenschutz entwickelt

Bei seiner Entscheidung ließ das Gericht unberücksichtigt, dass die eingesetzten COVID-Impfstoffe im europäischen Zulassungsverfahren stets für den Eigenschutz im Sinne der Vermeidung von schweren Verläufen und Tod, nicht aber auf den Fremdschutz vorgesehen waren. Nach großen Haushaltskontaktstudien ist das Risiko, andere Menschen anzustecken, für

infizierte Geimpfte und infizierte Ungeimpfte auch bei engem Kontakt nicht wesentlich unterschiedlich.

Objekte staatlichen Handelns

Immerhin erkannte das BVerfG, dass ÄFI als einziger sachkundiger Dritter auf das Problem des fehlenden Fremdschutzes hingewiesen hat. Ein Rechtsgutachten des Oldenburger Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler, erstellt im Auftrag der ÄFI, hatte die ÄFI-Expertise bei der Beurteilung des Fremdschutzes genutzt. Sein Fazit: Ohne zusätzlichen Schutz der betreuten Menschen fehlt der einrichtungsbegleitenden Impfpflicht jede wissenschaftliche Grundlage.

Der Gutachter war zu dem Schluss gelangt, dass die Impfpflicht im Gesundheitswesen juristisch nicht geeignet, nicht erforderlich und nicht angemessen ist. Sie verletze zudem die Menschenwürde, da sie aus selbstbestimmten Menschen – den Beschäftigten im Gesundheitswesen – Objekte staatlichen Handelns mache. Derlei Aspekte ließ das BVerfG bei seiner Entscheidung nicht gelten. Grundsätzlich stehe jedem ein Berufswechsel (Ärztinnen und Ärzte, Pflegefachkräften und med. Fachangestellten) oder ein Arbeitsplatzwechsel (Verwaltungs-, Reinigungs- und Küchenpersonal) frei.

In ihrer Stellungnahme als sachkundiger Dritter hatte ÄFI auch auf die allgemein reduzier-

(Fortsetzung nächste Seite)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Ebersberger
95444 Bayreuth
am 27.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ansgar Zimmer
97618 Heustreu
am 5.6.

Bürgermeister Thomas Grün

63927 Bürgstadt
am 30.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Schelle
82041 Oberhaching
am 2.6.

Bürgermeister Joachim Eisenkolb

89275 Elchingen
am 28.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister René Wohlfahrt
97273 Kürnach
am 3.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Tabor
90518 Altdorf b. Nbg.
am 3.6.

Bürgermeister Thomas Mack

86706 Weichering
am 4.6.

Bürgermeisterin Eva Karoline Weber

86150 Augsburg
am 31.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johannes Maciejonczyk
96138 Burgenbrach
am 27.5.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Landestagung des Bayerischen Volkshochschulverbandes in München:

Barbara Stamm ist Ehrenpräsidentin

Auf 75 Jahre bewegte Geschichte blickt der Bayerische Volkshochschulverband zurück. Bei der Landestagung des Verbands im Münchner Literaturhaus dankte Kultusminister Michael Piazolo den Vertretern für die langjährige gute Zusammenarbeit: „Der enge Austausch mit Landesorganisationen, den Trägern und den Einrichtungen der Erwachsenenbildung ist mir ein Herzensanliegen. Dabei ist für uns besonders der Bayerische Volkshochschulverband ein wichtiger Bildungspartner. Mein ausdrücklicher Dank geht an alle Haupt- und Ehrenamtlichen im Volkshochschulverband und den rund 200 Volkshochschulen in Bayern.“

Piazolo zufolge „befindet sich unsere Gesellschaft und Arbeitswelt im Umbruch. Hierzu braucht es passgenaue Bildungsangebote, um genau die Fähigkeiten erwerben zu können, die für ein berufliches und persönliches Weiterkommen

entscheidend sind. Genau das leisten unsere Volkshochschulen: Sie ermöglichen lebenslanges Lernen, Bildung für die breite Bevölkerung sowie Erwerb von Fachwissen. Mehr noch: Sie fördern die Eigenverantwortung und stärken die Urteils- und Entscheidungsfähigkeit der Menschen. Dieses Gesamtpaket macht die Volkshochschulen zu Juwelen in unserer Bildungslandschaft.“

Vielseitige und innovative Bildungsangebote

Der Bayerische Volkshochschulverband mit seinen vielseitigen und innovativen Bildungsangeboten sei „seit 75 Jahren ein wichtiger Motor in der Erwachsenenbildung“, fuhr der Minister fort. Die Angebote der Volkshochschulen lägen dabei immer am Puls der Zeit und so betonte Piazolo mit Blick auf den Krieg in der Ukraine: „Demokratisierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Schulen und Erwachsenenbildung ziehen hier an einem Strang. Gerade auch die Veranstaltungen zu den Geschehnissen in der Ukraine sind ein wertvoller Beitrag zur politischen Bildung und Demokratievermittlung: Sie klären auf, geben Orientierung und optimieren die Urteilskraft. Damit stärken die Volkshochschulen eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft.“

Piazolo nannte auch weitere zukunftsweisende Entwicklungen: Aufgrund der Corona-Pandemie sei das Online-Angebot der Erwachsenenbildung stärker ausgebaut worden und gemeinsam mit den Landesorganisationen und Trägern habe man die Verwaltungsvorschriften entbürokratisiert.

44 Millionen Euro für die Erwachsenenbildung

Im Haushalt 2022 hat der Freistaat aktuell 5,5 Millionen Euro mehr an Fördergeldern für die Landesorganisationen und Träger der Erwachsenenbildung bereitgestellt. Damit hat Bayern die Mittel seit 2019 bereits zum vierten Mal in Folge erhöht und nun auf 44 Millionen Euro nahezu verdoppelt.

Verfassungsrang

Wie Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter in seinem Grußwort darlegte, „haben die Volkshochschulen in Bayern Verfassungsrang und diesen Auftrag nehmen wir ernst. Wir müssen uns mit den Themen

Liebe Leserinnen und Leser,

die Welt will nicht zur Ruhe kommen. Erst hat ein Virus den ganzen Erdball im Griff, jetzt ist es ein Krieg im Herzen Europas, der die Welt erschüttert. Ein Kriegsschauplatz nur wenige Flugstunden von uns entfernt gehörte bei vielen von uns, die den Nachkriegsgenerationen angehören, bis vor kurzem nicht in den Bereich des Vorstellbaren.

Umso wichtiger und – angesichts des Zustands der Europäischen Union in den vergangenen Jahren – auch ein Stück ermutigend ist die große Solidarität der westlichen Staaten, die der Ukraine zur Seite stehen, aber auch die

Ermutigende Solidarität

der Bürgerinnen und Bürger, die die Geflüchtete mit offenen Armen aufnehmen. Und dies nicht nur im übertragenen Sinne, sondern ganz konkret als Gastgeber im eigenen Haus, der eigenen Wohnung. Ohne diese großartige Unterstützung der Menschen in unseren Städten und Gemeinden hätten es nicht nur die Geflüchteten ungleich schwerer, in einem anderen Land Fuß zu fassen, auch die Landkreise und Kommunen

GZ

KOLUMNE
Christoph Göbel

wären erneut mit einer Situation konfrontiert, die in der Kürze der Zeit kaum zu bewältigen wäre.

In den Ausländer- und Sozialämtern wird auf Hochtouren gearbeitet, vielfach müssen Personal aus anderen Bereichen abgezogen und Serviceleistungen eingeschränkt werden. Doch allen Menschen ein sicheres Dach über dem Kopf zu geben, und das möglichst nicht in einer Turnhalle oder einer anderen Massenunterkunft, ist innerhalb weniger Wochen eine kaum lösbare Aufgabe – vor allem in den Ballungsräumen, in denen der Wohnraum ohnehin schon knapp und kaum bezahlbar ist.

Im Landkreis München sind bis heute ungefähr 5.000 Geflüchtete aus der Ukraine angekommen – rund 4.000 leben vorübergehend in privaten Unterkünften, in Einliegerwohnungen und Gästezimmern. Das ist in anderen Regionen nicht anders. Ohne die Unterstützung durch die Bevölkerung, die mit ihrer Gastfreundschaft die Zeit überbrückt, bis ausreichend Unterkünfte errichtet werden können, hätten wir teilweise menschlich katastrophale Zustände. Deshalb möchte ich all jenen von Herzen für ihre Gastfreundschaft danken, die Geflüchtete bei sich aufgenommen haben und beim Ankommen in Deutschland unterstützen.

Ein herzliches Vergelt's Gott!

Ihr Christoph Göbel

stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München



Auf der Mitgliederversammlung des Bayerischen Volkshochschulverbandes am 13.05.2022 im Literaturhaus München wurde Barbara Stamm zur Ehrenpräsidentin der bayerischen Volkshochschulen ernannt. Landtagsabgeordnete Dr. Ute Eiling-Hütig wurde einstimmig zur neuen Präsidentin des Bayerischen Volkshochschulverbandes gewählt.

Bild: Alescha Birkenholz

Leitfaden für Vereinsfeiern

Staatskanzleichef Dr. Herrmann: Vereins- und Brauchtumsfeste sind Tradition und Ausdruck unserer Lebensphilosophie

Seit seiner Einführung im Frühjahr 2017 ist der „Leitfaden für Vereinsfeiern“ für das Ehrenamt eine wertvolle Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Festen aller Art. In leicht verständlicher Sprache gibt der Leitfaden umfassende Erläuterungen und Hilfestellungen zu den wichtigsten Fragen rund um das Thema Vereinsfeiern. Jetzt war Zeit für eine Neuauflage.

Die 3. Auflage umfasst als neue Themenfelder u.a. Fragen rund um den Datenschutz/DS-GVO, Festwägen, Ehrenamts-

karte, Markenrechtsverletzungen. Informationen zur kommunalen Haftpflichtversicherung sind im Kapitel „Versicherungen“ enthalten. Das Kapitel „Brauchtumsschützen“ beinhaltet jetzt auch Hinweise zu „Böllerschützen“.

Endlich wieder richtig feiern

Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann: „Endlich wieder richtig feiern – wie sehr hat uns das in den vergangenen zwei Jahren gefehlt! Vereins- und Brauchtumsfeste gehören zur bayerischen DNA und sind Dank des großartigen Engagements der Ehrenamtlichen wieder fester Bestandteil im Kalender. Der „Leitfaden für Vereinsfeiern“ ist topaktuell und eine echte Hilfe für alle im Ehrenamt. Er ist eine hilfreiche Handreichung, um Aufwand und Ärger bei der Vorbereitung und Durchführung von Festen und Veranstaltungen zu vermeiden.“

Paktpartner für das Ehrenamt

Die ersten Exemplare der Neuauflage überreichte Staatsminister Dr. Herrmann beim jährlichen Jour Fixe im Pakt für das Ehrenamt in der Staatskanzlei an die Paktpartner, verbunden mit einem herzlichen „Vergelt's Gott“: Alle Beteiligten waren bei der Weiterentwicklung des Leitfadens eingebunden und haben wertvolle Anregungen aus der Praxis eingebracht.

Den kompletten „Leitfaden für Vereinsfeiern“ finden Sie unter: https://www.bayern.de/wpcontent/uploads/2022/05/STK_Ehrenamtsleitfaden2022_BF.pdf.

Niederlage für den ...

(Fortsetzung von Seite 2) te Impfstoffwirkung bei Omikron hingewiesen und die mangelnde Evidenz der Impfwirksamkeit bemängelt.

Pflegenotstand wird weiter verschärft

Angesichts von Omikron ist in der Summe keine Überlastung von Krankenhäusern und Intensivstationen zu befürchten. Vielmehr droht ein erneutes Überlastungsszenario: durch die erneut in Planung befindlichen strengen Quarantänemaßnahmen und die große Zahl der Kündigungen gerade in den Pflegeberufen, die eine einrichtungsbezogene Impfpflicht jetzt garantiert nach sich ziehen wird.

„Dieses Urteil steht wissenschaftlich auf sehr dünnem Eis“, sagt ÄFI-Vorstand Dr. med. Alexander Konietzky, „zumal die verfügbaren Impfstoffe nur ‚bedingt‘ zugelassen sind, was vom Gericht überhaupt nicht gewürdigt wurde.“ Da eine allgemeine Impfpflicht zuletzt im Bundestag durchgefallen ist, gefährdet die Karlsruher Entscheidung auch den allgemeinen Gleichheitssatz. „Nachdem sie vor zwei Jahren für ihr Engagement beklatscht wurden, werden die Beschäftigten im Gesundheitswesen nun mit der Verletzung wesentlicher Grundrechte bestraft. Das ist wie ein Schlag ins Gesicht“, so Dr. Konietzky. „Insofern ist das Urteil auch eine Niederlage für den Rechtsstaat.“

Bildungsgerechtigkeit und Bildung unabhängig vom Geldbeutel weiter befassen. Lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung sind zentrale Elemente in unserer Gesellschaft und gerade heute wahrscheinlich wichtiger denn je.“

Bildung online

Prof. Dr. Caja Thimm, Professorin für Medienwissenschaft und Intermedialität an der Universität Bonn, hielt im Anschluss einen Impulsvortrag zum Thema „Zukunft der Bildung – Bildung der Zukunft. Alles online?“. Die praktische Einordnung des Vortrags übernahm Dr. Martin Ecker, Managementdirektor der Münchner Volkshochschule und Aufsichtsratsvorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes. Durch das Programm führten Dr. Regine Sgodda und Dr. Christian Hörmann, die beiden Vorstände des Bayerischen Volkshochschulverbandes.

Höhepunkt der Tagung war die Verabschiedung und Ehrung von Personen, die den Bayerischen Volkshochschulverband und die Erwachsenenbildung im Freistaat maßgeblich geprägt haben – allen vor-

an Barbara Stamm, Landtagspräsidentin a.D., und Prof. Dr. Klaus Meisel, langjähriger Managementdirektor der Münchner Volkshochschule und ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes.

Große Verdienste der Alt-Landtagspräsidentin

Barbara Stamm wurde zur Ehrenpräsidentin des Verbandes ernannt. Damit wurden ihre großen Verdienste während ihrer mehr als achtjährigen Zeit als ehrenamtlichen Präsidentin der bayerischen Volkshochschulen gewürdigt. Mit vollem Einsatz hat sie sich für die 191 Volkshochschulen mit den rund 1.000 Standorten in Bayern stark gemacht. So wurde 2018 das Bayerische Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung (BayEbFöG) erneuert. Ebenso konnten in der Corona-Zeit zwei Rettungsschirme für die Erwachsenenbildung in Bayern erwirkt werden. Ein wichtiges Anliegen von ihr war und ist es, die Erwachsenenbildung in Bayern flächendeckend zu sichern. Heute ist die Sozialpolitikerin überzeugter denn je:

Einmalige und einzigartige Schularzt

Als Stamms Nachfolgerin wählten die bayerischen Volkshochschulen einstimmig Mdl. Dr. Ute Eiling-Hütig, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus. Die Erneuerung des BayEbFöG hat Eiling-Hütig durch die Gründung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe für Erwachsenenbildung im Landtag federführend vorangetrieben. „Die Volkshochschule ist eine wirklich einmalige und einzigartige Schularzt, weil sie etwas anbietet, was keine andere Schule anbieten kann: Sie bietet Bildung für alle – für Jugendliche und Erwachsene, für Stadt und Land, unabhängig von Faktoren wie Bildungsabschluss oder Alter. Lernen zu dürfen, ist ein Privileg, das nicht nach der Schule aufhört“, bekräftigte die neue Präsidentin. **DK**

Ich lese die GZ

» ... weil ich damit als leidenschaftlicher Kommunalpolitiker immer bestens informiert bin. «

Josef Mederer

Bezirkstagspräsident Bezirk Oberbayern



Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Erwartungen an die Bundesregierung

Breiten Raum nahmen bei der Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags im Altmarkkreis Salzwedel die Themen Flüchtlinge aus der Ukraine, Windkraftausbau und 9 Euro-Ticket ein. Der Verband bekräftigte, dass die Landkreise den Übergang der ukrainischen Flüchtlinge in die Verantwortung der Jobcenter auf Hochtouren vorbereiten.

Um diese anspruchsvolle Aufgabe bewältigen zu können, braucht es laut dem Präsidenten Landrat Reinhard Sager gute Rahmenbedingungen: „Wegen der großen Zahl von mehreren hunderttausend Personen muss der Bundesgesetzgeber eine Übergangsregelung vorsehen. Dabei sollte ein biometrischer Pass ausreichend sein, um sofort ab dem 1. Juni den Zugang in die Regelsysteme zu eröffnen, und zwar ohne eine Schleife über das Asylbewerberleistungsgesetz.“ Sager erneuerte darüber hinaus die kommunale Forderung vor allem an die Länder, die Landkreise von sämtlichen Flüchtlingskosten freizuhalten.

Mit Blick auf den Wechsel der Menschen aus der Ukraine vom Asylbewerberleistungsgesetz in das SGB II „geht es uns um eine sofortige Zuständigkeit der Jobcenter, ohne dass vorher das Asylbewerberleistungsgesetz einschlägig ist. Alles andere wäre Doppelarbeit und den Menschen nur schwer zu erklären. Außerdem sind praktische Fragen zu klären, wie der Transfer von Personendaten, ein pragmatisches Vorgehen bei der Krankenversicherung und eine einfache Antragstellung“, erläuterte der DLT-Chef.

Ausländerzentralregister

Eine grundlegende Schwierigkeit bestehe darin, dass die Vertriebenen nach dem Gesetzentwurf des Bundes erwerbslos behandelt und im Ausländerzentralregister registriert werden müssten, ehe sie Leistungen der Jobcenter beantragen könnten. „Das ist ein aufwändiger Prozess. In Kombination mit den hohen Fallzahlen gehen wir davon aus, dass es längere Zeit dauern wird, den Übergang in das SGB II umzusetzen.“ Einfacher wäre es laut Sager, die biometrischen Pässe der Ukrainer anzuerkennen: „Das würde das Verfahren beschleunigen und vereinfachen.“ Der Bund müsse entweder für die Registrierung die Daten aus den biometrischen Pässen zulassen oder umgehend erhebliche zusätzliche Kapazitäten zur Registrierung bereitstellen.

Der Präsident bekräftigte zudem, dass im Zuge der immens wachsenden quantitativen Aufgaben der Jobcenter auch deren Mittelausstattung angehoben werden müsse: „Seit Jahren beklagen wir die zu geringen Verwaltungsmittel der Jobcenter. Dieser Umstand wird ab dem 1. Juni besonders spürbar werden, wenn der Wechsel in die Jobcenter beginnt. Einmal mehr wollen wir deshalb unsere Forderung formulieren, die Jobcenter mit auskömmlichen Verwaltungsmitteln auszustatten.“

Auf die Flüchtlingsfinanzierung in Gänge zu sprechen kommend, forderte Sager, dass die Landkreise als neben den kreisfreien Städten maßgebliche Kostenträger für Sozial- und Integrationsleistungen die Flüchtlingskosten vollständig ersetzt bekommen. Dies reiche von den Geldleistungen für Vertriebene über die Unterbringung bis hin zu Integration, Schule und Kita – „ein großer Bereich, der auf Jahre sehr viel Geld kosten wird“.

Es sei zu begrüßen, so der Präsident, dass der Bund die Länder

mit zunächst 2 Mrd. Euro unterstütze. „Zur Fortführung im Jahr 2023 sind Gespräche bereits angekündigt. Darin muss es auch um die langfristigen Integrationskosten gehen. Die Landkreise erwarten jedenfalls von den Ländern eine vollständige und rechtzeitige Kompensation der kommunalen Belastungen ohne Wenn und Aber, die bei der Aufstellung der Kommunalhaushalte für 2023 feststehen muss.“

Rückwirkende Kostenübernahme

Der Verbandschef formuliert seine an die Bundesregierung gerichtete Erwartung, dass der Bund auch weiterhin die Unterkunftskosten anerkannter Flüchtlinge zu 100 % direkt gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten übernimmt. „Die Beratungen von Bund und Ländern hierzu müssen rasch beginnen. Die Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzler Scholz hatte eine rückwirkende Kostenübernahme zum 1.1.2022 verabredet. Diese Verabredung muss schnell in die Tat umgesetzt werden.“

Was den Ausbau von Windenergie anbelangt, sollte dieser nach Auffassung des Deutschen Landkreistags konsequent, aber auch umsichtig erfolgen. „Statt des im Koalitionsvertrag vorgesehenen Flächenziels von 2 % der Landesfläche sollten die Länder mit dem Bund verbindliche Energiemengen vereinbaren. So hätten die Länder Freiräume, um unter Berücksichtigung der Gegebenheiten vor Ort technologieoffen über die genutzten erneuerbaren Energiearten wie Wind, Sonne, Wasser, Biomasse oder Geothermie zu entscheiden. Das Ziel sollte verabredet werden, nicht aber der Weg dorthin“, unterstrich Sager und stellte klar: „Die Landkreise unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien. Wir brauchen – wie der Ukraine-Krieg zeigt und der Klimawandel seit langem erfordert – viel mehr erneuerbare Energien.“ Allerdings stoße das starre 2 %-Ziel vielerorts auf Widerstand und sei oftmals mit den planerischen Vorstellungen der Kommunen und der Länder nicht zu vereinbaren.

„Gerade weil wir die Klimaziele erreichen wollen“, werde daher ein flexiblerer Ansatz benötigt. „Das geht besser mit einer Gestaltungsfreiheit der Länder und Kommunen. Es sorgt für Akzeptanz, die nicht nur in der Bevölkerung, sondern auf Seiten der Landkreise und Städte ein Schlüssel zum Erfolg der Energiewende ist.“ Die mit dem Ausbau der Windenergie verknüpften Wertschöpfungspotenziale müssten außerdem in den betroffenen ländlichen Räumen selbst realisiert werden, etwa durch den Einsatz von Speichern und der Sektorkopplung.

Auch drohten die mit einem verbindlichen Flächenziel verbundenen planungsrechtlichen Herausforderungen in den Ländern und Kommunen die angestrebte Beschleunigung der Planungsverfahren zu behindern, fuhr Sager fort. „Bei Verfehlen der Flächenziele in den Ländern wäre einem ungesteuerten Ausbau der Windenergie Tür und Tor geöffnet. Das wiederum riskiert die notwendige Akzeptanz und gefährdet auch das Zusam-

menspiel mit dem ebenso erforderlichen Netzausbau.“

Um weitere Flächen für den Windenergieausbau nutzbar zu machen, sollten darüber hinaus die rechtlichen Voraussetzungen für eine Errichtung auf Flächen entlang von Bundesautobahnen und Bahntrassen weiter vereinfacht werden. „Ebenso ist es notwendig, im Baurecht Windenergieanlagen als Nebenanlagen in Industrie- und Gewerbegebieten für regelmäßig zulässig zu erklären“, so der DLT-Präsident.

Im Zuge dessen müssten gleichfalls die Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigt werden. „Dafür braucht es eine Vereinfachung durch den Gesetzgeber. Es geht um Fristverkürzungen und die Straffung der Rechtschutzmöglichkeiten. Klageverfahren sollten auf die tatsächlichen Betroffenen und eine Instanz beschränkt werden, deren Entscheidung dann abschließend wäre und gegen die nicht weiter monate- und jahrelang vorgegangen werden könnte.“ Auch sollten die Landkreise dauerhaft die Möglichkeit erhalten, im Rahmen von Planungsverfahren digitaler zu werden, vor allem mit Blick auf Beteiligungsprozesse.

Skepsis bei 9-Euro-Ticket

Mit Skepsis betrachtet der Deutsche Landkreistag dagegen die Einführung eines 9 Euro-Monattickets für den ÖPNV für 90 Tage. Dabei handelt es sich Reinhard Sager zufolge um eine nur mit viel Aufwand umzusetzende politische Entscheidung, die kaum einen nachhaltigen Effekt haben werde. „Besser wäre es gewesen, die dafür auszubehaltenden Milliarden in die Ertüchtigung des Streckennetzes und eine engere Taktung zu investieren.“

Das 9 Euro-Ticket komme vor allem städtischen Ballungsräumen zugute. „Als Maßnahme zur Rück- und Neugewinnung von ÖPNV-Kunden ist die Tarifsenkung gerade in den ländlichen Räumen kaum geeignet, da sie befristet ist und nicht zu einer Angebotsausweitung führt. Stattdessen müssen wir uns langfristig besser und bedarfsgerechter aufstellen, gerade vor dem Hintergrund klimafreundlicher Angebote, die auf die jeweils unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen in Stadt und Land zugeschnitten sind.“

Schnellschuss statt nachhaltiger Strukturen

Auch die Länder und die Verkehrsbranche hatten die vom Bund angekündigte Tarifaktion zunächst kritisch bewertet. „Zwischenzeitlich sieht man dies seitens der Länder aber positiver. Der Grund liegt in der Erwartung, während der Pandemie verlorene Kunden zurückzugewinnen.“ Das lasse sich zwar nachvollziehen, verfestige aber auch den Eindruck eines Schnellschusses in einem Bereich, wo seit geraumer Zeit langfristige Investitionen und nachhaltige Strukturen zur aktiven Gestaltung der Mobilitätswende eingefordert werden. „Die 2,5 Milliarden Euro hätte man weitaus sinnvoller verwenden können“, hob der Präsident hervor.

Positiv bewertete Sager, dass sich der Bund entsprechend der Ankündigung im Koalitionsvertrag auch 2022 zur Hälfte an den Kosten eines Corona-Rettungsschirms zum Ausgleich pandemiebedingter Mindereinnahmen im ÖPNV beteiligen will. Kritisch sieht er, dass der Bund keine Unterstützung hinsichtlich der gestiegenen Preise vor allem für Energie leisten will. „Wir unterstützen daher die Forde-

Tourismus in Bayern:

Bilanz für das erste Quartal 2022 positiv

Knapp 4,4 Millionen Gästekünfte und gut 13,1 Millionen Übernachtungen in den ersten drei Monaten des Jahres 2022

Das Bayerische Landesamt für Statistik meldet auch im März 2022 weiter steigende Zahlen zur Monatserhebung im Tourismus. Für die rund 10 900 geöffneten Beherbergungsbetriebe Bayerns werden gut 1,7 Millionen Gästekünfte und knapp 5,1 Millionen Übernachtungen veröffentlicht. Das erste Quartal 2022 endet somit mit knapp 4,4 Millionen Gästekünften und rund 13,1 Millionen Übernachtungen. Sowohl im März als auch im ersten Quartal letzten Jahres lagen die Ergebnisse durch den Corona-Lockdown deutlich niedriger.

Fürth/Schweinfurt. Auch im März 2022 meldet das Bayerische Landesamt für Statistik eine steigende Nachfrage bei den 10 860 geöffneten Beherbergungsbetrieben. Gut 1,7 Millionen Gäste kommen in den Freistaat und übernachten rund 5,1 Millionen Mal in einem bayerischen Beherbergungsbetrieb. Damit endet auch das erste Quartal 2022 deutlich positiver als im Vorjahr, in dem das erste Quartal noch vom zweiten Corona-Lockdown geprägt war. Insgesamt werden rund 4,4 Millionen Gästekünfte (davon 83,3 Prozent aus dem Inland, 16,7 Prozent aus dem Ausland) und gut 13,1 Millionen Übernachtungen verzeichnet.

Die Landeshauptstadt München kann in den ersten drei Monaten des Jahres 2022 bereits die Marke von einer halben Million bei den Gästekünften knacken und weist rund

785 000 Gästekünfte und knapp 2,0 Millionen Übernachtungen für die Monate Januar bis einschließlich März aus. Unter allen Regierungsbezirken hat Oberbayern mit gut 1,9 Millionen Gästekünften und rund 5,5 Millionen Übernachtungen das höchste Gästeaufkommen im ersten Quartal, gefolgt von Schwaben (Gästekünfte: 777 000; Übernachtungen: 2,7 Millionen) und Niederbayern (Gästekünfte: 439 000, Übernachtungen: 1,7 Millionen). Doch auch bei ausschließlicher Betrachtung des Monats März liegen durchweg alle Regierungsbezirke über den Werten des vom Corona-Lockdown geprägten Vorjahresmonats.

Unter den Betriebsarten sind für März 2022 rund 1,5 Millionen und damit 86,6 Prozent der gesamten Gästekünfte und gut 3,6 Millionen Übernachtungen im Bereich der Hotellerie angefallen. Die restlichen rund 234 000 Gästekünfte verteilen sich auf Ferienzentren, -häuser, und -wohnungen (67 000 Gästekünfte), Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime (62 000 Gästekünfte), Campingplätze (50 000 Gästekünfte), sowie auf Vorsorge- und Reha-Kliniken (28 000 Gästekünfte) und Jugendherbergen und Hütten (26 000 Gästekünfte).

Der Bericht kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft/handel/tourismus als Datei kostenlos heruntergeladen werden. □

men im ÖPNV beteiligen will. Kritisch sieht er, dass der Bund keine Unterstützung hinsichtlich der gestiegenen Preise vor allem für Energie leisten will. „Wir unterstützen daher die Forde-

rung der Verkehrsministerkonferenz für eine weitere Erhöhung der Regionalisierungsmittel um 1,5 Milliarden Euro, um die zwischenzeitliche Erhöhung der Bau-, Energie- und Personal-

kosten sowie Preissteigerungen infolge des Angriffskriegs auf die Ukraine auszugleichen. Das ist eine richtige und notwendige Maßnahme“, bemerkte Sager abschließend klar. DK

Zahl der Pflegestützpunkte in Bayern seit 2019 mehr als vervierfacht

Gesundheits- und Pflegeminister Holetschek:

Erfreuliche Entwicklung zum Wohle Pflegebedürftiger und pflegender Angehöriger

In Bayern schreitet der Ausbau von Pflegestützpunkten rasch voran. Darauf hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hingewiesen. Der Minister betonte: „Seit 2019 hat sich die Zahl der Pflegestützpunkte in Bayern mehr als vervierfacht – das ist eine erfreuliche Entwicklung zum Wohle Pflegebedürftiger und pflegender Angehöriger!“

Holetschek dankte den Landkreisen, den kreisfreien Städten und den Bezirken sowie den Pflege- und Krankenkassen: „Sie ermöglichen es, dass Bürgerinnen und Bürgern, die Rat suchen, eine kostenfreie und wohnortnahe Beratung zu allen Fragen rund um das Thema Pflege erhalten.“

Der Minister ergänzte: „Dass jemand auf Pflege angewiesen ist, kann sich über einen längeren Zeitraum ankündigen oder auch sehr plötzlich eintreten. So oder so: Es ist immer eine große Herausforderung für Pflegebedürftige und für ihre Angehörigen. Wichtig ist, dass Betroffene in dieser Situation ganz individuell vor Ort beraten werden und gemeinsam passgenaue Lösungen für die Bedürfnisse und das Wohl der Pflegebedürftigen gefunden werden. Die Pflegestützpunkte leisten dazu einen wesentlichen Beitrag.“

Zentrale Anlaufstellen

Pflegestützpunkte sind zentrale Anlaufstellen für alle Themen rund um die Pflege. Sie informieren, beraten und vernetzen die regionalen pflegerischen Angebote, um eine wohnortnahe und weitgehend passgenaue Unterstützung zu ermöglichen. Mitarbeitende der Pflegestützpunkte informieren Personen mit Pflegebedarf und ihre Zu- und Angehörigen beispielsweise, wenn eine Wohnung barrierefrei umgebaut oder eine geeignete Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtung beziehungsweise eine vollstationäre Einrichtung der Pflege gefunden werden soll und unterstützen auch bei

der Antragstellung. Eine Übersicht ehrenamtlicher Angebote in der Kommune können die Pflegestützpunkte ebenfalls bereitstellen.

Konkret ist die Zahl der Pflegestützpunkte in Bayern seit 2019 von neun auf aktuell 42 Pflegestützpunkte gestiegen. Außerdem befinden sich sechs Pflegestützpunkte im Aufbau – und einige weitere sind in Planung.

Wohnortnahe Beratungsstrukturen

Holetschek unterstrich: „Für mich ist der Aufbau neuer Pflegestützpunkte ein wichtiges Anliegen. Gemeinsam mit dem Landesamt für Pflege (LpF) unterstützen wir den Ausbau der wohnortnahen Beratungsstrukturen und fördern die Vernetzung der bestehenden Strukturen bereits seit mehreren Jahren.“

Steigender Beratungsbedarf

Seit November 2019 gibt es für neue Pflegestützpunkte eine einmalige Anschubförderung von bis zu 20.000 Euro für Sachkosten. Bei räumlicher Anbindung an eine Fachstelle für pflegende Angehörige ist eine zusätzliche Förderung von einmalig 3.000 Euro möglich. Bestehende und neue Pflegestützpunkte können eine Förderung für Maßnahmen zur Vernetzung und zum Wissenstransfer von jeweils bis zu 15.000 Euro erhalten. Zusätzlich besteht für Kommunen seit 1. Januar 2021 die Möglichkeit einer Regelförderung von bis zu 20.000 Euro für eine vollzeitbeschäftigte Fachkraft.

Der Beratungsbedarf nimmt

zu: Zum einen steigt die Anzahl der Menschen mit Beratungs- und Unterstützungsbedarf kontinuierlich an. Zum anderen werden die Beratungen aufgrund der strukturellen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen immer komplexer. Vor diesem Hintergrund ergänzen die Pflegestützpunkte die bestehende Beratungsstruktur der 110 Fachstellen für pflegende Angehörige.

Entlastung für die Angehörigen

Aufgabe der Fachstellen für pflegende Angehörige ist es in erster Linie, pflegende Angehörige psychosozial zu beraten, zu entlasten und zu unterstützen. Aufgabe der Pflegestützpunkte ist es, Information und Beratung zu allen Fragen im Vor- und Umfeld der Pflege sowie die Vernetzung aller relevanten Akteure unter einem Dach zu bündeln. Dementsprechend werden sowohl Pflegestützpunkte als auch Fachstellen für pflegende Angehörige unabhängig voneinander gefördert.

Der Minister bekräftigte: „Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser bundesweit einzigartigen Struktur einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung zukunfts-fähiger Beratungsstrukturen für Menschen mit Pflegebedarf sowie ihre Zu- und Angehörigen leisten. Ich kann die Kommunen in Bayern nur ermuntern, einen Pflegestützpunkt in ihrer Region zu errichten und die Fördermöglichkeiten zu nutzen – die Menschen vor Ort werden es Ihnen danken!“

Weitere Informationen zu Pflegestützpunkten unter: <https://www.stmgp.bayern.de/pflege/pflege-zu-hause/pflegestuetzpunkte/> sowie unter <https://www.lfp.bayern.de/foerderung-von-pflegestuetzpunkten/>.

Gemeinde Engelsberg:

Klimaschutz mit weniger Energiekosten

Die eta Energieberatung unterstützt für Kommunen

Wie Wirtschaftlichkeit und Effizienz eines Wärmeverbundes verbessert werden können, lässt sich am Beispiel Biomasse-Heizwerk in der Gemeinde Engelsberg (ca. 2.700 Einwohner) demonstrieren. Das Gemeindegebiet Engelsberg umfasst 34 Quadratkilometer. Mit dem langfristigen Ziel von fossilen Energieträgern unabhängig zu sein, wurden hier bereits 1996 Photovoltaik- und Biogasanlagen errichtet.

Die Gemeinde gründete 2010 die Fernwärme Engelsberg GmbH, die zu 100 Prozent im Eigentum der Kommune ist. Seit 2012 bietet das Biomasse-Heizwerk mit Fernwärmenetz allen Einwohnern Engelsbergs Biowärme an.

Erzeugungsanlagen und Wärmenetze optimieren

Das Biomasse-Heizwerk Engelsberg ist typisch für Anlagen in ländlich geprägten Gegenden Bayerns. Aufgrund der eher geringen Netzanschlussdichten und der

zes wurden als Wärmeerzeuger ein 1.700 kW Biomasse-Kessel sowie ein 2.000 kW Heizöl-Kessel eingebaut. Die Lastspitze im Wärmenetz lag anfangs bei etwa 1.700 kW. Die eingesetzten Holz-Hackschnitzel kommen aus einem Umkreis von 30 km und werden von regionalen Gewerbe- und Landwirtschaftsbetrieben aufbereitet und geliefert.

Für die richtige und wirtschaftliche Funktionsweise von Wärmeverbund-Anlagen ist, nach Inbetriebnahme und Abnahme, die Durchführung einer Betriebsoptimierung angeraten, mit der die An-

Die Fernwärme Engelsberg GmbH entschied sich 2013, also in einer sehr frühen Phase des Fernwärmebetriebs, diese systematische Betriebsoptimierung von der eta Energieberatung GmbH aus Pfaffenhofen durchführen zu lassen, um die Wirtschaftlichkeit und Effizienz des Wärmeverbunds zu verbessern. Das hochspezialisierte Team der eta aus Experten verschiedener Bereiche ist im Energieerzeugungs- und Wärmeverteilungsreich langjährig erfolgreich tätig.

Mit der Betriebskontrolle zu Beginn des Projekts (2013) wurden im Rahmen einer Kurzanalyse die vorhandenen Plandaten ausgewertet und die Projektziele abgeglichen. Die bestehenden Wärmeerzeuger (Biomassekessel, Reserve- und Spitzenlastkessel, Puffer) wurden auf Basis der vorhandenen Abnahmestruktur und hinsichtlich einer Jahresdauerlinie anlagentechnisch zugeordnet und die Auslegung überprüft. Außerdem wurde der erforderliche Wärmegestehungspreis bestimmt und im Abgleich mit den Wärmelieferungsverträgen richtungswesend bewertet.

Ziel: Versorgungssicherheit

Ab April 2014 erfolgte entsprechend abgestimmt die Betriebsoptimierung – ausgehend von der Wärmeherzeugung, Wärmeverteilung bis zur Wärmeübergabe bei den Kunden. Ziel der Betriebsoptimierung ist es, durch gezielte Maßnahmenpakete die Versorgungssicherheit aus regenerativen Energiequellen für die Wärmekunden weiter zu erhöhen und gleichzeitig ein bedeutsames Optimierungspotenzial für den Anlagenbetreiber zu erwirtschaften. So kann langfristig die regenerative Wärmeversor-



Bürgermeister Martin Lackner vor dem Lager mit regionalen Hackschnitzeln.

Bild: eta energieberatung

häufig überdimensionierten Wärmeerzeugungsanlagen ist ein wirtschaftlicher Betrieb der Fernwärmenetze oft herausfordernd. Aber auch bei Wärmeverbänden mit hoher Wärmebedarfsdichte kann sich die Durchführung einer Betriebsoptimierung und die systematische Anpassung des Betriebs an sich schnell ändernde Anforderungen lohnend auswirken.

Der im Jahr 2012 errichtete und in Betrieb genommene Wärmeverbund der Fernwärme Engelsberg GmbH besteht aus einem Biomasse-Heizhaus sowie einem 7,3 km langen Fernwärmenetz. Bei der Errichtung der Biomasse-Heizzentrale und des Fernwärmenet-

lagenfunktionen systematisch geprüft und auf den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Diese Notwendigkeit zur Optimierung vergrößert sich noch aufgrund der aktuell verschärften Randbedingungen für Biomasse-Heizanlagen.



Energiegewende

Bild: eta energieberatung GmbH

zung gegenüber fossilen Energien konkurrenzfähig bleiben.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Engelsberg wurde mit diesem Projekt Bioenergieort und deckt den Strom- und Wärmebedarf zu mindestens 50 Prozent aus regional erzeugter Energie. Getreu dem Motto „aus der Region, für die Region“ ist Bürgermeister Martin Lackner überzeugt von dem Projekt.

Seit 2017 ist die eta Energieberatung Tochtergesellschaft der SWM München. Das Dienstleistungsportfolio des europaweit tätigen Unternehmens umfasst Beratung von Kommunen, Industriebetrieben, und Krankenhäusern in den Bereichen Energieeinkauf und bei der Erstattung von Energieeinkosten. Es werden Einspar- und Versorgungskonzepte er-

stellt, beim Aufbau eines Energiemanagementsystems geholfen und Gutachten und Machbarkeitsstudien erarbeitet. Auch bei der Beantragung von Fördergeldern ist die eta Energieberatung unterstützend tätig. Laut eta können deren Kunden ihren Energieverbrauch nachhaltig reduzieren und durchschnittlich 5 bis 10 Prozent der jährlichen Energiekosten einsparen. □



Der Gemeinderat von Zöschingen um den Ersten Bürgermeister Tobias Steinwinter (r.) konnte sich an der Heizzentrale in Asbach-Bäumenheim bereits ein Bild von einem Nahwärmenetz machen.

Bild: GP JOULE

GP JOULE setzt Nahwärmenetz in Zöschingen um

Der Gemeinderat von Zöschingen hat sich einstimmig für die Zukunft des Heizens entschieden: Gemeinsam mit GP JOULE soll in der Gemeinde ein Nahwärmenetz entstehen. „Wir freuen uns über den starken Rückenwind der Gemeinde Zöschingen für unser geplantes Nahwärmenetz“, sagt Felix Schwahn, Leiter der Wärme bei GP JOULE: „Wie sich bereits beim Aufbau des örtlichen Windparks gezeigt hat, nimmt Zöschingen hier in Sachen Klimaschutz erneut eine Vorreiterrolle ein.“

kales Wärmenetz größtmögliche Unabhängigkeit vom Weltmarkt“, sagt Felix Schwahn von GP JOULE: „Gleichzeitig werden die Bürger durch den hohen Anteil an Solarstrom im geplanten Zöschinger Wärmenetz von einer hohen Preisstabilität profitieren.“

Bereits im Frühjahr 2023 könnte der Bau beginnen

Voraussetzung für die Realisierung des Projekts ist, dass sich mindestens die Hälfte aller Haushalte an das Wärmenetz anschließen lässt, damit die Investitionen wirtschaftlich sind. Großer Umbauten in den Häusern bedarf es nicht: Im Gebäude des Anschlussnehmers wird nur eine Übergabestation installiert, die bis zu 50 Prozent gefördert werden kann.

Wenn die Anschlussquote bis Ende 2022 erreicht wird, kann bereits im Frühjahr 2023 der Bau des Wärmenetzes beginnen. Ab 2024 könnte dann die Wärme geliefert werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von GP JOULE werden nun auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Auch eine Informationsveranstaltung wird es geben. □

„Durch die lokale Energieerzeugung erreichen wir größtmögliche Unabhängigkeit von Preisschwankungen, wie wir sie von fossilen Energieträgern kennen“, sagt Zöschingens Erster Bürgermeister Tobias Steinwinter. Im März hatten Vertreter der Gemeinde Zöschingen am Sitz von GP JOULE in Buttenwiesen sowie an der Heizzentrale in Asbach-Bäumenheim einen Eindruck von einem erfolgreich umgesetzten Nahwärmenetz gewonnen. GP JOULE hat zusammen mit Kommunen in ganz Deutschland bereits zahlreiche Wärmegesellschaften aufgebaut.

„Während die große Politik noch nach Lösungen sucht, haben wir bereits ein schlüssiges, nachhaltiges und vor allem ein umsetzbares Konzept“, sagt Bürgermeister Steinwinter.

Hohe Preisstabilität

Die Energie für die Wärmeversorgung in Zöschingen wird fast vollständig von einer im Süden der Gemeinde geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlage bereitgestellt, die rund 2.700 MWh Strom pro Jahr erzeugt. Eine große Wärmepumpe wandelt diesen Strom in Wärme um. Damit können 97 Prozent der benötigten Energie gewonnen werden. Nur Spitzenlasten müssen noch mit einer Gastherme ausgeglichen werden, die mit regenerativ erzeugtem Gas betrieben werden soll. „Besonders in der aktuellen politischen Lage ermöglicht ein lo-

Nachhaltiges Konzept

Für diesen Weg hat sich auch Zöschingen entschieden. Die Gemeinde beabsichtigt ebenfalls, sich an einer gemeinsamen Wärmegesellschaft zu beteiili-

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

TV BAYERN
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE
NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER
NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

Ministerrat beschließt Bayerischen Energieplan:

Vorfahrt für regenerative Energien

Die bayerische Staatsregierung will den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2030 verdoppeln. Wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder nach einer Kabinettsitzung betonte, könne die Energiewende nur mit und nicht gegen den Bürger gelingen. Gleichzeitig wiederholte er seine Forderung, die Laufzeit von Atomkraftwerken zu verlängern. Zuvor hatte die Staatsregierung einen Energieplan für Bayern beschlossen, der auch dem Bund vorgelegt werden soll.

Wie Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger im Ministerrat darlegte, habe sich vor dem Hintergrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine eine völlig neue Situation auch

Pipelines sowie dem Neubau einer eigenen Pipeline aus Italien. Zudem will der Freistaat auch eine eigene Wasserstoffproduktion zur Versorgung seiner Industrie aufbauen und erwartet, dass

fassende materiell- und verfahrensrechtliche Anpassung des Bundesrechts auf den Weg bringen und – wo erforderlich – sich für eine Veränderung der entsprechenden europarechtlichen Vorgaben einsetzen.

Um die Rahmenbedingungen für kommunales und bürgerschaftliches Engagement vor Ort zu verbessern, fordert der Freistaat eine Erhöhung der finanziellen Beteiligung der Kommunen von derzeit 0,2 ct/kWh. Außerdem sollten erweiterte Be-



In der Pressekonferenz im Prinz-Carl-Palais informierten v.l. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Florian Herrmann über die Ergebnisse der Kabinettsitzung. Bild: Staatskanzlei

im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und die künftige Energieversorgung Bayerns ergeben. Auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Bayern 2040 gelte es, so viel Strom wie möglich in Bayern zu erzeugen und damit eine größere Unabhängigkeit von Energieimporten zu erhalten. Der Ausbau erneuerbarer Energien und der Einsatz von Wasserstoff sei die Zukunft. Jetzt müssten alle Weichen gestellt werden, damit Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit ganz oben auf der Energie-Tagesordnung stehen.

Gasspeicher Haidach und Laufzeit Kernkraft

Erforderlich ist laut Bayerischem Energieplan eine deutlich weitere Diversifizierung von Energieimporten und Stromproduktion. So muss der Bau der nötigen LNG-Terminals nach dem Beschluss des Bundeskabinetts vom 10. Mai 2022 nun zügig vorangetrieben werden. Der für Bayern sehr wichtige Gasspeicher Haidach in Österreich sei zügig aufzufüllen. „Die Bundesregierung muss hier zusammen mit der Republik Österreich Einflussmöglichkeiten auf die Betreiber schaffen, um eine zügige Befüllung des auch für Österreich wichtigen Speichers zu gewährleisten“, heißt es. Neben der kritischen Überprüfung der geplanten wie auch der bereits erfolgten Stilllegungen von Kohlekraftwerken wird zudem eine befristete Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke als sinnvoll erachtet.

Wasserstoff

Beim Wasserstoff hat sich Bayern mit dem Wasserstoffbündnis, der Bayerischen Wasserstoffstrategie, den IPCEI-Projekten und dem WTAZ Pfeifenhausen und Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 450 Millionen Euro in den kommenden Jahren bereits stark engagiert. Für einen Durchbruch wird vom Bund der Einsatz für den Anschluss Bayerns an das deutsche und europäische Wasserstoffnetz bis 2030 benötigt. Da der Süden Deutschlands auch über den Süden Europas angeschlossen werden sollte, dringt Bayern auf die Reaktivierung und Umnutzung vorhandener

die Förderung von Wasserstoffinfrastruktur nicht regional begrenzt nur im Norden erfolgt.

Mit der Energiewende ändern sich die Standorte der Stromerzeugung. Der Ausbau des Stromnetzes ist daher für Bayern überaus wichtig. Neben einem beschleunigten Leitungsbau trage der Zubau gesicherter Leistung durch ein zeitgemäßes Strommarktdesign entscheidend zur Versorgungssicherheit bei, so die Staatsregierung. Wesentlich sei, nicht nur den Strom, sondern auch die Bereitstellung von gesicherter Leistung zu honorieren.

Der Ukraine-Krieg hat der Energiepreisspirale noch einmal zusätzlichen negativen Schwung verliehen. Bürger und Unternehmen müssten vor dieser kaum mehr tragbaren Kostenbelastung geschützt werden. Bayern tritt daher für eine umfassende Energiepreisbremse ein. Neben den beiden Entlastungspaketen des Bundes werden zusätzlich vor allem eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß noch im Jahr 2022, Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt zu den Netzentgelten in Höhe von mindestens zwei Milliarden Euro, wie im Kohleausstiegsgesetz zugesagt, sowie ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf Erdgas, Elektrizität und Fernwärme gefordert. Darüber hinaus sei eine zeitnahe Umsetzung der beschlossenen temporären Absenkung der Energiesteuern auf Kraftstoffe ebenso erforderlich wie eine Senkung der Energiesteuern auf Heizöl und Erdgas.

„Der Schlüssel zum besten Ertrag beim Ausbau der Erneuerbaren Energien liegt in den regionalen Stärken und der Eigenverantwortung der Länder“, heißt es weiter. In Bayern stammen bereits mehr als 52 Prozent der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen. Mit 13,0 TWh und 11,1 TWh leisteten die Photovoltaik und die Wasserkraft den größten Beitrag, gefolgt von der Biomasse mit 10,1 TWh und der Windenergie mit 4,9 TWh. Bis 2030 soll die Stromerzeugung mit regenerativen Energien in Bayern verdoppelt werden.

Für alle Erneuerbaren Energien ist laut Staatsregierung eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren nötig. Dazu müsse der Bund schnellstmöglich eine um-

teiligungsmöglichkeiten für Anwohner geprüft werden. Auch seien bei der neuen Definition von Bürgerenergiegesellschaften kommunale Tochtergesellschaften zu berücksichtigen.

Nach den Worten von Energieminister Aiwanger unterstützt der Freistaat im Bereich Photovoltaik mit eigenen Programmen erfolgreich die EEG-Förderung des Bundes. In das Bayerische PV-Speicherprogramm wurden 100 Millionen Euro investiert, um 100.000 Anträge für Speicher in den Haushalten zu fördern. „Der Bund sollte daher ein eigenes PV-Speicherprogramm nach dem erfolgreichen bayerischen Vorbild auflegen. Erhöht haben wir die Kontingente für PV-Freiflächenanlagen in benachteiligten Gebieten von 70 auf 200 mögliche neue Anlagen pro Jahr. Wir planen auch die Errichtung von PV-Anlagen auf allen geeigneten staatlichen Gebäuden und bereiten ein Projekt mit Agri-PV, das die Nahrungsmittel- und Energieproduktion auf Feldern kombiniert, auf den Bayerischen Staatsgütern vor“, erklärte Aiwanger.

Zur Stärkung des Solarenergieausbaus brauche es aber auch die Unterstützung durch den Bund. Bei der Agri-PV bedürfe es bei der geplanten Aufnahme in die regulären EEG-Ausschreibungen eines eigenen Ausschreibungssegmentes, da diese Anlagen ansonsten in der Regel nicht wettbewerbsfähig gegenüber konventionellen Anlagen seien. Agri-PV-Anlagen sollten der landwirtschaftlichen und nicht der gewerblichen Besteuerung unterliegen. Die unverhältnismäßige Flächenbegrenzung bei Floating-PV durch die Vorgaben im Wasserhaushaltsgesetz seien anzupassen, um einen Markthochlauf zu ermöglichen. Die im Gesetzentwurf des Bundes vorgesehene Ausnahme von der Ausschreibungspflicht für Freiflächen-PV-Anlagen bis 6 MW, die als Bürgerenergie-Anlagen errichtet werden, sollte auch für entsprechende Dach-PV Anlagen gelten.

Bayern ist nicht nur Sonnen-, sondern auch Wasserland. Dabei soll es auch in Zukunft bleiben. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz werden daher Ausbaumöglichkeiten der Was-

serkraft an bestehenden Querbauwerken in ganz Bayern überprüfen. Grundlage sind dafür die vom Umweltministerium ermittelten 30 potenziellen Standorte für neue Anlagen an vorhandenen Querbauwerken. Ziel ist, mit diesen Standorten insgesamt ein zusätzliches Potential von 18 MW Leistung und rund 160 GWh Stromproduktion jährlich zu erschließen.

Bayern ist Wasserkraftland

Um das gesamte Potenzial der Wasserkraft insgesamt noch besser auszuschöpfen, ist nach Ansicht der Staatsregierung aber vor allem auch der Bund gefordert: So müsse die Ungleichbehandlung der Wasserkraft im Osterpaket aufgehoben werden. Rund die Hälfte der deutschen Wasserkraftanlagen stehe in Bayern. Der Wegfall der Förderung kleiner Wasserkraftanlagen bis 500 kW gefährde den Weiterbetrieb von rund 4.000 Wasserkraftanlagen im Freistaat. Anstelle einer pauschalen Aufhebung der Förderung plädiert der Freistaat für eine bessere Vergütung für kleine Wasserkraftanlagen. Es gelte, die Degression, d.h. die laufende Senkung der Vergütung bei Wasserkraftanlagen, abzusuchen und darüber hinaus für wirtschaftlich attraktive Bedingungen für den Pumpspeicherbau und -betrieb zu sorgen.

Beim Thema Windenergie betonte der Energieminister: „Wir brauchen einen dynamischen Ausbau der Windkraft in Bayern, dürfen aber auch die Akzeptanz der Bürger auf diesem Weg nicht aus den Augen verlieren. Daher haben wir uns in der Koalition geeinigt, die 10 H-Regelung zu erhalten, sie aber an entschei-

denden Stellen zugunsten der Windkraft zu reformieren.“

Laut Aiwanger „wollen wir eine Reihe von Ausnahmetatbeständen verankern, bei denen der Mindestabstand auf 1.000 Meter reduziert wird. Geplant sind Ausnahmen für das Repowering, für Anlagen in Waldgebieten, für regionalplanerisch und kommunal für Windenergie ausgewiesene Flächen sowie für sogenannte vorbelastete Gebiete, Truppenübungsplätze und für Anlagen im Umgriff von Industrie- und Gewerbegebieten insbesondere zur Stromversorgung von anliegenden Betrieben. Mit diesen Reformen der 10 H-Regel und den Vorgaben in der Landesplanung können wir ein Flächenpotential für Windkraftanlagen in der Größenordnung von bis zu 2 Prozent der Landesfläche aktivieren.“

Bund muss Hemmnisse für die Windkraft beseitigen

Damit mehr als 1.000 neue Windenergieanlagen in den nächsten Jahren entstehen können, sei aber auch Berlin gefordert, die bundesweit bestehenden Hemmnisse für die Windkraft zu beseitigen. Aiwanger nannte hier beispielhaft die immer noch ausstehende beihilferechtliche Genehmigung der Südquoten bei den Ausschreibungen, die zügige Umsetzung der angekündigten Verbesserungen bei den nötigen Abständen zu Drehfunkfeuern und Wetterradaren sowie den Abbau von bundesgesetzlichen Konflikten zwischen dem Natur- und Artenschutz einerseits und dem notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien andererseits.

Klare Stärken hat Bayern bei der Bioenergie „und wir unterstützen die Betreiber nach Kräf-

ten zum Beispiel durch das Förderprogramm BioKlima für Biomasseheizwerke“, fuhr der Minister fort. Damit mehr Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können, brauche es aber Verbesserungen vom Bund. „So muss das bisherige Ausschreibungsvolumen für Biomasse beibehalten werden, um die Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme im Markt zu halten. Auch braucht es die Einführung einer Förderung für Anlagen zur Einspeisung von Biomethan ins Gasnetz. Der Mindeststeuersatz für Biokraftstoffe, die in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden, muss erhalten werden.“

Bei der Geothermie hat sich Bayern zum Ziel gesetzt, aus dieser Energiequelle bis zum Jahr 2050 rund 25 Prozent des bayerischen Wärmebedarfs im Gebäudesektor zu decken. Hierfür bedarf es laut Aiwanger jedoch ebenfalls deutlich verbesserter Rahmenbedingungen durch den Bund, wie zum Beispiel des raschen Inkrafttretens einer angemessenen Mittelausstattung und einer langfristigen Perspektive der Bundesförderung für effiziente Wärme und der Auflage eines bundesweiten Masterplans Geothermie.

„Um zukünftig eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Versorgung mit Energie in Bayern sicherzustellen, haben wir bereits vieles auf den Weg gebracht. Bayern ist und bleibt Vorreiter bei der Energiewende“, bilanzierte Aiwanger. „Auch bei der Windkraft, die bisher in Bayern noch unter ihren Möglichkeiten geblieben ist, werden wir mit den nun gemeinsam beschlossenen Eckpunkten für einen weiteren Ausbau unter Beachtung der Akzeptanz vor Ort einen großen Schritt vorankommen.“ DK

Für den Bürgerenergiepreis 2022 suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



bayernwerk



Schulterschluss zwischen Vision und Realität

Energie-/Wirtschaftsverbände unterstützen Bayerische Regierungsziele einer schnelleren bayerischen Energiewende und eines klimaneutralen Bayern 2040

Angesichts des realen Krieges in der Ukraine, direkt vor der Haustür Mittel- und Westeuropas, und dessen Auswirkungen auf Wirtschaft und Energieversorgung überbieten sich Europa mit 2050, Deutschland mit 2045 und schließlich Bayern mit 2040 in ihren Zielen, Energieunabhängigkeit und Klimaneutralität bis zu diesen Jahren anzustreben. Allein wie das erreichbar sein soll, da gehen die Vorstellungen bisweilen ziemlich weit auseinander.

Nicht so in Bayern: Die Bayerische Energiewirtschaft bekennt sich im Schulterschluss mit der Bayerischen Staatsregierung ausdrücklich zu deren angestrebten Klimaschutzzielen.

Klimaneutralität möglichst ohne Beeinträchtigung

Im Rahmen eines virtuellen Pressegesprächs stellten deshalb der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) sowie die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) erste Zwischenergebnisse der Studie „Bayernplan Energie 2040“ vor. Die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) aus München hat im Rahmen der bis Ende 2022 laufenden Studie verschiedene Szenarien für die Energiezukunft Bayerns beleuchtet, um Klimaneutralität für Bayern bis 2040 herzustellen und ein belastbares Energiekonzept zu entwickeln, das Ökonomie und Ökologie gleichermaßen gerecht wird. Wichtig dabei: Es soll der Industriestandort Bayern nicht beeinträchtigt werden.

Ergänzend zu der Zukunftsstudie hat der VBEW Positionen zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern postuliert, wie der energiewirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Weg zur Klimaneutralität in Bayern beschritten werden soll.

Die FFE stellt in ihrer Zwischenbilanz zur Erreichung einer bayerischen Klimaneutralität bis 2040 fest, dass an drei Stellschrauben gedreht werden muss: die Elektrifizierung auf allen Ebenen vorantreiben, eine Wasserstoffwirtschaft zur Energieversorgung aufbauen und vor allem aber an einer wirkungsvollen Suffizienz arbeiten, also Ressourcen und Energie in ausgeprägter Form einsparen.

Die FFE geht davon aus, dass sich im Rahmen der verstärkten Elektrifizierung der Endenergieverbrauch in Bayern bis 2040 im Vergleich zu 2019 um etwa 40 Prozent verringern lässt.

Verkehr und Gebäude

Dabei tragen vor allem der Verkehr mit 53 Prozent und die Gebäude mit 44 Prozent den Löwenanteil, aber auch die Industrie steuert 27 Prozent bei. Maßgeblich für eine erfolgreiche Reduzierung des Endenergieverbrauchs in Bayern im Verkehrssektor sind Umstellung auf Elektromobilität, Effizienzsteigerungen bei den Fahrzeugen und deren Nutzung bzw. Anwendung und zur Nachhaltigkeitssteigerung Verkehrsverlagerungen (modal shift) in Richtung ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr)

und Bahn. Offene Fragen: Woher kommt der benötigte klimaneutrale Strom und die notwendige Infrastruktur auf der Schiene.

Auch im Gebäudesektor setzt die FFE in ihrer Studie auf Elektrifizierung der Wärmebedarfsdeckung kombiniert mit einer unvermeidlichen energetischen Sanierung des Gebäudebestandes. Allerdings blieb die Frage außen vor, wie die Bereitschaft der Eigentümer zu mehr Energieeinsparung gesteigert werden könnte, denn das größte Einsparpotential in diesem Bereich liegt in der Raumwärme.

Auch die Industrie kann laut FFE einen wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität leisten. So geht die FFE davon aus, dass der Stromanteil in der industriellen Produktion bis 2040 von 38(2019) auf 62 Prozent steigen wird. Die Treiber der Industrietransformation sind dabei mehr Effizienz, alternative Energieträger (Wasserstoff, Biomasse) und die schon erwähnte verstärkte Elektrifizierung. Strom, Biomasse und Wasserstoffe sind laut FFE die Energieträger der industriellen Zukunft.

Dabei zeichnet sich schon jetzt ab, dass die direkte Elektrifizierung in allen Bereichen – Verkehr, Industrie, Gebäude – unverzichtbar ist, um den Endenergieverbrauch nachhaltig zu senken

178 Mrd. Kilowattstunden einsparen möglich

Wenn die Elektrifizierung wie angenommen umgesetzt würde, ließe sich der Endenergieverbrauch in Bayern von 2019 bis 2040 um rund 178 Milliarden Kilowattstunden senken – allerdings nur, wenn die Transformation ohne größere äußere Störungen vollzogen würde. Die „natürlichen“ Transformationsgeschwindigkeiten erreichen in den Studienszenarien das Limit des derzeit vorstellbar Machbaren.

Positionen des VBEW

Detlef Fischer, seit 19. Mai 2022 Hauptgeschäftsführer des VBEW, stellte im Rahmen des Pressegesprächs die VBEW – „Positionen zur Energieversorgung mit erneuerbaren Energien in Bayern“ vor. Sie sind ein dringender Handlungsappell an die politisch Verantwortlichen, wenn es denn mit der Klimaneutralität 2040 Wirklichkeit werden soll. Alle realitätsnahen Zukunftsszenarien deuten darauf hin, dass die Region künftig verstärkt die Städte und industriellen Zentren mit erneuerbaren Energien versorgen muss, um die Klimaziele der Bayerischen Staatsregierung zu erreichen. Klimaneutralität bedeutet faktisch, dass

der Energiebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt wird: Strom aus Sonne, Wind und Wasser, Wärmeenergie aus Biomasse, Geothermie und Umweltwärme. Das gilt in letzter Konsequenz auch für alle nach 2040 importierten Energieträger, denn Bayern wird auch nach 2040 weiterhin auf Energieimporte angewiesen sein.

Wasserkraft ist unverzichtbar

Bei einer Energieversorgung mit erneuerbaren Energien ist ein ausgewogener Mix unterschiedlicher Technologien der Schlüssel zum Erfolg. Die einzelnen erneuerbaren Energieträger dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sollten sich gegenseitig ergänzen. Mit den Stärken des einen Energieträgers lassen sich Schwächen des anderen ausgleichen. Nur in Kombination mit gut ausgebauten Netzen und Speichern (kurz-, mittel- und langfristig) wird daraus ein bedarfsorientiertes und sicheres Energieversorgungssystem. Bayern ist bevorzugt durch sein Wasserkraftpotential. Die steigende Stromerzeugung aus der witterungs-, jahreszeit- und tageszeitabhängigen Photovoltaik und Windkraft erfordert den verstärkten Einsatz von Energietechniken, die sicherstellen, dass die benötigte Elektrizität weiterhin bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Wasserkraft erfüllt in besonderer Weise diese grundlegende energiewirtschaftliche Anforderung. Sie hilft, durch Pumpspeicher- und Speicherkraftwerke den zunehmenden Regel- und Speicherbedarf bereitzustellen. Das ist das vornehmliche Zukunftspotential für die Nutzung der Wasserkraft durch neue Anlagen speziell im Voralpen- und Alpengebiet. Die Wasserkraft ist und bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil des bayerischen erneuerbaren Energiemixes und hat darüber hinaus verschiedene Zusatznutzen wie z. B. die Reinhaltung der Flüsse von Wohlstandsmüll.

Fischer erteilte der auf Bundesebene geplanten Benachteiligung der Wasserkraft bei den Förderbedingungen über das EEG 2023 eine eindeutige Abfuhr und für die regenerative Versorgungssicherheit als absolut kontraproduktiv.

Laut VBEW wird die Sonnenenergie der neue Lastenesel der Energiewende. Zwar kann rein rechnerisch mit heimischer Sonnenenergie der komplette Endenergiebedarf in Bayern gedeckt werden, allerdings nur in Kombination mit einer Flexibilisierung des Stromverbrauchs und dem Einsatz von Speichern. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen Speichern, die den Spitzen- und Tagesbedarf (z. B. über Batterien) abdecken und Speichern, die den mittel- und langfristigen Bedarf (z. B. über Wasserkraft und Wasserstoff) bedienen.

10-H-Regel ist kontraproduktiv

Windkraft und Bayern ist laut Fischer ein schwieriges Verhältnis. Windkraft ist neben der Sonnenenergie die erneuerbare Energieform, die auch in Bayern noch großes Ausbaupotenzial aufweist und einen hohen Stromertrag bei vergleichsweise geringen Kosten und geringem Flächeneinsatz liefert. Der unzureichende Windkraftausbau durch die politisch forcierte Einführung der 10-H-Regelung aufgrund mangelnder Akzeptanz der Menschen vor Ort in Verbindung mit dem

fehlenden Ausbau der Stromübertragungsnetze sind bereits ein gravierender Standortnachteil für Bayern. Der VBEW stellt fest, dass die 10-H-Regel kontraproduktiv für die Umsetzung der Energiewende ist. Sie muss daher durch Regeln ersetzt werden, die den bedarfsgerechten Ausbau unter Stärkung der Akzeptanz ermöglichen. Keine Gemeinde darf sich dem Ausbau der Windkraft bei entsprechender Standorteignung verweigern können.

Energie aus Biomasse hat zwar einen großen Flächenbedarf bei hohen Kosten, ist aber wie die Wasserkraft zuverlässig verfügbar. Ausbaupotenzial ist wie bei der Wasserkraft ohne Nutzungskonflikte nur noch in einem sehr eingeschränkten Umfang vorhanden.

Geothermie und Umweltwärme (Wärmepumpen) sind laut VBEW wahre Schätze für die Gebäude-Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien, deren Potenziale bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Wichtig wird vor allem der Wille sein, auch entsprechende Energieeinsparpotenziale im Gebäudesektor zu heben.

Als Fazit bleibt für Fischer die (nicht neue) Erkenntnis, dass die erneuerbaren Energien nur im Zusammenwirken stark und sicher sind. Bei einer Energieversorgung mit erneuerbaren Energien ist ein ausgewogener Mix unterschiedlicher Technologien der Schlüssel zum Erfolg. Die einzelnen erneuerbaren Energieträger dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein breiter Energieträgermix hilft auch bei den erneuerbaren Energien, die Versorgungssicherheit möglichst wirtschaftlich zu gewährleisten.

Ohne massiven Netzausbau ist alles nichts

Aber alles ist nichts ohne entsprechenden massiven und beschleunigten Netzausbau und die Schaffung von Speicherkapazitäten. Ein erheblicher Teil der aus erneuerbaren Ressourcen gewonnenen Energien wird künftig aus der zeitlich sehr volatil zur Verfügung stehenden Windkraft- und Sonnenenergie anfallen. Der entscheidende Zeitraum für die möglichst bedarfsgerechte Versorgung sind die dunklen Monate im Winter (Stichwort: Kalte Dunkelflaute), in denen die Versorgungssicherheit ebenfalls gewährleistet sein muss. Der Ausgleich muss über Speicher (kurz-, mittel- und langfristig) erfolgen. Gerade die Wasserkraft bietet sich dafür im Voralpen- und Alpenbereich an, mit (Pump-) Speicherkraftwerken einen Beitrag zum Speichern von Strom auch für längere Zeiträume zu leisten.

Gamechanger Wasserstoff

Wasserstoff kann in einigen Jahren zum Gamechanger für die Energiewende werden und neue Möglichkeiten der Stromspeicherung bieten. Zum flächendeckenden Transport von Wasserstoff ist ein überregionales und regionales Netz aufzubauen und die vorhandenen Erdgasinfrastrukturen dafür bestmöglich zu nutzen. In welchem Umfang grüner Wasserstoff die erhoffte Schlüsselrolle für den Umbau der Energieversorgung einnehmen kann, wird auch davon abhängen, wie Umwandlungsverluste und damit Kosten für diesen Energieträger reduziert werden können und inwieweit die Akzeptanz für breite Anwendungszwecke dauerhaft gewährleistet werden kann.

Neben aller technischen Anstrengungen wird der Wille zum Energiesparen und zur rationelleren Energieanwendung entscheidend für den Erfolg des Klimaschutzes und der Energiewende sein. Von Seiten der Politik muss eine entsprechende gesellschaftliche Akzeptanz gefördert werden und die Voraussetzungen geschaffen werden, dass Pla-

nungs- und Genehmigungsverfahren deutlich schneller zum Ziel führen. Schließlich müssen künftig die erneuerbaren Energien in allen Verbrauchssektoren eingesetzt werden.

Bis eine 100 prozentige erneuerbare Energieversorgung über alle Sektoren erreicht sein wird, ist es aber noch ein weiter Weg. Da ist sich Fischer sicher. Die Dimension der dafür abzuarbeitenden Aufgaben wird der Politik und der Gesellschaft erst so langsam deutlich. Schließlich muss jede Region entsprechend ihrer spezifischen Möglichkeiten ihren Beitrag leisten und sich am Umbau der Energieversorgung in Bayern beteiligen. Die Bevölkerung in Stadt und Land sowie in

„Klimaf Frühling Oberland“:

Akzente für die Zukunft

Die Kennzahlen sprechen für sich: Über 190 Veranstaltungen, davon 58 Workshops und Mitmach-Aktionen, 8 KlimaKino-Vorstellungen, 61 Vorträge und Diskussionen, 45 Exkursionen und Besichtigungen, 10 Ausstellungen sowie 12 Online-Veranstaltungen waren Bestandteil des „Klimaf Frühling Oberland“, den in diesem Jahr die Landkreise Bad-Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen und Miesbach, zudem die Städte Penzberg, Peißenberg und Weilheim sowie die Bürgerstiftung Energiewende Oberland (EWO) organisierten.

Unter dem Motto „Die Bühne für mehr Klimaschutz“ fanden drei Wochen lang zahlreiche Veranstaltungen rund um das Thema Klima und Nachhaltigkeit statt. Auch die EWO stellte ein abwechslungsreiches Programm auf die Beine mit Themen wie „Klimaschutz in privaten Bestandsgebäuden“, „Solarstrom für mein E-Fahrzeug“, „Phänologischer Garten und Klimawiesen – Rundgang für die ganze Familie durch das KlimaTop“, „Energiewende im Oberland bis 2035 – warum es klappen kann“, sowie „Wärmewende mit Heizungsenergie“. Zudem stand eine Photovoltaik-Roadshow auf der Agenda. Die Schirmherrschaft des Events übernahm Robert Habeck. „Klimaschutz hat eine verbindliche Kraft, dafür steht der Klimaf Frühling Oberland“, führte der Bundesminister für Wirtschaft und Energie in seinem Grußwort aus.

Engagement für Klimaschutz sichtbar machen

Engeläutet wurde der Klimaf Frühling mit einer Auftaktveranstaltung in der Stadthalle Penzberg, an dem Bürgermeister und Landräte, darunter Penzbergs Rathauschef Stefan Korpan, der stellvertretende Landrat von Bad Tölz-Wolfratshausen, Klaus Koch, sowie Weilheim-Schongaus Vize-Landrat Wolfgang Taffertshofer teilnahmen.

„Mit dem Klimaf Frühling Oberland wollen wir mit sehr unterschiedlichen Veranstaltungen Engagement im Bereich Klimaschutz sichtbar machen. Das Veranstaltungsformat richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger der Region, um sie für das Thema Klimawandel und Klimaschutz zu informieren, aktivieren und Lust an gemeinsamem Engagement zu wecken“, betonte EWO-Geschäftsführer Stefan Drexelmeier. Auch sei der Klimaf Frühling als Veranstaltungsplattform für alle Bildungseinrichtungen, Initia-

nord- und Südbayern muss dafür bestmöglich zusammenarbeiten. Die Politik auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene muss Lösungen für das daraus zwangsläufig entstehende Konfliktpotenzial erarbeiten. Es darf nicht sein, dass die einen die Vorteile einer nachhaltigen Energieversorgung wie selbstverständlich in Anspruch nehmen und die anderen nur die Lasten daraus zu tragen haben.

Angesichts der visionären Energieversorgungsszenarien und der Appelle an die Vernunft bleibt eine Frage unbeantwortet: Sind die daraus resultierenden Rechnungen mit oder ohne die Klima-, Natur- und Umweltschutzverbände und -gruppierungen gestellt. JK

tiven, Vereine, Stiftungen, Glaubenseinrichtungen und Unternehmen zu verstehen. Angesichts steigender Energie- und Lebensmittelpreise widmete sich eine Podiumsdiskussion der sozialen Frage des Klimaschutzes. Neben Drexelmeier nahmen daran die Geschäftsführerin Oberbayern des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Karin Majewski, Fridays-for-Future-Sprecherin Sarina Haushofer sowie der Musiker Hans Well (ehemals Biermösl-Blosn) teil.

Karin Majewski zufolge trifft Armut auf Preiserhöhungen bei Strom, Benzin und Lebensmitteln. Neben kinderreichen Familien und Alleinerziehenden trafe Armut verstärkt die ältere Generation und hier vor allem Frauen. Trotz Vollzeitwerb oder mehreren Jobs seien diese oftmals nicht in der Lage, der Armut zu entfliehen. Der enorme Preisanstieg bei den elementar notwendigen Investitionen wie Energie, Lebensmittel und Fortbewegung verstärkte die prekäre Situation zusätzlich.

Auch Klimaaktivistin Sarina Haushofer wies darauf hin, dass die soziale Frage untrennbar mit dem Klimaschutz verbunden sei, „weil der Klimawandel diejenigen am härtesten trifft, die es jetzt schon schwer haben“. Beim Thema Klimaschutz sei es erforderlich, dass sich die Politik an den Erkenntnissen der Physik orientiert. Haushofer zufolge „sollten wir aufhören, uns nur als Konsumenten zu sehen. Da findet so viel mehr statt.“

Nach Auffassung von Hans Well werde sich eine echte Veränderung nur durch einen systemischen Wandel einstellen. Die Regierung Merkel habe die Energieautarkie schlichtweg „verbockt“. Laut Well gibt es in der Politik „Betonköpfe“, die jedes Gewerbegebiet goutieren. „Wenn es aber um die Aufstellung von Windrädern geht, dann kennen sie auf einmal jede Vogelart.“ DK



V.l.: Wolfgang Taffertshofer, stv. Landrat Landkreis Weilheim-Schongau, Angelika Flock, stv. Bürgermeisterin Stadt Weilheim, Veronika Halmbacher, Klimaschutzmanagerin Landkreis Miesbach, Stefan Korpan, Bürgermeister Stadt Penzberg, Klaus Koch, stv. Landrat Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Tessa Lödermann, stv. Landrätin Landkreis Garmisch-Partenkirchen und Stefan Drexelmeier läuten den Klimaf Frühling ein. Bild: EWO

Personelle Neuaufstellung im VBEW

Nur zusammen stark und sicher – das gilt auch für die personelle Aufstellung des VBEW. Die Energie- und Wasserwirtschaft in Bayern steht vor epochalen Aufgaben. Um den Mitgliedsunternehmen dabei weiterhin ein verlässlicher und kompetenter Ansprechpartner zu sein, hat sich die Geschäftsführung des VBEW neu aufgestellt.

Im Rahmen der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW am 19. Mai 2022 wurde die Berufung von Herr Detlef Fischer, bisher Geschäftsführer des VBEW, zum Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Vorstandes bestätigt. Herr Florian Mattner, bisher stellvertretender Geschäftsführer des VBEW, übernimmt künftig das Amt des Geschäftsführers. □

Wasserkraft darf nicht unter die Räder kommen

„Osterpaket“ der Bundesregierung bedroht 4.000 kleine Anlagen in Bayern

Die Pläne der Bundesregierung für den Ökostrom-Ausbau bremsen Wasserkraftanlagen im Freistaat aus. Besonders betroffen sind kleine Wasserkraftanlagen. Dies bestätigt eine Analyse des Energieministeriums, die im Ministerrat vorgestellt wurde. Kleine Wasserkraftanlagen leisten einen erheblichen Beitrag zur bayerischen Stromproduktion. Die rund 4.000 Anlagen mit einer Leistung von jeweils unter 1.000 kW produzieren Jahr für Jahr rund 1 TWh (= 1 Mrd. kWh) klimafreundlichen und verlässlich verfügbaren Strom, mit dem rechnerisch rund 350.000 Haushalte versorgt werden können. Für einen wirkungsgleichen Ersatz (ganzjährige Versorgung) wäre beispielsweise der Neubau von 170 Windrädern mit Stromspeichern erforderlich.

Dennoch gesteht die Bundesregierung generell der Wasserkraft nicht den Status des „übertragenden öffentlichen Interesses“ zu, obwohl dieser allen anderen Erneuerbaren Energien zugebilligt wird. Außerdem soll die EEG-Förderung für Kleinanlagen mit einer Leistung bis 500 kW gestrichen werden. Damit würde einerseits der Neubau von Wasserkraftanlagen unter 500 kW nicht mehr über das EEG gefördert. Andererseits wären auch die bestehenden 3.900 Anlagen im Fall der Erhöhung ihres Leistungsvermögens von der EEG-Vergütung ausgeschlossen. Darüber hinaus werden Anlagenbetreiber unabhängig von der Anlagengröße mit unnötigen bürokratischen Pflichten überzogen. Bei Pflichtverletzungen droht ein Entzug der EEG-Förderung.

„Diese Maßnahmen bedrohen den Fortbestand der Kleinen Wasserkraft im Freistaat. Die Staatsregierung wird deshalb im Bundesrat entsprechende Korrektu-

ren vorschlagen“, hob Energieminister Hubert Aiwanger hervor. Hermann Steinmaßl, stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB), kommentierte, auch im Namen des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW): „Wir begrüßen die Bundesratsinitiative Bayerns ausdrücklich und danken für den Einsatz. Bayern hat sich richtig und klar positioniert. Nun müssen in Berlin die richtigen Weichen gestellt werden.“

Konsequent handeln

Wenn die Bundesregierung die Energiewende konsequent vorantreiben will und betont, wie wichtig jede Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energien ist, dann sollte sie auch entsprechend handeln. Dazu gehört auch eine technologie neutrale Berücksichtigung aller erneuerbaren Energien. Die im Kabinett genannte eine Milliarde Kilowattstunden aus der

Wasserkraft muss deshalb erhalten und gesichert werden.

Über 50 Prozent der kleinen Wasserkraftanlagen in der Bundesrepublik befinden sich in Bayern. Viele dieser Anlagen haben eine jahrhundertelange Tradition. Sie erzeugen stabil, planbar und klimafreundlich Strom, der grundlastfähig, netzstabilisierend und störungsresistent ist. „Mit der Wasserkraft verringern wir auch die Energieabhängigkeit von Russland und tragen zu einer stabilen und zuverlässigen Energieerzeugung bei, die auch im Notfall zur Verfügung steht“, betonte Steinmaßl.

Kleine Wasserkraft nicht torpedieren

Würden die Pläne der Bundesregierung umgesetzt, wären damit auch zahlreiche bestehende Anlagen im Falle einer Modernisierung zur Leistungssteigerung von der Förderung ausgeschlossen. Weiterhin würden zahlreiche bürokratische Pflichten und der Entzug der EEG-Förderung bei Pflichtverletzung den Betrieb erschweren. „Wir befürchten, dass viele Betreiber von kleinen Wasserkraftanlagen mittelfristig den Betrieb einstellen würden“, erklärte Hans-Peter Lang, Vorsitzender des LVBW. „Es ist dringend notwendig, dass der Wasserkraft das übergeordnete öffentliche Interesse anerkannt wird, so wie es bei allen anderen Erneuerbaren Technologien der Fall ist. Es gibt keinen fundierten und nachvollziehbaren Grund, die kleine Wasserkraft davon auszunehmen und sie durch eine drastische Verschlechterung der Förderkonditionen im EEG 2023 zu torpedieren.“

Umfangreicher Protest

Der Widerstand gegen die Pläne des Bundeskabinetts wächst inzwischen nicht nur in immer mehr Bundesländern, sondern auch in der Energie- und Wasserversorgung sowie bei den Vereinen, die sich für den Erhalt und die Nutzung historischer Wassermühlen einsetzen. Dazu zählt auch der gemeinsame und in dieser Form umfangreichste Protest von 36 Verbänden und Organisationen, die sich in einer Erklärung gegen die existenzbedrohende Benachteiligung der regenerativen Wasserkraftanlagen im EEG 2023 wehren und eine komplette Streichung der umstrittenen Neuregelungen fordern.

In der Erklärung, die vom Landesverband Erneuerbare Energien NRW (LEE NRW) und dem Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) mitinitiiert wurde, heißt es unter anderem: „Die Auswirkungen (der geplanten Gesetzenovelle) sind erheblich, da sie einen Großteil der Wasserkraftstandorte betreffen würden. Rund 90 Prozent der Wasserkraftanlagen haben eine Leistung unter 500 kW.“

Änderungen streichen

Die vorgesehenen Änderungen zur Wasserkraft ließen sich weder politisch noch rechtlich rechtfertigen. Die Wasserkraft dürfe gegenüber den sonstigen regenerativen Energien nicht schlechter behandelt werden. Die beabsichtigten Änderungen müssten daher unter anderem aus folgenden Gründen unverzüglich gestrichen werden: 1. Die WRRL verfolgt nicht das Ziel, menschliche Einflüsse auf Gewässer rückgängig zu machen. Die nachhaltige Gewäs-

serbewirtschaftung schließt die Erhaltung der vorhandenen Nutzungsmöglichkeiten, auch der Wasserkraftnutzung, ein.

2. Die EU-Richtlinie für Erneuerbare Energien bezieht ausdrücklich auch kleine Anlagen in das Gesamtkonzept einer Förderung Erneuerbarer Energien mit ein. Dabei wird die Wasserkraft weder als Ganzes noch werden Anlagen unterhalb einer bestimmten installierten Leistung ausgenommen. Allein die Menge des erzeugten Stroms ist danach nicht der alles entscheidende Faktor. Die Energiewende verlangt eine Diversifizierung und Dezentralisierung der Erzeugungsstrukturen.

3. Die ökologischen Auswirkungen einer Wasserkraftanlage auf das Gewässerökosystem lassen sich nur standörtlich und einzelfallbezogen beurteilen. Der pauschale Vorwurf, dass kleine Wasserkraftanlagen zu erheblichen Beeinträchtigungen der Gewässerökologie und der Biodiversität in den Gewässern führen, mit dem Ergebnis, dass der von der WRRL geforderte gute ökologische Zustand nicht erreicht werden kann, ist sachlich und fachlich nicht haltbar.

4. Die Verknüpfung von wasserwirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Anforderungen mit der EEG-Vergütung begründet eine nicht zu rechtfertigende Sanktion. Bei keiner anderen Erneuerbaren Energieform wird die Einhaltung fachgesetzlicher Anforderungen mit der EEG-Vergütung verknüpft. Hier liegt eine sachlich nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung vor.

5. Die pauschale Festlegung, dass die Wasserkraftnutzung im Gegensatz zu den anderen Erneuerbaren Energien nicht im



Das Osterpaket der Ampel benachteiligt die Wasserkraft gegenüber anderen erneuerbaren Energiequellen. Die Arbeitskreise Wirtschaft und Umwelt der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag machten sich vor Ort ein Bild und besuchten das Illerkraftwerk Au in Kempten. V.l.: Kerstin Schreyer, energiepolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion; Eric Beißwenger, umweltpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion; Mechthilde Wittmann, MdB; Franz Josef Pschierer, MdL, Mitglied des Arbeitskreises Wirtschaft. Bild: CSU-Landtagsfraktion

überragenden öffentlichen Interesse liegt, um eine Ausnahme von den Bewirtschaftungszielen nach der WRRL begründen zu können, ist im Angesicht der Energiekrise nicht zu begründen und auch mit höherrangigem Recht nicht vereinbar. Es ist eine politische Vereitelungsfunktion, die in ihrer Absolutheit auch der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie widerspricht.

Beispiellose Diskriminierung

Der Kabinettsbeschluss zur Änderung des EEG 2023 und des WHG sei mit Blick auf die Regelungen zur Wasserkraft eine beispiellose Diskriminierung, die sachlich nicht hinnehmbar und völlig fehlgeleitet ist, da aktuell jede regenerative Kilowattstunde zählt, um die Importabhängigkeit im Energiesektor zu senken, so die Un-

terzeichner. Sie fordern deshalb, den Förderstopp für kleine Wasserkraftanlagen mit einer installierten Leistung von weniger als 501 Kilowatt ab dem Jahr 2023 zu revidieren, und die unnötige und fachlich nicht begründbare Verknüpfung von Förder- (EEG) und Fachrecht (WHG) einschließlich der Sanktionsmaßnahmen wieder rückgängig zu machen. Zudem sei das überragende öffentliche Interesse an der Wasserkraft in gleicher Weise wie bei allen anderen Erneuerbaren Energien anzuerkennen und dürfe nicht durch eine Änderung im WHG für die Wasserkraft im gleichen Atemzug wieder kassiert werden. Stattdessen seien Anreize für die Modernisierung von Bestandsanlagen und den gewässervertträglichen Aus- und Neubau an bereits bestehenden Querbauwerke zu setzen. **DK**

Kommunale Wärmeplanung:

Schlüsselinstrument für die Wärmewende

Die Bundesregierung plant die flächendeckende Einführung der Kommunalen Wärmeplanung. Hierzu soll gemeinsam mit den Bundesländern ein gesetzlicher Orientierungsrahmen geschaffen werden. Doch auch auf Ebene der Länder gibt es zahlreiche Initiativen – so etwa in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen. Der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE) und der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) haben daher auf ihrer nunmehr siebten gemeinsamen Veranstaltung auf den Berlin Energietagen 2022 mit Experten über die Chancen und Herausforderungen der Kommunalen Wärmeplanung diskutiert.

Den ersten Impuls gab dabei Robert Riechel (Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH), der zunächst den wissenschaftlichen Diskussionsstand sowie weiteren Handlungs- und Forschungsbedarf aufzeigte. Er unterstrich zudem die Notwendigkeit, die Wärmeplanung im Zuge der wärmepolitischen Debatte stärker in den Fokus zu nehmen. Gleichzeitig wies er auf den weiteren Forschungsbedarf in Hinblick auf die Vielfalt möglicher Aufgaben, die konkrete Ausgestaltung in der Praxis sowie auch bei den erforderlichen Rahmenbedingungen hin.

Anschließend wurden ausgewählte Praxisbeispiele durch Vertreter der Stadtwerke München GmbH sowie der Stadt Heidelberg vorgestellt. Dabei wurden auf Basis der konkreten Erfahrungen vor Ort u.a. Herausforderungen bei der Durchführung der Wärmeplanung an- und Politik-Empfehlungen für eine flächendeckende Einführung ausgesprochen.

Im Zentrum der Veranstaltung stand der „Verbände-Talk“, an dem Christian Maaß, Leiter der Abteilung II (Wärme, Wasserstoff, Effizienz) im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Martin Bendig, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg, BEE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm und VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing teilnahmen.

In der Diskussion herrschte Einigkeit darüber, dass planerische Ansätze im Zuge der Wärmewende spürbar gestärkt werden sollten: „Die Wärmeplanung ist ein relativ neues politisches Instrument,

für welches Akzeptanz geschaffen werden muss. Daher ist für eine flächendeckende Einführung entscheidend, dass die Rahmenbedingungen erheblich verbessert werden. Dazu gehört etwa eine umfassende Finanzierung und attraktive Beratungsangebote“, unterstrich VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing. Neben der planerischen Tätigkeit müssten gleichzeitig die Investitionsbedingungen für den Umbau der unterschiedlichen Versorgungsinfrastrukturen vor Ort verbessert und die Technologieoffenheit vor Ort gewahrt werden.

„Angesichts der globalen Preiskrise der fossilen Energiewirtschaft gilt es Tempo zu machen. Die zügige Dekarbonisierung im Bereich der Wärme ist heute auch eine soziale Aufgabe. Die Implementierung der Erneuerbaren Energien in vorhandene Infrastrukturen wird dafür entscheidend. Die Potenziale bei Solarenergie, erneuerbarer KWK und Geothermie im urbanen Raum sind hoch“, so Wolfram Axthelm, Geschäftsführer im Bundesverband Erneuerbare Energie.

Abschließend hoben Liebing und Axthelm den Wert des direkten Austausches hervor: Erstmals seit 2019 fanden die Berliner Energietage zumindest in Teilen wieder als Präsenzveranstaltung statt. Der direkte Austausch sowie die persönlichen Diskussionen am Rande seien unverzichtbar. Beide sprachen ihre Hoffnung aus, dass der politische Diskurs nun wieder verstärkt in physischen Terminen erfolgen könnte. **□**

Sauber g'spart!

Bestens versorgt mit Erdgas und Ökostrom von Energie Südbayern.

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

www.esb.de

© Martin Bolle



Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden Benediktbeuern, Bernried, Egling, Fischbachau, Gmund am Tegernsee, Hausham, Markt Holzkirchen, Otterfing, Pähl, Polling, Tutzing, Stadt Tegernsee, des Landkreises Miesbach, des Instituts für nachhaltige Energieversorgung und der Energiewende Oberland.

Bild: Energiewende Oberland

Nahwärme für die Energiewende

12 Kommunen und der Landkreis Miesbach treffen sich im Rahmen des Energieeffizienznetzwerks für Kommunen im Oberland in Gmund am Tegernsee

Bürgermeister Alfons Besel (Gemeinde Gmund am Tegernsee) freute sich sichtlich, dass seine Gemeinde das dritte Netzwerktreffen ausrichten durfte. Er begrüßte alle seine Bürgermeisterkollegen und Netzwerkbeauftragten der teilnehmenden Gemeinden. Zum Abschluss der Veranstaltung lud er alle ein die Heizzentrale des Nahwärmenetzes am Bauhof zu besichtigen.

Das dritte Treffen wurde im Neureuthersaal in Gmund am Tegernsee durchgeführt. Bei diesem Treffen stand die Wärmeversorgung von kommunalen Liegenschaften im Vordergrund. „Nahwärmenetze sind eine sehr gute Möglichkeit mehrere kommunale Liegenschaften mit einer gemeinsamen Energiequelle zu versorgen.“, erklärt Andreas Scharli vom Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland.

Über drei Jahre werden die Gemeinden Benediktbeuern, Bernried, Egling, Fischbachau, Gmund am Tegernsee, Hausham, Markt Holzkirchen, Otterfing, Pähl, Polling, Tutzing, die Stadt Tegern-

see und der Landkreis Miesbach sich gemeinsam intensiv dem Thema Energiewende widmen und Erfahrungen austauschen. Mittlerweile befindet sich das Netzwerk schon auf der Zielgeraden des ersten Jahres.

Definition von Einsparzielen

Im nächsten Schritt legen die Kommunen individuelle Ziele für die Netzwerkarbeit fest. „Die Definition von Einsparzielen ist ein wichtiger Meilenstein. Die Ziele und ein regelmäßiges Überprüfen der erreichten Einsparungen helfen den Kommunen, am Ball zu bleiben und die Netzwerkar-

beit erfolgreich zu gestalten“, so Prof. Dominikus Bückner vom Institut für nachhaltige Energieversorgung an der Hochschule Rosenheim.

Begleitet wird das Netzwerk fachlich vom Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) an der Technischen Hochschule Rosenheim und dem Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland. Im Rahmen der Netzwerktreffen werden klassische Themen wie Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften, Einführung von Energiemanagement-Systemen und beispielsweise Unterstützung bei Nahwärmenetzen erarbeitet, aber auch Zukunftsthemen wie Elektromobilität und die Kombination von Strom, Wärme und Mobilität forciert. Parallel zu den Netzwerktreffen erhalten die Kommunen individuelle fachliche Beratung bei der Umsetzung der Projekte. □



V.l.: Dr. Stefan Simon, Regierung von Mittelfranken, Ralph Annau, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer, Regierungsvizepräsidentin Dr. Kerstin Engelhardt-Blum, Birgit Riesner, Joachim Fahsl, Regierung von Mittelfranken. Bild: Thomas Müller / Regierung von Mittelfranken

Dinkelsbühl im „Team Energiewende Bayern“

Die Stadt Dinkelsbühl (Landkreis Ansbach) ist als erste bayerische Kommune zur „Unterstützerin im Team Energiewende“ gekürt worden. Dies teilte Mittelfrankens Vize-Regierungspräsidentin Kerstin Engelhardt-Blum mit. Die Ehrung fand in der Ansbacher Residenz statt.

Zahlreiche Photovoltaikanlagen, Windkraftwerke und Biogasanlagen versorgen in Dinkelsbühl Haushalte, Firmen und öffentliche Gebäude mit Energie. Insgesamt wird das 1,4-fache von dem an Energie erzeugt, das benötigt wird. Statt der Einspeisung des durch Photovoltaik, Windkraft oder Biomasse gewonnenen Stroms ins Netz setzt die Stadt beispielsweise auf eine direkte Weiterleitung in die industriellen Betriebe.

Unabhängigkeit und Dezentralität

Für Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer ist dieser Weg die Lösung für die Zukunft: „Ein wesentlicher Baustein zur Bewältigung des Klimawandels und CO2 neutraler Energie liegt für die

Stadt in der Unabhängigkeit und Dezentralität. Energiewende und Wirtschaftlichkeit gehen so Hand in Hand.“ Hammer zufolge wird in anderen bayerischen Städten nur rund die Hälfte von dem produziert, was verbraucht wird.

Team Energiewende Bayern

Mit der Initiative „Team Energiewende Bayern (TEB)“, deren Mitglied die Regierung von Mittelfranken von Beginn an ist, bietet das Bayerische Wirtschaftsministerium einen Rahmen für alle öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten rund um die Energiewende in Bayern. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Unternehmen, aber auch Verbände sowie Forschungs- bzw. Bildungseinrichtungen sind herzlich willkommen. DK

Eine Plattform für alle kommunalen Energiethemen

Stuttgart. Mit der selbstentwickelten digitalen Plattform für Konzessionskommunen schafft Netze BW mehr Transparenz im Netzgeschäft. Damit unterstützt die EnBW-Tochter Konzessionskommunen auch bei allen Fragen zur Energieinfrastruktur.

Über die „KommunalPlattform“ greifen Gemeinden intuitiv auf alle relevanten Services und aktuelle Daten wie die Versorgungssituation oder Einspeise- und Verbrauchswerte zu. Die Informationen stehen rund um die Uhr zur Verfügung. Mit dem neuen Kommunikations- und Servicekanal bündelt Netze BW sämtliche wichtigen Informationen an einem Ort.

Kommunale Kommunikationsplattform

Kommunen profitieren dabei von einem Web-Service, den es auf dem Energiemarkt so bisher noch nicht gab. Petra Schweizer, Leiterin Konzessionen bei Netze BW, sagt: „Das Thema Energieinfrastruktur ist komplex und die Energiewende vergrößert den Aufwand für Kommunen zusätzlich. Das bindet Ressourcen und verlangsamt den Fortschritt. Mit der ‚KommunalPlattform‘ bieten wir den Gemeinden genau die Hilfe, die sie brauchen, um ihre Energiethemen effizient und zügig voranzutreiben.“ Außerdem ergänzt das Tool als zusätzliches Service-Angebot die Arbeit der persönlichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei der Netze BW. Denn Nutzerinnen und Nutzer und Netze BW können über die Plattform auch miteinander kommunizieren und Dokumente austauschen. Das Angebot überzeugt: „Derzeit sind bereits mehr als 1.600 Nutzer*innen und rund 600 Konzessionskommunen auf der ‚Kom-

munalPlattform‘ angemeldet“, so Schweizer.

Aktuell und passgenau für die eigene Kommune

In den fünf Modulen des Online-Tools finden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Bauamtsleiterinnen und -leiter, Kämmererinnen und Kämmererinnen oder Energiemanager und -managerinnen mühelos die Informationen und Services, die ihnen die tägliche Arbeit erleichtern – aktuell und passgenau für ihre Kommune. Über Schnittstellen erhalten sie dabei aktuelle Informationen aus den Systemen der Netze BW.

Im Modul „Netzentwicklung“ können Kommunen nachvollziehen, wie sich die Netzauslastung bei ihnen verändern wird, wenn sie sich schrittweise den Klimazielen annähern. Dadurch erkennen sie sofort, wo im Stromnetz es in den kommenden Jahren Ausbaubedarf gibt.

Dank des Moduls „Störungsmonitoring“ sind Anwenderinnen und Anwender immer auskunftsfähig. Das Modul zeigt alle

aktuellen und bis zu vier Wochen zurückliegenden Stromausfälle und ihre Ursachen. Den tagesaktuellen Energieverbrauch und die Kennzahlen ihrer erneuerbaren Energieanlagen sehen Gemeinden im Modul „Energiedaten und Netzinformationen“. Weil alle für das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg relevanten Daten per Knopfdruck bereitstehen, erleichtert das Tool zudem die kommunale Wärmeplanung.

Über das Modul „Dreijahresplanung“ haben Kommunen sämtliche Baumaßnahmen im Blick, die die Netze BW in den nächsten Jahren auf ihrer Gemarkung plant. Der Clou ist: Auch die Kommunen können hier künftig ihre eigenen Maßnahmen eintragen und behalten so einfacher den Überblick über ihre Aktivitäten. Das erleichtert die Abstimmung und hilft, Synergien bei Bautätigkeiten bestmöglich zu nutzen.

Das Modul „Abrechnungen und Verträge“ hilft Gemeinden, sich über Konzessionsabgaben zu informieren oder Kommunalrabatte für Netzzugänge von Schulen oder anderen Gebäuden einfach und schnell geltend zu machen. Zudem weist die Plattform automatisch und rechtzeitig auf das Ende von Fristen hin. □



V.l.: Dr. Dietrich Gemmel (LEW-Vorstand), Alex Eder (Landrat des Landkreises Unterallgäu), Prof. Dr. Martin Grambow (Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft und Bodenschutz im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz), Michael Bohlinger (Geschäftsführer LEW Wasserkraft) und Hans-Joachim Weirather (Präsident des Fischereiverbandes Schwaben) an der Iller in der Nähe des Kraftwerks Maria Steinbach. Bild: LEW AG / Christina Bleier

Wieder mehr Fische in der Iller

LEW und Projektpartner ziehen Bilanz zur Illerstrategie

Fischwanderhilfen, neue Gewässerstrukturen und lebendige Auwälder – in den letzten Jahren haben die Lechwerke (LEW) gemeinsam mit zahlreichen Projektpartnern umfangreiche ökologische Maßnahmen an der Iller zwischen Altusried und Lautrach umgesetzt. Grundlage war die Iller-Strategie, eine Vereinbarung zur nachhaltigen Wasserkraftnutzung an der Iller, die das Bayerische Umweltministerium und LEW 2014 unterzeichnet hatten. Die Bilanz nach Abschluss des Projekts fällt positiv aus: Die Maßnahmen haben den Lebensraum der dort heimischen Tier- und Pflanzenwelt aufgewertet und sorgen dafür, dass wieder mehr Fische und Fischarten im Fluss vorkommen.

LEW hat für die Umsetzung der Iller-Strategie rund 30 Mio. Euro investiert und damit den nachhaltigen Betrieb der Wasserkraftwerke für die Zukunft gesichert. Die Iller-Strategie bezog sich auf einen etwa 30 Kilometer langen Iller-Abschnitt zwischen Altusried und Lautrach, an dem LEW fünf Wasserkraftwerke betreibt. An der Planung und Umsetzung der Maßnahmen waren neben LEW zahlreiche Partner beteiligt. Dazu zählten Vertreter der bayerischen Wasserwirtschaft, die Fischereifachberatung des Bezirks Schwaben, der Fischereiverband Schwaben, die Universität Augsburg und das Aueninstitut Neuburg.

Die Iller-Strategie bestand aus vier zentralen Bausteinen: dem Bau von Fischwanderhilfen, einem Fischschutzkonzept, der Dynamisierung von Umgebungsflüssen und einer Verbesserung der Gewässerstruktur im Fluss.

Durchgängigkeit mit Fischwanderhilfen

An allen fünf Staustufen entstanden in den letzten Jahren naturnahe Umgebungsgewässer, sodass die Fische nun auf einer Strecke von rund 30 Kilometern in der Iller ohne Hindernisse wandern können. Die fünf Umgebungsflüsse haben eine Gesamt-

länge von mehr als drei Kilometern. Sie bilden nicht nur einen einfachen Bypass für die Staustufen, sondern haben sich in kurzer Zeit zu wertvollen Lebensräumen für Flora und Fauna entwickelt. Jungfische finden in den mit Totholz, großen Steinen und anderen Materialien gestalteten Bächen eine ideale Kinderstube.

Auch an den Kraftwerken selbst hat LEW Wasserkraft den Fischschutz verbessert. Spezielle Turbinen sowie neue engmaschige Rechen an den Turbineneinlässen der Kraftwerke tragen dazu bei, dass sich die Anströmgeschwindigkeit verringert. So gelangen immer weniger Fische zum gefährlichen Turbinenbereich. Zudem wurden durch eine Anpassung der Durchflussmengen der Kraftwerke und der Ableitung einer Mindestwassermenge die Bedingungen in den fließenden Bereichen der Iller deutlich verbessert.

Lebendiger Auwald

Ein intakter Auwald stellt einen wertvollen Lebensraum für Tiere und Pflanzen dar. Im Rahmen der Iller-Strategie wurden neue Seitengewässer angelegt, in die gezielt Wasser ausgeleitet wird. So kann die für Auwälder typische Dynamik des Wassers wiederhergestellt werden.

Um eine dynamische Gewässerentwicklung zu ermöglichen, wurden einzelne Uferabschnitte gezielt abgeflacht. Ein zentraler Baustein ist das Projekt „ISO-BEL – Kies für die Iller“. Im Mittelpunkt dieses Teilprojekts der Iller-Strategie 2020 steht ein zielgerichtetes Geschiebemanagement, um geeignete Gewässerstrukturen und neue Lebensräume für Fische und Kleinlebewesen zu schaffen.

Durch das gezielte Einbringen von Kies sollte der Lebensraum im Fluss verbessert werden. An den vier Illerstaufen Altusried, Fluhmühle, Legau und Maria Steinbach erprobten die Projektpartner auf einer Länge von je 200 Meter dazu unterschiedliche Verfahren. So wurde zum Beispiel Kies in Kombination mit Buhnen oder großflächig in der Flussmitte eingebracht. An anderen Stellen bauten die Projektpartner die Uferbefestigungen gezielt zurück und förderten damit die eigenständige naturnahe Entwicklung der Ufer. Das Projekt wurde über LIFE, ein Förderprogramm der EU für Umwelt, Naturschutz und Klimapolitik, gefördert und 2020 abgeschlossen.

Belegter Erfolg der Maßnahmen

Die Projekte an der Iller wurden und werden weiterhin wissenschaftlich begleitet. Eine zentrale Rolle spielte dabei ein umfangreiches Fischmonitoring-Programm: An jedem Umgebungsbach sind speziell entwickelte Zählbecken entstanden mit deren Hilfe das Wanderver-

halten der Fische systematisch untersucht werden konnte.

Unter der wissenschaftlichen Begleitung der Universität Augsburg und der Fischereifachberatung des Bezirks Schwaben wurden von August 2016 bis Ende 2020 rund 65.000 Fische aus 34 verschiedenen Arten gezählt. Am häufigsten landeten Laube, Döbel und Flussbarsch im Zählbecken. Besonders stark zugenommen haben in den letzten Jahren die Bestände von Äsche und Barbe. Ein Hinweis darauf, dass die Lebensräume für gefährdete Arten durch die Maßnahmen deutlich verbessert werden konnten, denn beide Fischarten benötigen klare, kühle und sauerstoffreiche Gewässer mit teils starken Strömungen. Erfasst wurden auch die nach der Roten Liste gefährdeten Fischarten Huchen und Nase.

Durch die Markierung der Fische konnten die Projektpartner belegen, dass die Fische teilweise über bis zu vier Fischwanderhilfen hinweg aufgestiegen sind. Manche wanderten sogar über 28 Kilometer – ein Beleg dafür, dass die Umgebungsgewässer gut angenommen werden. Auch Abstiege über die Wehre und Grundablässe konnten nachgewiesen werden.

Mit dem Monitoring-Programm an der Iller wurde erstmals im bayerischen Donauinzugsgebiet das Wanderverhalten von Fischen systematisch untersucht. Durch diese bislang einzigartige Erhebung kann die Iller-Strategie als Referenzprojekt für viele weitere vergleichbare Flussabschnitte dienen. □

Bayernwerk-Jahrespressekonferenz in Regensburg:

Energiesysteme in neuer Dimension

Zu einem laut Bayernwerk-Vorstandsvorsitzendem Dr. Egon Westphal „Tauschgang in die aktuelle Situation der Energieversorgung“ lud das Unternehmen im Rahmen seiner Jahrespressekonferenz in Regensburg ein. Die Energieversorgung befindet sich in einer Zeitenwende. „Der Weg hin zu Erneuerbarer Energie ist der beste und vielversprechendste Weg aus der heutigen Situation der Abhängigkeit“, betonte Westphal. Die Ziele, die die Bundesregierung dabei vorgibt, erforderten jedoch Energiesysteme in einer neuen Dimension. Damit stehe das Bayernwerk vor einem der größten Transformationschritte in seiner 100-jährigen Unternehmensgeschichte.

Notwendig ist aus Sicht der Bayernwerk-Gruppe ein massiver Ausbau der Energienetze, vor allem der regionalen Verteilnetze. Dafür plant das Unternehmen Rekordbudgets und fordert von der Politik den Abbau der Genehmigungsbürokratie. Zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele richtet sich das Augenmerk zudem auf Digitalisierung, Innovation und nachhaltige Lösungen für Kommunen, Industrie, Gewerbe und Verbraucher.

Photovoltaik-Boom

Westphal zufolge hat die Energiezukunft beim Bayernwerk mit der Jahrtausendwende begonnen, aber erst im Jahr 2010 richtig Fahrt aufgenommen. Damals startete der erste Photovoltaik-Boom, vorübergehend mit einem Anschlussvolumen von 40.000 PV-Anlagen pro Jahr. Inzwischen hat die Bayernwerk Netz 350.000 PV-Anlagen an ihr Netz angeschlossen.

Vergangenes Jahr habe sich ein neuer PV-Boom im Freistaat aufgebaut. „Haben wir bislang, also in der ersten Stufe der Energiewende seit dem Jahr 2000, eine PV-Leistung von rund 9.000 Megawatt an unser Netz angeschlossen, liegen bei uns Stand heute PV-Anschlussanträge mit einem Leistungsvolumen von 15.000 Megawatt auf dem Tisch. Das entspricht ungefähr der zehnfachen Leistung des Kernkraftwerks Isar 2. Auch hatten wir letztes Jahr wieder 40.000 Anfragen für neue PV-Anlagen“, beschrieb der Vorstandsvorsitzende die Entwicklung.

Erhebliche Dynamik

Mit der neuen Bundesregierung und der nun erfolgten politischen Neupositionierung der Energieversorgung als Sicherheitspolitik komme nochmals eine erhebliche Dynamik dazu. Bis 2030 sollten bundesweit rund 215 Gigawatt an Solarleistung installiert sein. „Um den geplanten Zubau an Erneuerbarer Energie perspektivisch möglich zu machen, müssen wir in unserem Energienetz von heute an bis zum Jahr 2040 rund 600 neue Umspannwerke und zigtausende Kilometer an Netzen ausbauen. Was die Menge an Netzinfrastruktur betrifft, heißt das: Wir bauen in den nächsten 15 bis 20 Jahren ein weiteres Bayernwerk“, so der Vorstandsvorsitzende. Dies sei erforderlich, da ohne entsprechende Kapazitäten im regionalen Verteilnetz der geplante Zubau an Erneuerbaren Energien nicht stattfinden kann. „Wer die Erneuerbaren Energien entfesseln will, muss die Energienetze entfesseln“, unterstrich Westphal.

Von der Politik fordert der Bayernwerk-Chef daher einen vorausschauenden Verteilnetzausbau und ein bayerisches Umsetzungskonzept, das den Freistaat, die Kommunen, die Netzbetreiber, die Anbieter von Erneuerbaren Energien und die Wirtschaft zusammenbringt. „Die Genehmigungsprozesse müssen deutlich verschlankt

werden. Wir müssen weg von einer Verwaltungskultur und hin zu einer Gestaltungskultur.“ Im Mittelpunkt des Handels müsse der gestalterische Auftrag stehen. Die aktuellen Planungen der Bayerischen Staatsregierung, die Personalkapazitäten in den bayerischen Genehmigungsbehörden aufzustocken und die bayerische Forderung an den Bund, den Ausbau des regionalen Verteilnetzes als „im besonderen öffentlichen Interesse liegend“ einzustufen, seien begrüßenswert.

Die Energiezukunft verändert Bayern – und zwar vor Ort. Bayernwerk, so Westphal, habe ein realistisches Berechnungsmodell für ein klimaneutrales Bayern erstellt. Die Ergebnisse zeigten: „In den nächsten 15 bis 20 Jahren steigt die Anzahl an Landkreisen mit bilanziellem Stromüberschuss kontinuierlich an. Der ländliche Raum wird so zu einem grünen Kraftwerk. Während Bayern heute noch bilanziell Strom importiert, werden bis 2040 die bilanziellen Energieexporte wachsen und auf 46 Terrawattstunden steigen. Heute laststarke Regionen wie das Chiemdriedeck Burghausen bleiben dennoch auch künftig beziehend.“

Rekord-Netzinvestitionen

Bayernwerk-Vorstandsmitglied Melanie Wiese, die die Ressorts Finanzen, IT und Materialwirtschaft verantwortet, stellte die Entwicklung der Netzinvestitionen der Bayernwerk Netz vor. „Unser letztjähriges Rekordbudget im Netz von 650 Millionen Euro werden wir in diesem Jahr mit Aufwendungen in Höhe von 680 Millionen Euro nochmals übertreffen. 2023 werden wir 750 Millionen Euro für die Netze aufwenden. Im Jahr 2024 sind es dann nach heutiger Planung 815 Millionen Euro.“ Spannt man den Bogen von 2020 bis 2025, „werden wir allein als Bayernwerk über vier Milliarden Euro in das regionale Verteilnetz gesteckt haben. Ohne dieses kostenintensive Engagement werden wir jedoch die politischen Ziele einer klimaneutralen Energiezukunft nicht umsetzen können“, machte Wiese deutlich. „Unsere finanziellen Mittel für eine zukunftsfähige Energieinfrastruktur gehen, soweit möglich, in die Region. Viele Partnerfirmen aus den verschiedenen Regionen werden wir in die Umsetzung unserer Baumaßnahmen einbinden.“

Geschäftsprozesse von A bis Z

Um sich für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen, setzt die Bayernwerk-Gruppe zudem auf Digitalisierung, IT und Innovation. Die gesamte IT-Landschaft werde auf neue, standardisierte Füße gestellt. So könne man aus einem IT-Baukasten heraus Geschäftsprozesse von Anfang bis Ende gestalten.

„Die gewaltigen Herausforderungen im Infrastrukturgeschäft bleiben nicht ohne Auswirkungen auf unsere vertriebliche Ausrichtung“, unterstrich Andreas

Ladda, Bayernwerk-Vorstand für Personal und Markt. Der Fokus richte sich auf Energiedienstleistungen und Partnerschaften, die den Kunden helfen, ihre individuelle Energietransformation zu gestalten. „Wir wollen unsere Rolle als Lösungsanbieter im Energiegeschäft weiter ausbauen und schärfen. Das gilt in erster Linie für unsere 1.300 Partnerkommunen in Bayern sowie für Stadtwerke, Gewerbe und Industrie, aber auch – im Hinblick auf technologische Lösungen – für private Haushalte und Bürgerinnen und Bürger“, hob Ladda hervor.

Baukastenprinzip

Im Übrigen, so der Personalvorstand, stünden auch die Kunden des Unternehmens vor der Aufgabe, ihre individuelle Energiezukunft zu gestalten. „Die Anforderungen sind komplex. Um schnell und effizient Lösungen anbieten zu können, arbeiten wir im Kundengeschäft mit standardisierten, digitalen Plattformen und einem Baukastenprinzip.“

Als Beispiele nannte er das Angebot lokaler Strommärkte, das Energieportal Business für Industrie und Gewerbe, das Tochterunternehmen EnergieLösung oder die Quartierslösungen der Bayernwerk Natur und das Energieportal für Kommunen.

Energieportal für Kommunen

Mit dem Energieportal können sich die Kommunen in Echtzeit ein umfangreiches, digitales Abbild über den Zustand aller kommunalen Anlagen verschaffen. Dank automatisierter Messsysteme und moderner Sensorik können Daten erfasst, direkt in das Energieportal eingestellt und dort abgerufen werden – oder direkt aufs Smartphone des Bürgermeisters geschickt werden. Vom Zu-

stand der Straßenbeleuchtung, über kommunale Zählerstände, die Luftqualität, örtliche Temperaturen, Besucherzahlen, Verkehrsdaten, Batterie- und Füllständen an kommunalen Anlagen: Die Bandbreite ist umfangreich. Und auch Planungsarbeit ist möglich: So können Kommunen im Energieportal zum Beispiel die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED vorbereiten.

Quartierslösungen

Beispiele für Quartierslösungen, die die Bayernwerk Natur energetisch mit entwickelt, sind das Münchner Werksviertel Mitte, München-Neuried, das Nürnberg-Seedorf, der Augsburger Technology Campus, Egenfelden, Thalmassing und aktuell das Quartier „Ortsmitte“ in Wackersdorf, bei dem Strom und Wärme intelligent miteinander verzahnt sind. „Grundsätzlich“, so Ladda, „haben wir in unserer Nachhaltigkeitsstrategie entschieden, dass wir ab 2023 in neu entwickelten Quartieren keine fossilen Brennstoffe mehr einsetzen – und damit auch kein Erdgas. Wir bieten in Wohnquartieren nur noch Lösungen für 100 Prozent CO₂-freie Energie- und Wärmeversorgung an.“

Innovations-Parcours

Im Rahmen eines Innovations-Parcours stellte das Bayernwerk die Entwicklung im Bereich Digitalisierung anhand einzelner Projekte vor. So arbeitet etwa die Bayernwerk Netz mit Siemens Energy am Projekt NEXT.Sieaero: Eine Flugdrohne inspiziert Stromleitungen und liefert mit hochauflösender Kamertechnologie detaillierte Ergebnisse über den Mastzustand. Ein virtueller Raum liefert exakte Eindrücke von LED-Straßenbeleuchtung, von der Leuchtenoptik bis zur Lichtenmutter. Laufroboter kommen künftig als Helfer in Umspannwerken zum Einsatz. Ölschichten in veralteten Stromkabeln werden mittels Bakterieneinsatz umweltschonend ausgespült. Ausgediente Fahrzeugbatterien bekommen ein zweites Leben als Großspeicher. DK



Big Data aus der Luft: Andreas Ladda (links), Dr. Egon Leo Westphal und Melanie Wiese vor dem Modell einer Schiebel-Flugdrohne, die die Bayernwerk Netz GmbH künftig zur Instandhaltung und Netzwartung einsetzen wird. Die Drohne steigt in Deutschland erstmalig im Herbst im Einsatz des Bayernwerks. Die hochinnovative Kamera- und Steuerungstechnologie von Siemens Energy ermöglicht ein detailliertes Abbild von Masten, Leitungen, Schrauben und der Umgebung.

Bild: Uwe Moosburger, altrofoto/ Bayernwerk AG

Erste Ausschreibungen für Biomasseanlagen:

Erneut deutlich unterzeichnet

Die Bundesnetzagentur veröffentlichte die Ergebnisse der ersten Ausschreibungsrunde für Biomasse in 2022, die wie die vorherigen Ausschreibungsrunden erneut deutlich unterzeichnet war. Bei einem ausgeschriebenen Volumen von ca. 275 Megawatt (MW) wurden lediglich 56 Gebote mit einem Volumen von knapp 68 MW bezuschlagt. Sandra Rostek, Leiterin des Hauptstadtbüros Bioenergie, kommentiert im Namen der Bioenergieverbände:

„Die starke Unterzeichnung der ersten Ausschreibungsrunde in 2022 war leider abzusehen. Für viele Anlagen ist aktuell ein wirtschaftlicher Weiterbetrieb zunehmend gefährdet. Die vom Bundeskabinett eingebrachten Änderungsvorschläge für die aktuelle Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes würden diese Situation sogar noch verschärfen und sind daher dringend zu überarbeiten. Weiterhin bestehen mit der Südquote sowie der endogenen Mengensteuerung große Investitionshemmnisse.“

Die Politik betont dieser Tage besonders die Relevanz jeder einzelnen Kilowattstunde aus erneuerbaren heimischen Quellen. Um diese zu halten, müssen dringend attraktivere Vergütungsbedingungen geschaffen werden. Hier setzen wir im Hinblick auf unsere zukünftige Versorgungssicherheit sowie der aktuellen Energiekrise auf den parlamentarischen Prozess und appellieren an die Abgeordneten, sich für eine Optimierung der Bioenergienutzung einzusetzen.“

Energie für heute und morgen

Mit Gas geht's

Zuverlässig für Sie da
erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben

Vorreiter der Energiewende

Interview: Florian Christner, Redaktion „Profil“

17 Energiegenossenschaften begleitete der GVB 2021 bei der Gründung – dieses Jahr dürften es deutlich mehr werden. Wieso die Energiewende Genossenschaften braucht, weshalb vor allem Wärme-Genossenschaften im Trend liegen und worauf es bei der Gründung ankommt, verrät GVB-Gründungsberater Max Riedl.

Herr Riedl, von den 31 neu gegründeten Genossenschaften, die der GVB im Jahr 2021 in seine Reihen aufgenommen hat, waren 17 Energiegenossenschaften. Ein deutlicher Zuwachs im Vergleich zu den Vorjahren. Worauf ist dieses verstärkte Gründungsgeschehen bei Energiegenossenschaften zurückzuführen?

Max Riedl: Der Zuwachs bei den bayerischen Energiegenossenschaften ist in der Tat sehr erfreulich. Bei genauer Betrachtung müssten aber noch viel

hen im Energiebereich wird dieses Jahr nochmal deutlich intensiver. Derzeit erreichen die GVB-Gründungsberatung sehr viele Anfragen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die eine Energiegenossenschaft gründen wollen.

Versorgungssicherheit verbessern

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Preise für Gas, Öl und Kohle weiter in die Höhe getrieben, Engpässe bei der Ener-

sind das interessante Geschäftsfelder.

Die neue Bundesregierung möchte die Bürger aktiv an der Energiewende beteiligen. Inwiefern ist das eine Steilvorlage für die Gründung von Energiegenossenschaften?

Riedl: Ob das wirklich eine Steilvorlage wird, würde ich lieber abwarten. Im politischen Umfeld werden gerne Begriffe wie Bürgergenossenschaft oder Bürgerenergie verwendet, ohne damit eine konkrete Unterstützung für die genossenschaftliche Rechtsform zu verbinden. Trotzdem hege ich die Hoffnung, dass die Politik ihren Worten endlich Taten folgen lässt und den Bürgern bessere Möglichkeiten einräumt, sich in ihrer Region an der Energiewende zu beteiligen.

Bürgerbeteiligung

Die Gesellschaft übernimmt mit dem Klimaschutz und der Energiewende gigantische Aufgaben, das geht nicht ohne Bürgerbeteiligung. Dazu eignen sich Genossenschaften mit ihrer transparenten und demokratischen Rechtsform nun mal am besten.

Warum ist die Zeit reif für eine Energiewende in Bürgerhand?

Riedl: Bürgerenergiegenossenschaften stehen für die dezentrale Energiewende, indem sie vor Ort Strom und Wärme erzeugen und die Menschen damit versorgen. Wenn die Bürger diese Verantwortung für ihre Heimatregion nicht selbst übernehmen, dann wird jemand anderes einspringen, zum Beispiel ein Konzern. Dieser wird sicherlich seine Rendite oder die Dividende seiner Aktionäre im Blick ha-

zip „ein Mitglied, eine Stimme“ sorgen zudem dafür, dass alle ihre Meinung einbringen können und nicht einzelne Mitglieder die Richtung vorgeben. Zudem geht es bei einer Genossenschaft primär um die Leistung, die sie ihren Mitgliedern und auch der Gesellschaft anbietet, und nicht so sehr um den finanziellen Ertrag dieser Leistung. Der Geschäftszweck einer Bürgerenergiegenossenschaft ist also nicht, eine möglichst hohe Dividende auf den Geschäftsanteil auszuzahlen, sondern die Energiewende voranzutreiben. Auch das unterscheidet die Genossenschaft von anderen Rechtsformen.

Selbsthilfeeinrichtungen und lebendige Gemeinschaften

Warum ist es gerade bei Nahwärmenetzen sinnvoll, diese in genossenschaftliche Hände zu legen?

Riedl: Wärmegenossenschaften sind klassische Selbsthilfeeinrichtungen. Sie leisten Hilfe zur Selbsthilfe, indem sie ihre Mitglieder kostengünstig mit Wärme versorgen. Nur die tatsächlichen Kosten werden in den Grund- und Wärmepreis eingerechnet. Ein Dritter wird die Dorfgemeinschaft niemals so günstig mit Wärme versorgen können wie die Bürger selbst. Außerdem halten Wärmegenossenschaften die Wertschöpfung im Ort. Das Geld des Dorfes dem Dorfe, um es mit Friedrich Wilhelm Raiffeisen zu sagen. Weil die Straßen für das Wärmenetz ohnehin ausgegraben werden müssen, verlegen viele Wärmegenossenschaften außerdem noch Glasfaserkabel für schnelles Internet. Auf diese Weise profitieren die Dorfbewohner gleich doppelt von der Genossenschaft. Hinzu kommt: Wärmegenossenschaften werden vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder getragen. Das re-

keiten das sonst führen kann, zeigen die deutschen Gasspeicher, die sich der russische Gaskonzern Gazprom einverleibt hat.

Eigene Ressourcen nutzen

Auch der Ukrainekrieg zeigt, wie abhängig Deutschland von russischen Energielieferungen ist. Inwiefern können Energiegenossenschaften dazu beitragen, diese Abhängigkeit zu reduzieren?

Riedl: Die Gleichung ist eigentlich recht einfach. Wir in Deutschland und gerade auch in Bayern haben mit Sonne, Wind, Geothermie und Biomasse mehr als ausreichend Rohstoffe, um uns günstig und dauerhaft mit erneuerbarer Energie zu versorgen. Wenn Energiegenossenschaften diese Ressourcen zur Energieversorgung vor Ort nutzen, reduzieren sie gleichzeitig die Abhängigkeit von Energielieferungen aus Krisenregionen. Zudem bündeln Energiegenossenschaften die Finanzkraft der Bürger vor Ort. Das hilft unseren Ingenieuren, mit ihrem Know-how innovative technische Projekte zu entwickeln, die wegweisend für die Energiewende sind. So können Genossenschaften dazu beitragen, die bisherige Abhängigkeit von fossilen Energien aus Krisenregionen zu beenden und durch einen Marktvorteil für die Exportnation Deutschland zu ersetzen.

Wie unterstützt der GVB bei der Gründung von Genossenschaften?

Riedl: Der GVB ist ein kompetenter Partner für seine Mitglieder. Vielseitige Erfahrungen in verschiedensten Branchen helfen den GVB-Gründungsberatern dabei, Neugründungen von der ersten Idee bis zur fertigen, im Register eingetragenen Genossenschaft in allen Schritten professionell zu unterstützen.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

„Wärmegenossenschaften benötigen eine starke Gemeinschaft, denn ohne Vertrauen ist eine solide Zusammenarbeit nur schwer realisierbar.“ Welche Besonderheiten gibt es bei der Gründung von Nahwärmenetzgenossenschaften zu beachten?

Riedl: Bei Wärmegenossenschaften ist von Anfang an eine starke Gemeinschaft notwendig, denn ohne das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und die der Nachbarn ist eine solide Zusammenarbeit nur schwer realisierbar. Wenn diese erste Hürde genommen wurde, dann geht es an die technischen und wirtschaftlichen Parameter. Wichtig sind vor allem ein bezahlbares Wärmenetz, eine ausreichend dimensionierte Heizzentrale, eine moderne Übergabetechnik sowie ausreichend Abnehmer. Die Wahl des richtigen Planers ist von enormer Bedeutung, bevor die Arbeiten aufgenommen werden. Das sind alles Themen, die wir in der Gründungsberatung ansprechen. Hier empfiehlt es sich, frühzeitig mit dem GVB Kontakt aufzunehmen.

Die richtige Idee zum richtigen Zeitpunkt

Sie beraten Genossenschaftsgründerinnen und Gründer im Auftrag des GVB bereits seit fast 20 Jahren. Worauf kommt es im Kern an, wenn man erfolgreich eine Genossenschaft gründen will?

Riedl: Erfolgreich ist eine Genossenschaftsgründung dann, wenn die richtige Idee zum richtigen Zeitpunkt auf die richtigen Menschen trifft, die gemeinsam etwas bewegen wollen. Ohne die passenden Mitglieder ist die beste Genossenschaftsidee nichts wert. Wo sehen Sie noch politischen Handlungsbedarf, um die Gründer von Energiegenossenschaften in ihrem Handeln zu bestärken?



GVB-Gründungsberater Max Riedl

Max Riedl (58) ist seit rund 20 Jahren als Gründungsberater des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) im ganzen Freistaat unterwegs. In dieser Zeit legte er bestimmt schon einmal die Strecke von der Erde bis zum Mond zurück, rund 380.000 Kilometer – natürlich nicht im Raumschiff, sondern hauptsächlich mit dem Auto. Bisher betreute er rund 300 Genossenschaftsgründungen, wobei nicht alle abgeschlossen wurden. Jede Gründung sei für ihn etwas Besonderes, betont Riedl, weil dahinter immer engagierte Menschen stehen, die etwas zum Besseren verändern wollen. Gerne erinnert er sich zum Beispiel an die Gründung der Genossenschaftsbräu Regensburg eG. „Von den Gründungsmitgliedern bin ich sehr angetan. Junge Ärzte und deren Freunde haben sich einen Traum verwirklicht, das nenne ich Überzeugung. Und ein leckeres Bier haben sie auch noch zu bieten“, sagt Riedl.

Foto: Xenia Schmeizl, GVB

Genossenschaft gründen: Der GVB unterstützt

Nur drei Personen braucht eine eG zur Gründung. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Diese und viele weitere positive Eigenschaften machen die Genossenschaft zu einer attraktiven und demokratisch organisierten Rechtsform. Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) unterstützt Genossenschaftsgründer mit einem umfangreichen Dienstleistungsangebot. So können sich potenzielle Gründer auf der Webseite des GVB umfangreich über die Rechtsform sowie die notwendigen Schritte bis zur Gründung informieren. Dazu gibt es zahlreiche Dokumente zum Download, zum Beispiel einen Rechtsformvergleich, eine Checkliste zur Genossenschaftsgründung, Hinweise zum Geschäftsplan, eine Mustersatzung sowie eine Mustereinladung und ein Protokollmuster für die Gründungsversammlung. Zudem hat der GVB die häufigsten Fragen zur Genossenschaftsgründung zusammengestellt. Für weitere Informationen steht das GVB-Gründungsteam gerne zur Verfügung. Wie eine Gründung im Detail abläuft, beschreibt „Profil“ in der Februar-Ausgabe 2019 am Beispiel der Bürgerenergie Chiemgau eG.

mehr Energiegenossenschaften gegründet werden, wenn die Energiewende auch nur ansatzweise gelingen soll. Die Ziele von Bund und Freistaat dazu sind ambitioniert, aber die Umsetzung hapert gewaltig. Reichlich Potenzial gibt es nicht nur bei der Strom- und Wärmeversorgung, sondern auch im Verkehrssektor.

Vorreiter und Vorbilder

Energiegenossenschaften sind Vorreiter auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Und sie sind Vorbilder für Menschen, die zur Energiewende beitragen wollen. Das fördert die positive Entwicklung bei den Neugründungen. Ansonsten fußt der Trend sicher auch auf der breiten Erkenntnis, dass die Menschheit den Raubbau an der Natur nicht mehr so fortsetzen kann wie bisher. Wir Menschen erkennen, wie unser Lebensstil, der auf der unbegrenzten Nutzung fossiler Energien basiert, unsere Lebensgrundlage zerstört. Durch die zunehmenden Unwetterereignisse wird immer offensichtlicher, dass der Klimawandel Deutschland längst erreicht hat. Auch das trägt zum Umdenken der Menschen bei. Welche Gründungsdynamik bei Energiegenossenschaften erwarten Sie im laufenden Jahr?

Riedl: Das Gründungsgesche-

hensversorgung sind nach wie vor nicht auszuschließen. Viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch Gemeinden, setzen in dieser Lage auf erneuerbare Energien aus der Region. Sie sind nicht nur deutlich günstiger und sauberer, sondern auch vor Ort verfügbar. Das verbessert die Versorgungssicherheit und die Wertschöpfung vor Ort. Dadurch wird die regionale Kreislaufwirtschaft gestärkt. Das ist eine große Chance für Energiegenossenschaften.

In welchen Geschäftsgebieten sind die neu gegründeten Energiegenossenschaften aktiv?

Riedl: Der größte Teil sind Wärmegenossenschaften. Die Gründungsmotive unterscheiden sich dabei kaum von anderen Energiegenossenschaften. Heimische Rohstoffe sorgen für dauerhafte, kostengünstige und klimaschonende Versorgungssicherheit – egal, ob es um Strom oder Wärme geht. Außerdem planen Energiegenossenschaften wieder verstärkt Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

Sonne und Wind werden wichtigste Energielieferanten

Nachdem Deutschland bei der Stromversorgung das Aus von Kernkraft und Kohle beschlossen hat, werden Sonne und Wind die wichtigsten Energielieferanten. Für die Energiegenossenschaften

Der GVB berät

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) berät und unterstützt die bayerischen Energiegenossenschaften in rechtlichen, steuerlichen und fachlichen Angelegenheiten. Dazu gehören unter anderem die Themen Energieberatung mit Fördermittelbeantragung, Energie-Audit und Energie-Managementsysteme, Technologieauswahl, Anlagendimensionierung, Wirtschaftlichkeitsberechnung und Preisgestaltung. Ansprechpartner ist Daniel Caspari. Kontakt: energie-gvb(at)gv-bayern.de oder 089 / 2868-3577. Aktuelle Meldungen für Energiegenossenschaften hat der Verband im GVB-Mitgliederportal gebündelt.

ben, aber nicht die Interessen der Menschen vor Ort. Gerade bei der Grundversorgung mit Energie sollten aber Nachhaltigkeit, regionale Wertschöpfung und Versorgungssicherheit klar im Vordergrund stehen. Bürgergenossenschaften können das gewährleisten. Im Regelfall ist diese Energie auch noch günstiger. Trotzdem ist es auch für Genossenschaften existenziell wichtig, wirtschaftlich zu arbeiten. Nur billigen Strom und billige Wärme zu liefern, würde dem gesellschaftlichen Anspruch einer Bürgerenergiegenossenschaft nicht gerecht.

Ein Mitglied, eine Stimme

Was spricht für die Rechtsform Genossenschaft, um die Bürger an der Energiewende zu beteiligen?

Riedl: Viele Energiegenossenschaften bieten breiten Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, bereits zu moderaten Beträgen Mitglied zu werden und Geschäftsanteile zu zeichnen. So können diese an der Energiewende finanziell teilhaben, ohne zum Beispiel selbst über ein Grundstück oder ein Haus zu verfügen, auf dem sie eine Photovoltaik-Anlage errichten könnten. Auf diese Weise stiften Genossenschaften für Menschen und Energiewende gleichermaßen einen großen Nutzen. Die demokratischen und transparenten Entscheidungsstrukturen nach dem Prin-

duziert nicht nur die Kosten, sondern trägt zu einer starken und lebendigen Dorfgemeinschaft bei. Auch das ist ein Wert, der nicht unterschätzt werden darf.

Grundsätzliche Werte

Inwiefern schaffen Energiegenossenschaften sonst noch Mitgliedernutzen?

Riedl: Neben der finanziellen Teilhabe der Bürger an der Energiewende und der umweltfreundlichen Produktion von Energie geht es hier um grundsätzliche Werte, und zwar im Wortsinn: Sowohl die Elektrizitätsgenossenschaften als auch die Wärmegenossenschaften in Bayern versorgen Menschen und Unternehmen vor Ort über ihre eigene Infrastruktur mit Strom und Wärme. Das Versorgungsnetz gehört der Genossenschaft – und damit den Mitgliedern, die an ihr beteiligt sind, also in der Regel den Bürgern und/oder Kommunen vor Ort. Bürger und Kommunen können über die Genossenschaft mitbestimmen, was mit der Infrastruktur geschieht. Sie kann nicht in fremde Hände geraten oder durch einen Teilhaber mit Anteilsmehrheit fremdbestimmt werden, wie das bei Konzernen häufiger vorkommt. So laufen Bürger und Kommunen nicht Gefahr, dass ihr Versorgungsnetz kommerziellen Absichten eines Dritten unterworfen wird, der am Wohlergehen der Region kein Interesse hat. In welche Abhängig-

Zehn Argumente für ein genossenschaftliches Nahwärmenetz

1. Nahwärmegenossenschaften liefern zu 100 Prozent Wärme aus erneuerbaren Energien
2. In einer Genossenschaft können die Mitglieder über ihr Nahwärmenetz mitbestimmen
3. Genossenschaften sind Unternehmen mit einem geprüften Geschäftsmodell
4. Der Gesetzgeber zwingt Gebäudebesitzer zum Handeln
5. Die Anschlussler sparen Geld und Aufwand
6. Ein Nahwärmenetz minimiert die Umweltrisiken
7. Die angeschlossenen Haushalte erhalten mehr Platz
8. Die Wertschöpfung einer Nahwärmegenossenschaft bleibt in der Region
9. Ein genossenschaftliches Nahwärmenetz stärkt den Zusammenhalt in der Gemeinde
10. Mit der genossenschaftlichen Wärme kommt häufig auch das schnelle Internet ins Haus

Die GVB-Neuzugänge 2021 bei den Energiegenossenschaften

- Bürgerenergie Parkstein eG
- Nahwärme Wettelsheim-Bubenheim eG
- Osterdorfer Energiegenossenschaft eG
- Nahwärme Amerbach eG
- Nahwärme Birkhausen eG
- Bürgerenergie Langlau-Rehenbühl eG
- BürgerEnergie Garching eG
- Nahwärme Westheim eG
- Nahwärmenetz Bieswang eG
- Nahwärme Nennslingen eG
- Nahwärme Emetzheim eG
- Nahwärme Sammenheim eG
- Energiegenossenschaft Karl-Rolle-Straße eG
- Nahwärme Beerbach eG
- Dorfheizung Berg eG
- Bürger-Energie-Genossenschaft Berglern eG

Der Gesetzgeber muss die Rahmenbedingungen anpassen

Riedl: Ein Wunsch von mir wird vielleicht bald Wirklichkeit. Genossenschaften beliefern ihre Mitglieder ganz unbürokratisch mit ihrem eigenen Strom. Die Betonung liegt dabei auf „unbürokratisch“, denn bisher hat der Gesetzgeber den Energiegenossenschaften bei der Eigenversorgung der Mitglieder mit Strom viele Knüppel zwischen die Beine geworfen. Aber im Großen und Ganzen sind die Rahmenbedingungen für Energiegenossenschaften und die Energiewende in Deutschland gar nicht so schlecht, da gäbe es schlimmere Beispiele. Insofern halte ich mich an das Motto: Alle sagten, das geht nicht. Dann kam einer, der wusste das nicht und hat es einfach gemacht. Und dieser eine ist vielleicht eine Genossenschaft. Herr Riedl, herzlichen Dank für das Interview! □

Grundsteuerreform in Bayern – Ihr Handeln ist gefragt

Von Volker Freund, Präsident des Bayerischen Landesamts für Steuern

Für die Städte und Gemeinden stellt die Grundsteuer eine der größten und damit wichtigsten Einnahmequellen dar. Bayern hat am 10. Dezember 2021 zur Neuregelung der Grundsteuer ein eigenes Landesgrundsteuergesetz erlassen, nachdem das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 10. April 2018 die Vorschriften zur Einheitsbewertung für verfassungswidrig erklärt hatte. Richtschnur der Reform waren die Grundgedanken von Einfachheit und Transparenz.

Das bisher bekannte, dreistufige Verfahren wird im Bayerischen Grundsteuergesetz fortgeführt. Die Regelungen zur Grundsteuer A (Betriebe der Land- und Forstwirtschaft) entsprechen weitestgehend jenen des Bundesgesetzes. Die landwirtschaftlichen Wohngebäude werden zukünftig der Grundsteuer B zugeordnet. Anders als nach dem sog. Bundesmodell wird die Grundsteuer B in Bayern ab 2025 nicht nach dem Wert des Grundstücks, sondern nach der Größe der Fläche von Flurstück und Gebäude sowie deren Nutzung berechnet, und bedarf keiner regelmäßigen Neuermittlung alle sieben Jahre.

Durch die Reform bleibt die Grundsteuer als bedeutende Einnahmequelle für die Kommunen auch in Zukunft erhalten.

Was muss die Kommune tun?

Als Steuerschuldner: Für jede wirtschaftliche Einheit im Eigentum einer Kommune muss eine Grundsteuererklärung abgegeben werden, sofern keine Ausnahme von der Pflicht zur Abgabe einer Grundsteuererklärung besteht (vgl. Verfügungen des BayLfSt vom 30. und 31. März 2022 un-

ter www.grundsteuer.bayern.de).

Als Steuergläubiger: Die Städte und Gemeinden sind Steuergläubiger. Im Rahmen der Grundsteuerreform wird dabei die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den Finanzämtern noch digitaler.

Anmeldung am ELSTER-Transfer-Verfahren

Die Mitteilungen zum Grundsteuermessbetrag nach neuem Recht werden künftig ausschließlich digital zur Verfügung gestellt. Dies ist effizient und ressourcenschonend. Damit Sie die Daten zum Grundsteuermessbetrag ab 1. Juli 2022 zum Abruf erhalten, ist eine Anmeldung am ELSTER-Transfer-Verfahren notwendig. Dazu müssen Sie sich bei „Mein ELSTER“ als Organisation mit einer der Kommune zugeordneten Steuernummer unter www.elster.de registrieren. Bereits bestehende Benutzerkonten der Kommune können auch weiterhin für den Datenaustausch genutzt werden.

Sollte Ihre Kommune keine Steuernummer besitzen, kann diese beim Finanzamt Neubranden-

burg - RAB beantragt werden. Informationen hierzu finden Sie unter www.elster.de in der Hilfe unter dem Suchbegriff „inländische



Volker Freund. Bild: BayLfSt

Behörde ohne deutsches Ordnungskriterium“.

Mit dem Benutzerkonto erreichen Sie das Leistungsportfolio von „Mein ELSTER“. Die Berechtigung, für ein oder mehrere Verfahren Daten auszutauschen, muss über „Mein ELSTER“ beantragt werden. Eine Anleitung hierzu finden Sie unter <https://www.elster.de/elsterweb/infoseite/elstertransferhilfe.meinelster>.

Nach der Genehmigung durch das Bayerische Landesamt für Steuern können Sie die Daten abrufen, die zu ihrem Benutzerkonto in die Bereitstellungsdatenbank eingestellt werden.

Wichtig: Beachten Sie bitte, dass eine Registrierung bei

ELSTER-Transfer zwingend bis 30. Juni 2022 abgeschlossen sein muss. Die Bearbeitung in den Finanzämtern beginnt mit der Erklärungsannahme ab 1. Juli 2022. Die Datenübermittlung erfolgt fortlaufend mit Bearbeitung der Grundsteuererklärung.

Der Abruf kann personell über „Mein ELSTER“ (sofern die Daten nicht größer als 5 MB sind) oder über ein von der Steuerverwaltung angebotenes Software-Produkt, die ELSTER-Transfer-Anwendung, erfolgen. Diese Anwendung finden Sie unter <https://www.elster.de/elsterweb/infoseite/verwaltung>.

Durch den Abruf erhalten Sie Rohdaten, welche nur maschinenlesbar sind. Sie müssen zwingend mit einer externen Software aufbereitet und weiterverarbeitet werden.

Was muss die Verwaltungsgemeinschaft tun?

Für in Verwaltungsgemeinschaften zusammengeschlossene Gemeinden bestehen zwei Möglichkeiten, um am elektronischen Datenaustausch teilzunehmen. Diese schließen sich gegenseitig aus:

Die Verwaltungsgemeinschaft kann sich für ihre angeschlossenen Gemeinden als Organisation registrieren und die Daten für diese Gemeinden entgegennehmen. In diesem Fall muss die Verwaltungsgemeinschaft im Verfahrensantrag jede der angeschlossenen Gemeinden mit deren amtlichen Gemeindeschlüssel aufführen.

Als zweite Option kann jede Gemeinde eine eigenständige Registrierung durchführen und den Datenaustausch beantragen.

Müssen Kommunen die Grundsteuer-Erklärungsvordrucke auslegen?

In Bayern können Steuerpflichtige ihre Grundsteuererklärung elektronisch oder in Papierform einreichen. Die Erklärungsvordrucke und Ausfüllanleitungen werden ab dem 1. Juli 2022 elektronisch über „Mein ELSTER“ und als Papiervordruck bereitgestellt. Die am PC vorausfüllbaren Vordrucke als PDF-Datei wurden bereits auf der landeseigenen Webseite www.grundsteuer.bayern.de freigeschaltet.

Um die Bereitstellung der Papiervordrucke möglichst bürgerfreundlich zu gestalten, sollen spätestens ab dem 1. Juli 2022 sowohl in den Servicezentren der Finanzämter als auch in den Kommunen ausgelegt werden. Die Kommunen sind dazu nach Art. 58 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GO) für den

Freistaat Bayern auch gesetzlich verpflichtet. Sie erhalten die Papiervordrucke im 2. Quartal 2022 von Ihrem örtlichen Finanzamt.

Das Informationsangebot wird durch einen Flyer und eine Broschüre ergänzt, welche Sie zur bereits in Druckversion erhalten haben bzw. in Kürze zur Verfügung gestellt bekommen.

Wichtig: Eine möglichst frühe und korrekte Erklärungsabgabe ist originäres Interesse der Gemeinden. Bitte unterstützen Sie die Information der Steuerpflichtigen nach Kräften. Dies beinhaltet die Auslage der Vordrucke, der Flyer sowie die Organisation von Informationsveranstaltungen zusammen mit den örtlichen Finanzämtern.

Vielen Dank an dieser Stelle für Ihre Unterstützung. Mit Ihrer Hilfe kann ein reibungsloser Ablauf der Grundsteuerreform gewährleistet werden. □

Ulrike Scharf zu Inflation und EZB-Niedrigzinspolitik:

Giftcocktail für Menschen mit wenig Geld

Die Inflation und die explodierenden Energie- und Lebensmittelpreise werden für immer mehr Menschen mit geringem Einkommen zum Problem. Verschärft wird die Situation durch die andauernde Niedrigzinspolitik der EZB. Laut Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf „muss der Bund endlich etwas tun“.

Viele müssten mit steigenden Preisen und Mieten zurechtkommen, so Scharf. „Oft ist darüber hinaus die Verlockung schneller und günstiger Konsumkredite groß – ein Weg, der nicht selten in die Schuldenfalle führt. Das zeigen die Erfahrungen der Insolvenzberatungsstellen, die wir in Bayern mittlerweile mit rund 10 Mio. Euro fördern.“ Der Freistaat habe seit Jahren die niedrige Überschuldungsquote in Deutschland. Trotzdem seien in den letzten Monaten auch in Bayern immer mehr Menschen unter finanziellen Druck geraten.

Scharf: „Ich appelliere erneut an die Berliner Ampelkoalition: Regieren Sie endlich auf die steigenden Preise! Schaffen Sie eine wirksame und nachhaltige Steuerentlastung! Die Einmalzahlung oder der Sofortzuschlag sind teure Maßnahmen, die aber schnell verpuffen. Und natürlich muss sich die Bundesregierung auch bei der EZB für einen Kurswechsel in der Zinspolitik stark machen. Es kann nicht sein, dass die Sozialpolitik immer wieder die Scherben aufräumen muss, wenn anderswo finanzpolitisches Porzellan zerschlagen wird.“

bayern.vr.de

Zusammen
können wir
mehr erreichen.

Morgen kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Gesellschaftliches Engagement zeigt sich für uns nicht in Worten, sondern in Taten. Wir fördern nachhaltige Projekte in der Region, deren Bandbreite von Jugendarbeit über Crowd-Funding bis hin zu Vereinssport und kulturellen Initiativen reicht. Für ein Morgen, das ein Miteinander ist.

 **Volksbanken
Raiffeisenbanken**

Jahreskonferenz 2022 der Länder-Finanzminister in Nürnberg:

Finanzlage der öffentlichen Haushalte

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Situation der öffentlichen Finanzen standen im Mittelpunkt der Jahreskonferenz 2022 der Länder-Finanzministerinnen und Finanzminister in Nürnberg. Darüber hinaus wurden die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitsstrategien der Länder gewürdigt.

Einig waren sich die Politiker bei der Bewertung der wirtschaftlichen Situation hierzulande. Die Aussichten hätten sich mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine spürbar verschlechtert, erklärte die Vorsitzende der Konferenz, die rheinland-pfälzische Finanzministerin Doris Ahnen. Sicher sei, dass wachsende Sicherheitsrisiken, steigende Energie- und Rohstoffpreise, unterbrochene Lieferketten und Wirtschaftsanktionen Privathaushalte sowie Unternehmen gleichermaßen treffen und tiefgreifende Folgen auch weit über die reinen Handelsverflechtungen hinaus mit sich bringen.

Die direkten und indirekten Kriegsfolgen dürften die weitere Entwicklung der Verbraucherpreise stark beeinflussen, hieß es in einer Mitteilung. So hatte sich im vergangenen Jahr die Inflationsrate in Deutschland insbesondere infolge der kräftigen Dynamik der Preise für Energie und Industrie- und Vorleistungsgüter bereits auf jahresdurchschnittlich 3,1 Prozent erhöht. Vor dem Hintergrund der aktuellen Verwerfungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten in Folge der Auswirkungen des Krieges – der Verbraucherpreisindex im April stieg im Vorjahresvergleich (vorläufig) um 7,4 Prozent – dürfte die jahresdurchschnittliche Inflationsrate die Zielmarke der Europäischen Zentralbank von 2 Prozent nicht nur in diesem, sondern auch im kommenden Jahr deutlich überschreiten. Dies führe zu Kaufkraftverlusten für Haushalte und einem Kostenanstieg für Unternehmen.

In Anbetracht der zahlreichen Unwägbarkeiten der Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaftsentwicklung ist die aktuelle Frühjahrsprojektion der Bundesregierung von großer Unsicherheit geprägt. Erwartet wird für dieses Jahr nur noch ein reales BIP-Wachstum von 2,2 Prozent und im Jahr 2023 einen Anstieg um 2,5 Prozent. Dabei wird jedoch unter anderem angenommen, dass die Gasversorgung der Bundesrepublik Deutschland weiterhin sichergestellt ist.

Das vom Bund beschlossene Entlastungspaket mit Energiesteuerentlastung, Kinderbonus und 9-Euro-Ticket belastet auch Länder und Kommunen. Allein Kinderbonus und Energiepauschale haben ein Volumen von 11,8 Milliarden Euro, wovon nach den Vor-

stellungen des Bundes von den Ländern und den Kommunen 6,8 Milliarden Euro übernommen werden sollen. Allein Bayern rechnet mit einer Mehrbelastung von einer Milliarde Euro, wie Finanzminister Albert Füracker hervorhob. Er erwarte eindeutig eine Kompensation des Bundes. Ansonsten müsse man auch über einen Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat nachdenken.

Begrüßt wurde von den Finanzministern der Länder die Zusage der Bundesregierung, Länder und Kommunen pauschal bei ihren Mehraufwendungen für die Geflüchteten aus der Ukraine über einen erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer zu unterstützen. Sie erkennen überdies an, dass der Bund insbesondere den Ländern, die als „Drehkreuze“ erhebliche Vorleistungen bei der derzeitigen Verteilungslogistik der Geflüchteten aus der Ukraine leisten, eine besondere Kompensation zugesichert hat.

Für „atmende Regelung“

Darüber hinaus wurde zur Kenntnis genommen, dass die Bundesregierung zugesagt hat, entsprechend der Entwicklung der Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine im November dieses Jahres mit den Ländern eine Regelung über eine Fortsetzung und gegebenenfalls notwendige Anpassung der Unterstützung seitens des Bundes zu vereinbaren. Im laufenden Jahr sollte nach Zusage des Bundes zugleich eine einvernehmliche Regelung zur Verstärkung der Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten sowie den Aufwendungen der Länder und Kommunen für die Unterkunft und die Integration der geflüchteten Menschen gefunden werden, die rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 gelten sollte. Die Finanzminister bedauern jedoch, dass hierzu bislang noch keine Verständigung erzielt werden konnte. Länder und Kommunen seien darauf angewiesen, dass diese Zusagen des Bundes eingehalten werden. Auch hier bedürfe es einer dauerhaften, „atmenden“ Regelung, die sich an der Zahl der flüchtenden Menschen orientiert.

Mit Blick auf die flüchtlingsbedingten Kostenbelastungen sowie angesichts einer Reihe kosten trächtiger neuer Bundesgesetze in den Aufgabenbereichen von Ländern und Kommunen in den ver-

gangenen Jahren sehen die Finanzminister der Länder die in diesem Zusammenhang wiederholt vorgenommene Kompensation durch Umsatzsteuerfestbeträge in mehrerlei Hinsicht kritisch. Festbeträge seien nicht oder nur eingeschränkt dynamisiert ausgestaltet, häufig nur befristet oder an Voraussetzungen geknüpft. Damit könnten Umsatzsteuerfestbeträge das Ziel einer dauerhaften Kompensation kostenträchtiger Bundesgesetze, die Länder und Kommunen belasten, nicht erfüllen. Die Minister setzten sich dafür ein, dass es bei neuen Aufgaben und Finanzierungen im Verantwortungsbereich von Ländern und Kommunen zu einer dauerhaften und dynamisch ausgestalteten Kompensation der Belastungen kommt.

Laut Fortschrittsbericht 2022 gab es in den Finanzressorts der Länder in vielen Bereichen erhebliche Weiterentwicklungen und Verbesserungen. Sie reichen von einer Verankerung der Nachhaltigkeit im Haushaltsrecht über die fortschreitende Digitalisierung im Rechnungs- und Berichtswesen bis hin zur systematischen Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Steuerung des Beteiligungsportfolios sowie zu strengeren formalen Vorgaben für eine nachhaltige Beschaffung. Weitere Maßnahmen umfassen im Bereich der nachhaltigen Immobilien- und Flächenwirtschaft z. B. den stärkeren Ankauf von Natur- und Schutzflächen oder die Ausübung von Vorkaufsrechten sowie die Reduzierung des Flächenverbrauchs im Zuge einer sich wandelnden Arbeitswelt.

Auch ihre Finanzanlagestrategien richten die Länder, insbesondere bei den Pensions- und Versorgungsfonds, noch wesentlich deutlicher als bislang an Nachhaltigkeitsaspekten aus. Dies gilt auch für die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder.

Um die Zukunfts- und Nachhaltigkeitsorientierung der öffentlichen Haushalte trotz steigender finanzieller Belastungen durch vergangene und akute Krisen zu sichern und die Interessen der jüngeren und zukünftigen Generationen stärker zu berücksichtigen, haben die Finanzminister eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die ein methodisches Konzept zur Messung von Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte mittels geeigneter Parameter untersuchen soll. Insgesamt war man sich darin einig, den Weg eines nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen weiterhin fortzusetzen. **DK**



Gruppenbild der Länder-Finanzminister mit dem Gastgeber, Bayerns Staatsminister Albert Füracker (1. Reihe, 5.v.l.). Bild: STMFH

200 Jahre Sparkasse Regensburg

Festakt im Alten Rathaus mit Ministerpräsident Söder

Mit einem Festakt im historischen Reichssaal beging die Sparkasse Regensburg ihr 200-jähriges Bestehen. Unter dem Motto „Weil's schon immer um mehr als Geld ging“ sollen Aktionen im Laufe des Jubiläumsjahres zeigen, dass die Sparkasse für weit mehr steht als nur für Beratung in finanziellen Angelegenheiten.

Den Grundstein für die Erfolgsgeschichte der Sparkasse Regensburg legte 1822 der damalige Zweite Bürgermeister Johann Wilhelm von Anns. Mit inzwischen fünf Milliarden Euro Bilanzsumme hat sich das Institut zum größten regionalen Finanzdienstleister Ostbayerns entwickelt.

Drei-Säulen-Bankenmodell erhalten

„Wir wollen das Sparkassen-System erhalten“, unterstrich Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit Blick auf die regionale Struktur des Finanzunternehmens und die Beteiligung der öffentlichen Hand. Das bestehende Drei-Säulen-Bankenmodell sei die Grundlage für Stabilität, Wachstum und Wohlstand im Land. Mit Blick auf das Finanzsystem bekannte sich Söder klar zum Bargeld. Dieses müsse neben Online-Banking Bestand haben. Sein Glückwunsch richtete sich an „eine hervorragend aufgestellte Bank, die hilft, den Raum Regensburg als absolute Aufsteigerregion mit internationaler Strahlkraft zu finanzieren“. Verlässlichkeit und gesellschaftliche Verantwortung seien Werte, die auch nach 200 Jahren modern sind, betonte der Ministerpräsident.

Die Gründung der Sparkasse Regensburg sei eine fundamentale Entscheidung gewesen, für die Region da zu sein, hob der Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Ulrich Reuter, hervor. „Den Bürgern sowie unserem bayerischen Mittelstand ist bewusst, dass sie in den öffentlich-rechtlichen Sparkassen einen kreditwirtschaftlichen Partner haben, der eine nachhaltige, nutzenstiftende und gemeinwohlorientierte Geschäftspolitik verfolgt.“

Entwicklungsschritte

Irene Dullinger, Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Regensburg, zeichnete die Entwicklungsschritte des Instituts nach. Die Sparkasse Regensburg sei die fünfte Sparkasse gewesen, die sich damals gegründet habe. „Wir sind in den letzten 200 Jahren große Schritte gegangen. Es ist uns gelungen, von einer eher zurückhaltend aufgestellten bayerischen Sparkasse zum regionalen Marktführer in der Oberpfalz zu werden“, bemerkte Dullinger.

Die Vorstandsvorsitzende erinnerte an den ursprünglichen Auftrag der Sparkasse, den we-

niger gutverdienenden Bevölkerungsschichten erstmals die Möglichkeit zu geben, kleinere Beträge anzulegen und so für Notzeiten vorzusorgen. Mit ihrer Geschichte stehe die Sparkasse Regensburg für gesellschaftliche und soziale Verantwortung und ein nachhaltiges Wirtschaften. Als Herausforderung der Zukunft nannte sie die Bewältigung der Klimakrise.

Die Sparkasse Regensburg in ihrem heutigen Geschäftsgebiet entstand aus der Fusion mit der Kreissparkasse Regensburg im Jahr 1982. Daher wechseln sich Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer und Landrätin Tanja Schweiger als oberste Vertreterinnen der Gewährträger Landkreis und Stadt Regensburg jährlich im Vorsitz des Verwaltungsrats der Sparkasse ab. Die Sparkasse begleitet ein aufstrebendes Ostbayern, das eine hohe Wirtschaftsdynamik aufweist. Dafür stehen erfolgreiche Unternehmen, eine gute, von der Politik entwickelte Infrastruktur und ein zukunftsweisendes Miteinander von Unternehmen, Forschungseinrichtun-

gen und Hochschulen in Netzwerken.

„Als Verwaltungsratsvorsitzende freue ich mich über diesen besonderen Geburtstag und gratuliere sehr herzlich. Die Sparkasse zählt zu den hervorragenden Wirtschaftsunternehmen und trägt einen wichtigen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg unserer Region“, stellte Stadtoberhaupt Gertrud Maltz-Schwarzfischer fest.

Enge Verbundenheit mit der Region

Nach den Worten von Landrätin Tanja Schweiger „steht die Sparkasse als kommunal getragenes Kreditinstitut für eine enge Verbundenheit mit der Region und ihren Menschen. Sie ist ein verlässlicher Partner für den Mittelstand und hat so maßgeblich dazu beigetragen, dass Stadt und Landkreis Regensburg zu den führenden Aufsteigerregionen in Bayern gehören. Was mich besonders freut, ist das vielfältige soziale und gemeinwohlorientierte Engagement der Sparkasse, beispielsweise bei der Förderung der Vereinsarbeit oder generell des Ehrenamtes. Als Landrätin des Landkreises Regensburg gratuliere ich unserer Sparkasse zu diesem besonderen Jubiläum.“ **DK**

LBS Bayern und LBS Südwest streben Fusion an

Die LBS Bayerische Landesbausparkasse und die LBS Landesbausparkasse Südwest haben bekannt gegeben, in Fusionsverhandlungen einzutreten. Durch einen Zusammenschluss der Institute würde die größte öffentlich-rechtliche Bausparkasse in Deutschland mit einer Bilanzsumme von rund 37 Milliarden Euro entstehen.

Die LBS Süd soll ihren Sitz in Stuttgart und München haben. Daneben gibt es einen Standort in Mainz mit einer Landesdirektion Rheinland-Pfalz und einen weiteren Standort in Karlsruhe. Träger der LBS Bayern ist zu 100 Prozent der Sparkassenverband Bayern. Träger der LBS Südwest sind zu 87,5 Prozent der Sparkassenverband Baden-Württemberg und zu 12,5 Prozent der Sparkassenverband Rheinland-Pfalz.

Schlagkräftige Bausparkasse

Die Präsidenten der drei Sparkassenverbände, Beate Läsch-Weber, Prof. Dr. Ulrich Reuter und Peter Schneider, sind von den Vorteilen einer Fusion überzeugt: „Bausparen hat Zukunft. Durch das steigende Zinsniveau wird das Bausparen noch attraktiver als es in der Vergangenheit schon war. Mit der LBS Süd wollen wir durch die Vereinigung der zwei im Markt hervorragend positionierten Häuser ei-

ne starke Bausparkasse in der wirtschaftlich stärksten Region Deutschlands schaffen.“

Gleichzeitig, so die Präsidenten, werde durch die Bündelung der beiden sehr gut aufgestellten Häuser die Zukunftsfähigkeit einer schlagkräftigen Landesbausparkasse im Süden Deutschlands langfristig gesichert. „Dies ist nicht nur eine wichtige Botschaft für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Außendienst, sondern auch für unsere Kundinnen und Kunden. Sie werden auch in den kommenden Jahrzehnten eine äußerst starke LBS an ihrer Seite haben, die das ganze Leistungsspektrum des Bausparens vollumfänglich abdeckt.“

Von einem „ausgesprochen klugen Vorhaben“ sprach der für die Sparkassenaufsicht in Bayern zuständige Innenminister Joachim Herrmann. Durch eine Fusion würden Synergien genutzt und eine zukunftsfähige und starke Bausparkasse geschaffen. **DK**

50 Bayern Grund

50 Jahre Ihr zuverlässiger Partner

BayernGrund hat eine breit gefächerte Dienstleistungspalette. Bauen Sie auf unser erfahrenes, interdisziplinäres Team in München, Nürnberg und Chemnitz.

Immer in Ihrer Nähe. Ihre BayernGrund



1972 bis 2022 BayernGrund - Ihr verlässlicher Partner in allen Fragen kommunaler Infrastruktur

Bayern Grund

Erfolgreiches Geschäftsjahr 2021 für die Kreissparkasse Augsburg

Die Kreissparkasse Augsburg blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2021 zurück. Im letzten Geschäftsjahr vor der Fusion mit der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim zur Sparkasse Schwaben-Bodensee erzielte das Kreditinstitut eine Bilanzsumme von 4.188 Millionen Euro und lag damit rund 244 Millionen Euro bzw. 6,2 Prozent über dem Vorjahresniveau. Im Vergleich der 64 bayerischen Sparkassen belegte die Kreissparkasse Augsburg damit Platz 21 und setzte ihren stabilen Wachstumstrend auch 2021 fort.

Horst Schönfeld, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schwaben-Bodensee, zeigt sich zufrieden mit dem Geschäftsergebnis: „Die Herausforderungen, die uns schon seit Jahren begleiten wie Niedrigzinspolitik, sich änderndes Kundenverhalten und stetig steigende Regulatorik, haben sich auch 2021 fortgesetzt. Trotz allem ist es uns gelungen, unser Ergebnis nicht nur stabil zu halten, sondern sogar noch zu verbessern.“

Die Gesamteinzahlungen betrugen 3.199 Millionen Euro und stiegen damit im Vergleich zum Vorjahr um rund 166 Millionen Euro bzw. 5,5 Prozent. Der Großteil der Einlagen stammt mit 2.441 Millionen Euro (Vorjahr: 2.462 Millionen Euro) von Privatpersonen. Diese ziehen aufgrund historisch niedriger Zinsen vermehrt alternative Anlagen in Betracht, etwa in Wertpapiere, Fonds, Edelmetalle oder Immobilien.

„Die Kunden reagieren aktiv darauf, dass sie Vermögen und Altersvorsorge nicht mehr ausschließlich über Spareinlagen aufbauen können. Gerade in Zeiten von unsicheren und nervösen Finanzmärkten ist eine kompetente Beratung besonders wichtig. Unser gutes Ergebnis beim Wertpapiergeschäft (Anstieg des Wertpapierumsatzes um 20,3 Prozent auf 449,4 Millionen Euro) zeigt das Vertrauen, das unse-

re Kunden uns hier entgegenbringen“, führt Vorstandsmitglied Dr. Wolfgang Zettl aus.

Kreditgeschäft: erfreuliches Wachstum

Angesichts des niedrigen Zinsniveaus ist auch das Kreditgeschäft gewachsen: Zum Jahresende 2021 hatte die Kreissparkasse Augsburg 2.964 Millionen Euro an ihre Kunden ausgeliehen. Das entspricht einem Wachstum von 157 Millionen Euro bzw. rund 5,6 Prozent. Die Ausleihungen an Privatpersonen aus eigenen Mitteln der Sparkasse sind auf 1.109 Millionen Euro gestiegen (Vorjahr: 1.046 Millionen Euro), zusätzlich wurden Kredite in Höhe von 54 Millionen Euro an die Partner im Sparkassenverbund, LBS Bayern und Versicherungskammer Bayern, vermittelt.

Die Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige stiegen, auch wegen großvolumiger Projektfinanzierungen, um 4,9 Prozent auf 1.762 Millionen Euro (Vorjahr: 1.679 Millionen Euro). „Auch 2021 gab es wieder Corona-Maßnahmen, die zu Geschäftseinbrüchen führten und Überbrückungen notwendig machten. Damit wurde die Vorkrisen-Kreditnachfrage erneut übertroffen“, sagt Zettl. „Als Sparkasse begleiten wir seit vielen Jahrzehnten vor allem mittel-

ständige Unternehmen in der Region, sichern den wirtschaftlichen Erfolg und damit Arbeitsplätze.“

Die Nachfrage nach Krediten ist bei Privatpersonen wie bei Unternehmen ungebrochen hoch. „Daran erkennen wir auch, dass das Geschäftsmodell, Einlagen einzusammeln und Kredite zu vergeben, aktueller denn je und längst nicht so überholt ist, wie es teilweise dargestellt wird“, so Zettl.

Erfolgreiches Jahr am Immobilienmarkt

Am Immobilienmarkt setzt sich die Entwicklung der Vorjahre trotz der Pandemie fort: Der hohen Nachfrage steht nur ein geringes Angebot gegenüber. Die Kreissparkasse zeigte ihre Kompetenz in diesem angespannten Markt auch im vergangenen Jahr. Das ImmobilienCenter vermittelte insgesamt 166 Objekte (Vorjahr: 170) im Wert von rund 69,6 Millionen Euro (Vorjahr: 65,8 Millionen Euro) und belegte damit Platz 13 bei den 64 bayerischen Sparkassen. Neben der Vermittlung von privaten Objekten war auch die Erfahrung der Kreissparkasse bei gewerblichen Objekten gefragt. Die Nachfrage am Neubaumarkt ist anhaltend hoch.

Der Bilanzgewinn beläuft sich auf 3,5 Millionen Euro (Vorjahr: 3,3 Millionen Euro). Die Gesamtkapitalquote beträgt 16,3 Prozent (Vorjahr: 16,8 Prozent). Damit erfüllt die Kreissparkasse sämtliche aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen, die kontinuierlich steigen.

Auch im Jahr 2021 unterstützte die Kreissparkasse gemeinnützige Einrichtungen und Projek-

te in der Region. 200.000 Euro flossen in 110 (Vorjahr: 128) verschiedene Maßnahmen, die die Kreissparkasse ausgewählt und mit Spenden bzw. Sponsoring gefördert hat. Dieses Engagement wird die fusionierte Sparkasse Schwaben-Bodensee auch in Zukunft im gesamten Geschäftsgebiet weiterführen. Ob Kunstausstellung, Förderung von sozialem Engagement oder erneuerbare Energien: „Wir übernehmen Verantwortung. Nur wenn wir heute schon die Herausforderungen von morgen sehen und handeln, können wir auch künftig gut und selbstbestimmt in der Region leben“, sagt Horst Schönfeld. Aus diesem Grund hat sich die Sparkasse dazu verpflichtet, ihren Geschäftsbetrieb bis spätestens 2035 CO₂-neutral zu gestalten.

Verantwortung übernimmt die Kreissparkasse ebenfalls für ihre Beschäftigten. Denn: „Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter trägt zu unserem Erfolg bei – Tag für Tag“, so Schönfeld. Zum Jahresende zählte die Kreissparkasse 474 Beschäftigte, darunter 35 Auszubildende zum Bankkaufmann, zur Bankkauffrau oder in einem Dualen Studium.

Die Sparkasse Schwaben-Bodensee bildet künftig junge Menschen im gesamten Geschäftsgebiet aus – von der Region Augsburg über das Unterallgäu bis nach Lindau. Aber: Die Ausbildung bleibt wohnortnah, auf die Auszubildenden kommen durch die Fusion keine weiteren Pendelstrecken zu als zuvor. Schönfeld betont: „Gut ausgebildete junge Menschen bilden die Grundlage dafür, dass wir als Sparkasse in der Region auch in Zukunft erfolgreich bleiben. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren verstärkt in die Ausbildung investieren.“

Landkreis Kitzingen:

Bayerische Landesstiftung fördert sechs Sanierungsprojekte

Mit insgesamt 152.100 Euro fördert die Bayerische Landesstiftung insgesamt sechs Sanierungs-, Instandsetzungs- und Umbaumaßnahmen im Landkreis Kitzingen. Dies teilte die Landtagsabgeordnete für den Stimmkreis Kitzingen, Barbara Becker, nach der Sitzung des Stiftungsrates in München mit.

„Die Zuschüsse der Bayerischen Landesstiftung unterstützen die großartigen Bemühungen der Eigentümerinnen und Eigentümer und tragen einmal mehr dazu bei, dass Baudenkmäler in unserer Heimat saniert werden und damit für künftige Generationen erhalten bleiben. In der jetzigen Förderrunde profitieren gleich sechs Projekte bei uns vor Ort. Das ist wunderbar und ein Zeichen der Wertschätzung für unsere historischen Gebäude und Baudenkmäler im Landkreis Kitzingen.“, so Becker.

Die Fördermittel teilen sich dabei wie folgt auf die einzelnen Projekte auf: Fördermittel in Höhe von 38.300 Euro erhält der Markt Einersheim für den Umbau und die Sanierung des Anwesens Marktplatz I. Dies entspricht 8,5 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten.

Auch die Instandsetzung eines Teils der mittelalterlichen Stadtmauer (Turm 10) in Dettelbach wird seitens der Bayerischen Landesstiftung gefördert. Die Stadt Dettelbach wird hierbei von der Bayerischen Landesstiftung mit insgesamt 6.600 Euro unterstützt. Dies entspricht 9,0 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten.

Für die Fassadensanierung des historischen Rathauses in Kitzingen hat die Stadt Kitzingen einen Förderantrag gestellt.

Die Bayerische Landesstiftung bewilligte den Antrag und stellt Fördermittel in Höhe von 43.700 Euro zur Verfügung. Dies entspricht 9,0 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten.

Ebenso wird die ein privater Antragssteller bei der Dachsanierung an einem Gebäude in der Friedrich-Ebert-Straße in Kitzingen mit einem Zuschuss in Höhe von 43.000 Euro unterstützt. Dies entspricht 8,6 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Gute Nachrichten hat Landtagsabgeordnete Barbara Becker ebenso für die Stadt Mainbernheim. Diese erhält für die Sanierung der Friedhofsmauer einen Zuschuss von 9,0 Prozent zuwendungsfähigen Kosten und damit eine Förderung in Höhe von 12.300 Euro.

Ferner erhält ein privater Antragsteller für die Sanierung und den Umbau eines Anwesens in der Parkstraße in Wiesentheid einen Zuschuss von der Bayerischen Landesstiftung in Höhe von 8.200 Euro. Dies entspricht 4,0% der zuwendungsfähigen Kosten.

Das zuständige Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst sowie das Landesamt für Denkmalpflege haben allen sechs Vorhaben im Landkreis Kitzingen eine hohe, regionale oder teils sogar überregionale Bedeutung beigemessen und die Förderanträge unterstützt.

MünchenerHyp veröffentlicht vorläufige Geschäftszahlen 2021:

Ergebnis deutlich gesteigert

Die Münchener Hypothekbank eG (MünchenerHyp) hat im Geschäftsjahr 2021 ihren Wachstumskurs fortgesetzt. Die genossenschaftliche Immobilienbank konnte ihr Finanzierungsgeschäft auf allen Feldern deutlich ausbauen. Das Hypothekengeschäft erreichte mit 6,8 Mrd. Euro ein neues Rekordniveau. „Die positive konjunkturelle Entwicklung und die sehr starke Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen kamen uns dabei zugute. Letztlich bestätigt das gute Ergebnis aber vor allem unsere langfristige Strategie in der privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierung“, erklärt Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstands der MünchenerHyp.

Von den 6,8 Mrd. Euro Neugeschäft entfallen rund zwei Drittel auf die private Wohnimmobilienfinanzierung. Mit 4,3 Mrd. Euro stieg das Zusagevolumen in diesem Geschäftsfeld um 8 Prozent. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken waren mit 3,1 Mrd. Euro Neugeschäft weiterhin die wichtigsten Vermittlungspartner.

Deutlich ausgebaut wurde das Geschäft über freie Finanzierungsvermittler mit einem Zuwachs von 22 Prozent auf 0,8 Mrd. Euro und mit der Schweizer PostFinance um 49 Prozent auf 0,4 Mrd. Euro. Auf dem österreichischen Markt für private Wohnimmobilienfinanzierungen ist die Bank weitere Kooperationen mit Finanzvertrieben eingegangen und hat mit einem Neugeschäft von 48 Mio. Euro stärker Fuß gefasst.

Immobilienfinanzierung

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung konnte die MünchenerHyp das Zusagevolumen um 3,5 Prozent auf rund 2,5 Mrd. Euro steigern. Dazu beigetragen hat vor allem das Inlandsgeschäft, das auf 1,7 Mrd. Euro anstieg. „Trotz insgesamt guter Nachfrage standen die gewerblichen Immobilienmärkte zum Teil noch unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Wir sind

deshalb zufrieden, dass wir unser Neugeschäft in diesem Segment wieder ausbauen konnten“, so Hagen.

Attraktive Refinanzierungsbedingungen

Hypothekendarlehen waren mit einem Emissionsvolumen von insgesamt 4,1 Mrd. Euro auch 2021 die wichtigste Refinanzierungsquelle der MünchenerHyp. Darunter ragten vor allem zwei lang laufende Hypothekendarlehen mit einem Volumen von jeweils 500 Mio. Euro heraus, die die Bank im ersten Halbjahr 2021 begab. Im Juli emittierte sie erstmals seit 2013 wieder einen Benchmark-Hypothekendarlehen in britischen Pfund. Das Emissionsvolumen belief sich auf 350 Mio. GBP.

Mit dem erfolgreichen Neugeschäft stieg auch der Bestand an Hypothekendarlehen, der sich um 8 Prozent auf 41,7 Mrd. Euro erhöhte. Wachstumsstärkstes Segment mit einem Zuwachs von 2,0 Mrd. Euro war die private Wohnimmobilienfinanzierung in Deutschland. Insgesamt stiegen die Bestände in der privaten Wohnimmobilienfinanzierung um 2,5 Mrd. Euro auf 28,7 Mrd. Euro. Der Bestand an Finanzierungen von gewerblichen Immobilien erhöhte sich zum Ende des Jahres 2021

um 0,8 Mrd. Euro auf 13,0 Mrd. Euro. Der Bestand im Kreditgeschäft mit Staaten und Banken reduzierte sich entsprechend der Geschäfts- und Risikostrategie der MünchenerHyp leicht auf 3,6 Mrd. Euro (Vorjahr 3,7 Mrd. Euro).

Die Eigenkapitalausstattung liegt weiterhin sehr deutlich über der von der Europäischen Zentralbank für die MünchenerHyp festgelegten Mindestkapitalisierung. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder der MünchenerHyp stiegen um 90,1 Mio. Euro auf 1.243,2 Mio. Euro. Der Zinsüberschuss stieg um 16 Prozent auf 402,6 Mio. Euro.

Die Kreditrisiken bewegten sich trotz der anhaltenden Corona-Pandemie und der verheerenden Flutkatastrophe in Deutschland weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit stieg um 18 Prozent auf 112,7 Mio. Euro. Nach Steueraufwendungen in Höhe von 53,6 Mio. Euro verblieb ein Jahresüberschuss von 59,1 Mio. Euro.

Ausblick

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine überschattet den Ausblick auf das Jahr 2022. Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland dürfte erheblich abflauen. Zudem ist insbesondere angesichts steigender Energie- und Rohstoffpreise von einer weiterhin hohen Inflation auszugehen. „Wir hatten uns ursprünglich für 2022 vorgenommen, weiter moderat zu wachsen. Dieses Ziel wird angesichts der kriegsbedingten Unsicherheiten nur schwer zu erreichen sein“, betont Hagen.



VER SICHERUNGS
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist
unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum
Schutz der Menschen gegründet hat.

Finanzgruppe

Jahresbilanz 2021 der LfA Förderbank Bayern:

Zweithöchste Förderleistung in der Geschichte

Von einer rundum positiven Bilanz für das Jahr 2021 konnte der Vorstand der LfA Förderbank Bayern im Rahmen der Jahres-Pressekonzferenz in München berichten: Mit Programmkrediten für Mittelstand und Kommunen verzeichnete die staatliche Spezialbank mit 2,2 Milliarden Euro erneut ein Zusagevolumen auf hohem Niveau.

Mit Unterstützung durch LfA-Mittel tätigten die mittelständischen Betriebe Investitionen und Stabilisierungsmaßnahmen in Höhe von fast 3,1 Milliarden Euro. Gemeinsam mit den Konsortialdarlehen (298 Millionen Euro) und Globaldarlehen (75 Millionen Euro) beläuft sich die Kreditvergabe 2021 auf rund 2,6 Milliarden Euro. Damit erreichte die Gesamtförderleistung für den Wirtschaftsstandort Bayern, einschließlich der Risikübernahmen (616 Millionen Euro), mit mehr als 3,2 Milliarden Euro einen der höchsten Werte in der Geschichte der LfA, wie Vorstandsvorsitzender Dr. Bernhard Schwab berichtete. Insgesamt profitierten fast 5.900 Unternehmen und Kommunen von den Fördervorteilen. Zudem trug die Förderung dazu bei, im Mittelstand rund 140.000 bestehende Arbeitsplätze zu festigen und fast 5.900 neue zu schaffen.

Besonders stark gefragt waren im vergangenen Jahr die LfA-Finanzierungsangebote für Innovation und Gründung: In den ersten drei Quartalen 2021 gab es hier Zuwächse von rund 45 Prozent bzw. von über 25 Prozent. Insgesamt wurde die Gründungsförderung mit rund

570 Millionen Euro beansprucht. Dabei stieg allein die Nachfrage nach dem mit Haushaltsmitteln des Freistaats Bayern zinsverbilligten Startkredit für Gründungen und Unternehmensnachfolgen um knapp 19 Prozent auf rund 470 Millionen Euro. Außerdem gab es ein deutliches Plus von 47 Prozent bei der Förderung von Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben.

Rückgang an Corona-Hilfen

Dagegen ging der Bedarf an Corona-Hilfen, bestehend aus Krediten, Risikoübernahmen (einschließlich Staatsbürgschaften) und Tilgungsaussetzungen 2021 deutlich zurück: Sie beliefen sich auf insgesamt 488 Millionen Euro, während es 2020 noch über 1,5 Milliarden Euro waren. Mit LfA-Förderkrediten in Höhe von rund 260 Millionen Euro realisieren.

Über die in der LfA-Gruppe verbundenen Unternehmen BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und Bayern Kapital GmbH stellt die Spezialbank bayerischen Gründern

und Unternehmern zudem Eigenkapitalangebote zur Verfügung. Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten seit 2020 hat die LfA neben speziellen Corona-Startup-Hilfen gemeinsam mit dem Freistaat Bayern weitere wirkungsvolle Eigenkapitalinstrumente eingeführt, etwa die beiden von Bayern Kapital gemanagten Instrumente Innovationsfonds II und Wachstumsfonds Bayern 2 sowie den von der LfA Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH gemanagten Transformationsfonds Bayern. Sie dienen den Unternehmen auch zur nachhaltigen Stärkung ihrer Kapitalbasis für Zukunftsinvestitionen. Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zu 2020 um 1,8 Prozent auf 23,6 Milliarden Euro.

Chancen des strukturellen Wandels

Laut Vorstandschef Schwab war 2021 insgesamt „ein erneut außergewöhnliches, zugleich jedoch erfolgreiches Jahr für die LfA. Das große Interesse an unseren Fördermitteln für Zukunftsinvestitionen verdeutlicht, dass die bayerische Wirtschaft die Herausforderungen und Chancen des strukturellen Wandels ergreift. Dieser Trend setzt sich 2022 bislang fort.“ Angesichts einer bislang kaum dagewesenen Vielzahl an Unwägbarkeiten stehe die Bank aktuell jedoch vor be-

sonderen Herausforderungen. „Als Förderbank des Freistaats Bayern werden wir weiterhin alles daran setzen, Unternehmen auf dem Weg der Transformation und bei Bedarf auch in Krisensituationen wirksam zu unterstützen.“

Wie Schwab erläuterte, werde die LfA-Produktpalette laufend auf Optimierungsmaßnahmen geprüft. Dabei wolle man jedoch die Anzahl der Produkte überschaubar halten und Verbesserungen soweit möglich im Rahmen bestehender Programme umsetzen. Anfang Mai werde man ein neues Förderdarlehen „Energiekredit Regenerativ“ einführen. Damit unterstütze die LfA Förderbank Bayern die bayerischen Unternehmen jetzt auch bei Investitionen zur Strom-, Wärme- und Kälteerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien. Zudem werden Speichersysteme für Strom, Wärme und Kälte aus regenerativen Energien gefördert. Finanziert werden darüber hinaus Maßnahmen zur Flexibilisierung von Stromnachfrage und -angebot sowie zur Digitalisierung der Energiewende.

Energiekredit Regenerativ

Förderfähig sind Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 500 Millionen Euro, Freiberufler und unter anderem auch Bürgerenergiegenossenschaften. Der maximale Kreditbetrag beträgt 10 Millionen Euro. Die Vorhaben können bis zu 100 Prozent finanziert werden. Der Kredit bietet attraktive Zinssätze, Darlehenslaufzeit und Zinsfestschreibung können bis zu 30 bzw. 20 Jahren gewählt werden. Bei nicht ausreichenden Sicherheiten kann die LfA den Kreditzugang mit Haftungsfreistellungen oder Bürgschaften erleichtern. Der „Energiekredit Regenerativ“ wird aus Haushaltsmitteln des Freistaats Bayern zinsverbilligt und aus dem KfW-Programm „Erneuerbare Energien Standard“ refinanziert.

Schlagkräftige Bank in Krisenzeiten

Nach den Worten von Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzendem Hubert Aiwanger war die Arbeit der Förderbank „nie so wertvoll wie heute“. Bayerns Mittelstand habe trotz Pandemie und Krieg weiter investiert. Mit ihren umfassenden und flexiblen Förderangeboten habe die Spezialbank einen großen Anteil daran, „dass unsere zahlreichen kleinen und mittleren Betriebe weiterhin innovativ und wettbewerbsfähig geblieben sind“. Aufgrund der schrecklichen Ereignisse in der Ukraine sei der Krisenmodus für Wirtschaft und Gesellschaft aber noch einmal in die Verlängerung gegangen, so Aiwanger.

Gerade in diesen Krisenzeiten sei es für die mittelständische Wirtschaft wichtig, eine schlanke und schlagkräftige Bank zu haben, fuhr der Minister fort. Die Transformation gehe mit großen Herausforderungen einher. Es gelte, Prozesse wie ökologische Lieferketten, Nachhaltigkeit oder Digitalisierung abzuwickeln. Hier bleibe die LfA ein exzellenter Partner.

Auch in Zukunft setze man auf die Erfahrung und Kompetenz der staatlichen Förderbank, die vergangenes Jahr ihr 70-jähriges Bestehen gefeiert habe. Seit der Geschäftsaufnahme im Jahr 1951 habe sie den Mittelstand und die Kommunen in Bayern mit knapp einer halben Million zugesagter Darlehen und einem Fördervolumen von rund 82 Milliarden Euro unterstützt. „Die LfA ist heute eine der tragenden Säulen der bayerischen Wirtschaftspolitik“, hob Aiwanger hervor. **DK**



V.l.: Dr. Bernhard Schwab, Vorsitzender des LfA-Vorstands; Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Hans Peter Göttler, stv. Vorsitzender des LfA-Vorstands. Bild: Stefan Heigl

KfW-Kommunalpanel 2022:

Investitionsrückstand vergrößert sich

Das aktuelle KfW-Kommunalpanel 2022 zeigt, dass sich die Unsicherheiten in den Haushalten der Kommunen gravierend verschärfen. Rund 48 % der befragten Kämmerer bewerteten ihre Finanzlage bereits als nur noch „ausreichend“ oder sogar „mangelhaft“, nur 21 % empfinden ihre Finanzlage im zweiten Corona-Jahr als „gut“ oder „sehr gut“. Der kommunale Investitionsrückstand wächst um weitere 10 Milliarden Euro auf 159 Milliarden Euro.

Dabei sind in der jetzt vorgelegten Studie die Folgen des Ukraine-Kriegs noch gar nicht berücksichtigt. Allein die gestiegenen Energiepreise machen bereits heute vielen Kommunen zu schaffen. Der Befragung zufolge wandten die Kommunen im Jahr 2020 im Mittel rund 1,5 Prozent ihrer Ausgaben für Wärme, Strom und Treibstoff auf. Dieser Anteil stieg bis 2022 um rund ein Drittel auf 2 Prozent.

Stärkere Nutzung erneuerbarer Energien

Eine Vielzahl der Kommunen plant Maßnahmen, um mit den hohen Preisen leichter umgehen zu können. Dazu gehört insbesondere die stärkere Nutzung erneuerbarer Energiequellen für die Stromerzeugung, die fast 80 % der befragten Kommunen planen. Ähnlich häufig (73 %) wird auch die Steigerung der Energieeffizienz genannt, um so den Energieverbrauch zu senken.

Darüber hinaus wollen Kommunen selbst verstärkt Beratungsangebote nutzen (64 %), gleichzeitig solche aber auch für ihre Bürgerinnen und Bürger ausbauen (28 %). Auch die Umsetzung von Quartierskonzepten (47 %) und eine stärkere Nutzung alternativer Wärmequellen (50 %) gehören ins Maßnahmenpaket vieler Kommunen. Bei all diesen Reaktionsmöglichkeiten unterscheiden sich die Antworten kaum zwischen denen, die hohe Energiepreise als starke Belastung empfinden und denen, die das nicht so sehen.

Steigerungen bei den Sozialausgaben, die Inflation sowie höhere Baupreise belasten die kommunalen Haushalte zusätzlich. Die größten Anteile beim von den Kommunen für 2021 gemeldete Investitionsrückstand entfallen mit 29 Prozent auf Schulen, 25 Prozent auf Straßen und 12 Prozent auf Verwaltungsgebäude. Am stärksten zugelegt hat der wahrgenommene Investitionsrückstand bei Straßen (+5,7 Milliarden Euro), Brand- und Katastrophenschutz (+3,8 Milliarden Euro) und Verwaltungsgebäuden (+3,3 Milliarden Euro). In den Bereichen Kultur, IT, Schulen oder Sport ist die Investitionslücke dagegen geschrumpft.

Insgesamt erwarten 48 % der befragten Kämmerer eine weitere Zunahme der Investitionslücke, nur 23 % können sich hingegen einen Abbau des In-

vestitionsstaus vorstellen. Über alle Investitionsbereiche hinweg gehen 28 % der Kommunen von einem weiteren Anwachsen des Investitionsrückstands aus, jeweils 36 % erwarten entweder keine Veränderung oder können sich sogar einen Rückgang vorstellen.

Ob die Kommunen ihre Investitionsbedarfe tatsächlich im erforderlichen Umfang in Angriff nehmen können, entscheidet sich auch an den Möglichkeiten der Finanzierung. Hierbei zeigen sich aufgrund der Krise Verschiebungen im Instrumentenmix. Im Jahr 2021 wurde rund ein Viertel der kommunalen Investitionen über Kommunalkredite finanziert, was ein deutlicher Anstieg zu den Vorjahren bedeutet. Die Eigenmittel hatten einen Anteil von 36 %. Hierunter fallen liquide Mittel aus dem Vorjahr (23 %) und allgemeine Deckungsmittel, also eigene Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen, mit 13 %. Zugenommen hat erneut die Bedeutung der Fördermittel (25 %), während die zweckgebundenen Investitionszuweisungen auf 11 % zurückgingen.

Diese Entwicklung wird sich den Erwartungen der Kommunen nach in Form eines höheren Anteils der Kredite und Fördermittel an der Investitionsfinanzierung fortsetzen. Gerade die aufgenommenen Schulden dürften noch für viele Jahre als Erinnerung an die Corona-Krise in den Büchern zu finden sein, denn fast die Hälfte der Kommunen geht davon aus, dass diese Verschuldung erst nach über zehn Jahren zurückgeführt werden kann.

Kommunalfinanzen absichern

Wie DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg kommentierte, „zeigt dies, dass die Kommunalfinanzen endlich aufgabengerecht abgesichert werden müssen“. Nur so könnten handlungsstarke Städte und Gemeinden gewährleistet und der enorme kommunale Investitionsbedarf erfüllt werden. „Gerade jetzt in der Krise müssen dafür die nötigen Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden. Mit finanziell angeschlagenen Kommunen, die nicht handlungs- und investitionsstark sind, werden wir die Krisen nicht meistern können und laufen Gefahr, die Zukunft unseres Landes zu verspielen“, warnte Landsberg. **DK**



BESTENS ABGESICHERT

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente

Die PlusPunktRente der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

- ✓ HOHE STAATLICHE FÖRDERUNG
- ✓ KEINE VERMITTLUNGSPROVISION
- ✓ KEINE ABSCHLUSSGEBÜHR
- ✓ MAXIMALE FLEXIBILITÄT



www.pluspunktrente.de



Unser neues Termin-Buchungstool:
www.bvk-zusatzversorgung.de/terminbuchung

Folgen Sie uns bei Social Media
BVK Kommunales Versorgungswesen



BVK Bayerische
Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Nachhaltigkeitsrat fördert neun Leitbild-Projekte im Landkreis

Landrat lobt Ideenreichtum der Antragsteller

Amberg-Weizbach. „Was mich immer wieder überrascht, ist die Vielzahl der sinnvollen Projekte“, stellte Landrat Richard Reisinger fest: Bei der ersten von zwei jährlichen Sitzungen des Nachhaltigkeitsrates des Landkreises Amberg-Weizbach ging es um insgesamt neun Anträge auf Förderung mit einer Höchstquote von jeweils bis zu 1.000 Euro im Rahmen der Richtlinie „Projektförderung Leitbild“. Das Landratsamt schildert in einer Pressemitteilung das Ergebnis der Zusammenkunft. Die Entscheidungen fielen übrigens alle einstimmig. Hier die mit Förderung bedachten Projekte:

Der Spielplatz in der Kornbergstraße in Auerbach grenzt an den Speckbach an. In Zusammenarbeit mit dem Bauhof Auerbach, Nachbarn, interessierten Familien und Kindern (Hort St. Josef) verhilft die Ortsgruppe des Bundes Naturschutz dem Gelände zu einem nachhaltigen Upgrade. Geplant sind unter anderem eine ökologische Renaturierung der Uferböschung, ein Kräuterbeet und ein Naschgarten. „Die ökologische Ausgestaltung eines Spielplatzes in Auerbach und des Speckbachufers innerorts in Gemeinschaft von Bauhof und Familien ist innovativ, ebenso das gestalterische Mitwirken der Kindern“, betonte Regionalmanagerin Katharina Schenk, die beim Landkreis für die Umsetzung des Leitbilds verantwortlich zeichnet.

Waldlehrpfad

Die Gemeinde Neukirchen konnte den Naturpark Fränkische Schweiz als Partner gewinnen, um ein Konzept zur Revitalisierung des Waldlehrpfades in Oberreimbach zu erarbeiten und umzusetzen. Als Zielgruppe sollen Familien mit Kindern zwischen 6 und 12 Jahren angesprochen werden. Der Klimawandel im Wald werde Thema des Lehrpfades sein. Dieser erstreckt sich auf einer Länge von zwei Kilometern mit Schildern und interaktiven Stationen samt Rastmöglichkeiten, die unter Verwendung heimischer Hölzer bei ortsansäs-



CSU-Kreistagsgruppe Schweinfurt-Land informierte sich vor Ort in Poppenhausen. Bild: Thorsten Wozniak

Landkreis Schweinfurt/Poppenhausen:

Fraktionssitzung vor Ort

Die Sanierungen von Sport-, Schul- und Freizeithallen sind Herausforderungen für die Gemeinden, insbesondere auch finanziell. Aktuell wird im Landkreis Schweinfurt u.a. die Werntalhalle in Poppenhausen renoviert. Das nahm die CSU-Kreistagsfraktion Schweinfurt-Land zum Anlass, sich zum Rahmen der jüngsten Fraktionssitzung über den Baufortschritt, Lieferwierigkeiten und Preissteigerungen zu informieren.

„Nachdem die Beschränkungen aufgrund der Coronapandemie nun weitgehend hinter uns liegen, wollen wir uns wieder verstärkt in den Gemeinden ein Bild von den Aufgaben und Herausforderungen machen“, sagte Fraktionsvorsitzende Gabriele Jakob. Poppenhausen war schon mal ein gelungener Einstieg.

Werntalhalle

Bürgermeister Ludwig Nätcher und 3. Bürgermeisterin und CSU-Ortsvorsitzende Corinna Papst informierten über die Maßnahmen an und in der Werntalhalle, ein mit über 6 Mio. Euro Kosten beeindruckendes Pro-

sigen Handwerker entstehen. Gemeinsam mit der Design-Studentin Sophie-Marie Delling aus Stulln plant der Heimat- und Kulturverein Freudenberg eine Kunstinstallation für einen Märchenweg, eine Himmelslaterne als innovativen Treff- und Anziehungspunkt, als Ort zum Erholen und zur Inspiration für alle Besucher des Märchenwegs sowie eine Bühne für Aufführungen und Lesungen in freier Natur.

Regens Wagner ruft zum Umdenken auf. Inklusion sei ein wichtiges Thema. Viel zu oft, würden Menschen mit Behinderung unterschätzt und ausgegrenzt. Dabei gehörten sie in die Mitte der Gesellschaft. Nicht nur um Vorurteile abzubauen, zeige Regens Wagner eindrucksvoll die vielfältigen Talente auf. So werde in der Stadt Sulzbach-Rosenberg ein geschichtlich interessierter junger Mann mit Williams-Beuren-Syndrom zum Stadtführer ausgebildet. Für diese spezielle Ausbildung konnte Regens Wagner die Museumspädagogin Tanja Weiß gewinnen. Die Dozentin an der Fachakademie für Sozialpädagogik und erfahrene Stadtführerin begleite den jungen Mann bei seiner Ausbildung und trainiere ihn mit Fachwissen, Didaktik und Geduld. Als Gedächtnisstütze habe er ein speziell für ihn konzipiertes Heft mit Bildern und großer Schrift zur Hand. Er werde stets in Begleitung eines routinierten Stadtführers die speziell angebotenen Exkursionen für alle Zielgruppen (darun-

ter auch Kinder- und Familienführungen) absolvieren. „Dieses innovative Modellprojekt ist aktuell einzigartig in der Region und trage maßgeblich zu den Handlungsfeldern Bildung und Sozialer Zusammenhalt, Demografie, Inklusion, Integration und Bürgerdialog bei“, lobte Landrat Richard Reisinger.

Gemeinschaftsgarten

In der Gemeinde Kümmerbruck soll ein Gemeinschaftsgarten mit inklusivem, integrativem, nachhaltigem und innovativem Charakter angelegt werden. In der Ortsmitte seien viele Organisationen und Institutionen aller Altersgruppen angesiedelt. „Dies stelle eine optimale Ausgangslage für ein gemeinschaftliches Projekt dar und biete die Chance des Zusammenwachsens



Katharina Schenk und Landrat Richard Reisinger. Bild: Christine Hollederer

der benachbarten Standorte und ihrer Bewohner und Bewohnerinnen im Sinne von generationsübergreifenden Begegnungen“, so Reisinger. Der Gemeinschaftsgarten der Gemeinde Kümmerbruck hat sich laut Landrat die Zusammenführung von Jung und Alt und somit die Ausschöpfung des großen Potenzials einer generationsübergreifenden Arbeit zum Ziel gemacht und setze damit Leitlinien des Landkreises um. Der Landkreis werde durch den Gemeinschaftsgarten noch vielfältiger, bunter und lebenswerter, freute sich der Landkreis-Chef. Das Konzept könne auch von anderen Gemeinden übernommen werden.

Die Kreisjugendfeuerwehr Amberg-Weizbach will für jede Kommune im Landkreis einen Baum pflanzen und somit in der Bevölkerung das Thema Klimaschutz weiter vorantreiben. Es werden ausschließlich heimische Hölzer aus regionalen Baumschulen verwendet. Gleichzeitig gehe es auch darum, die Aufmerksamkeit für die Jugendfeuerwehren zu stärken, damit es im Landkreis nicht an Nachwuchs mangle und so die Zukunft der nachfolgenden Generation aktiv mitzugestalten und Gutes zu tun.

Demokratiefestival #bettertogether

Das Bildungshaus Kloster Ensford plant eine ganzheitliche Veranstaltung zum Thema Demokratie. Anlass ist auch die aktuelle Situation der Ukraine-Krise, die Auswirkungen auf den Landkreis und die Stadt Amberg zeige. Die Demokratie-Bildung im Rahmen der geplanten Veranstaltung solle durch unterschiedliche Perspektiven, vielfältige Methoden und die Einladung von möglichst vielen Altersgruppen realisiert werden. Dabei seien die Vermittlung von grundlegendem Wissen, die Erweiterung von Kompetenzen und der Austausch wichtige Elemente und Zielsetzungen. Dafür bedürfe es auch eines ansprechenden Rahmenprogramms aus Unterhaltung und Kunst – das umgesetzt soll im Rahmen eines dreitägigen Demokratie-Festi-

vals gelingen. Das Konzept bzw. die geplante Veranstaltung vom 8. bis 10. Juli böten viele Potenziale. Daneben solle ein Zeichen der Solidarität gesetzt werden. Das Demokratiefestival #bettertogether sei eine einzigartige Möglichkeit vor Ort, in Summe trage es wesentlich zur Umsetzung der Leitlinien des Landkreises bei, so Katharina Schenk.

Fahrbare Krippe

Die Theaterfreunde Süß sind über das Theaterspielen schon seit Jahren aktiv in der Förderung der örtlichen Gemeinschaft tätig. Bereits in der Vergangenheit wurde eine Krippe mit übergroßen Figuren aufgestellt. Im Zuge der nötigen Renovierung der Dorfkrippe Süß im letzten Jahr wurde diese auf einem Bootsanhänger montiert und ist seither mobil. Die Idee einer fahrbaren Krippe entstand, als die Adventsbesinnung wegen schlechtem Wetters vor knapp drei Jahren ins Jugendheim verlegt werden musste. Nur die Krippe musste damals am Kircherl bleiben.

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV):

Mehr Bevölkerung und mehr Arbeitsplätze

Landkreis Dachau wächst am stärksten

Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) hat seine jährlich erscheinenden Kreisdaten veröffentlicht. Die Bevölkerungszahl ist in allen acht Landkreisen der Region München sowie in der Landeshauptstadt in den vergangenen zehn Jahren gestiegen, ebenso die Zahl der Beschäftigten. Mit einem Plus von 12 Prozent seit 2010 fällt der Bevölkerungszuwachs in Dachau im Vergleich am höchsten aus, im Landkreis Starnberg ist er mit 4,9 Prozent am geringsten. Die höchste Zunahme von Arbeitsplätzen haben die Landkreise Erding (+56,9%) und Dachau (+42,3%) zu verzeichnen. In allen Landkreisen ist im Corona-Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Auspendler gestiegen. Ein großer Teil von ihnen ist in die Landeshauptstadt München gependelt.

Die Kennzahlen und Indikatoren der Region München basieren hauptsächlich auf den Daten des Bayerischen Landesamtes für Statistik. Alle acht Landkreise der Region München (Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstentfeldbruck, Landsberg am Lech, München und Starnberg) sowie die Landeshauptstadt München verzeichnen ein stetiges Wachstum.

3,16 Millionen Einwohner in der Region München

Bis 2040 soll die Bevölkerung laut Prognose des Bayerischen Landesamtes für Statistik in der Region München auf insgesamt 3,16 Millionen Einwohner zunehmen. Das entspricht einem Zuwachs von rund 225.000 Einwohnern gegenüber 2020 in den nächsten zwanzig Jahren. Die größten Anstiege sind für die Landkreise Dachau (+10,5%) und Ebersberg (+10,3%) prognostiziert. Weniger stark wachsen voraussichtlich die Landkreise Fürstentfeldbruck (+5,3%) und Starnberg (+3,0%).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) hat in der gesamten Region München von 2010 bis 2020 stark zugenommen, und zwar um 353.745 Beschäftigte. Das entspricht prozentual einem Wachstum von gut 31 Prozent. Der Anstieg der SVB in der Stadt München liegt mit 29,3 Prozent (2010 bis 2020) unter dem des Regionsumlands (+33,4%), fällt aber in absoluten Zahlen deutlich höher aus (Stadt: 203.446, Umland: 150.299). Insgesamt verteilen sich die Arbeits-

plätze in der Region München auf knapp 60 Prozent (897.905) auf die Stadt München und zu 40 Prozent (600.943) auf das Umland.

1/3 des bayerischen BIP

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist seit 2009 in der gesamten Region um 50,7 Prozent auf 202,74 Milliarden Euro gestiegen. In der Region München wird damit knapp ein Drittel des gesamten bayerischen BIP (636,22 Mrd Euro) erwirtschaftet.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigbeschäftigten Pendler ist in den letzten zehn Jahren in allen Landkreisen gestiegen. Mit einem Pendlersaldo (Einpender minus Auspendler) von rund 94.000 war der Landkreis München in 2020 ein starker Pendlerraum. Am meisten Bürger sind aber in die Landeshauptstadt eingependelt (Pendlersaldo gerundet 230.000). Der Landkreis Fürstentfeldbruck hat einen Saldo von rund 39.000 und ist damit der größte Auspendlerraum in der Region.

Neue Wohnungen

Auch das Wohnungsangebot ist stetig angewachsen. Die meisten Neuerrichtungen je 1.000 Einwohner gab es 2020 im Landkreis Landsberg am Lech (5,1 je 1.000 Einwohner) und in der Landeshauptstadt München (5,0), die wenigsten in den Landkreisen Ebersberg (3,6) und Fürstentfeldbruck (3,8). In 2020 wurden in der gesamten Region München 13.550 Wohnungen neu errichtet (4,6 je 1.000 Einwohner).

Mehr Infos unter: www.pv-muenchen.de/kreisdaten

Bayerischer Innovationspreis „Zu Hause daheim“ 2022

Anfang Mai hat das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales bereits zum dritten Mal den Innovationspreis „Zu Hause daheim“ im Rahmen eines Festaktes in Augsburg verliehen, der beispielhafte Projekte in der modernen Seniorenarbeit würdigt, die sich für ein selbstbestimmtes Leben im Alter einsetzen.

Das Jahr 2022 stand unter dem Motto „DIGITAL AKTIV! Teilhabe im Alter durch Digitalisierung“.

Preisträger Stadt Kempten (Allgäu)

Als einzige Kommune für den Regierungsbezirk Schwaben erhält die Stadt Kempten (Allgäu), vertreten durch das Altstadt- und die Anlaufstelle für ältere Menschen, als Preisträger des „Bayerischen Innovationspreises 2022“ eine Prämie in Höhe von 3.000 Euro.

Digitale Teilhabe für die ältere Generation

Die digitalen Herausforderungen werden auch für ältere Menschen immer größer und gerade mit Beginn der Corona-Pandemie hat sich diese Entwicklung noch einmal verschärft. Die Stadt Kempten setzt sich mit verschiedenen Einrichtungen, Anlaufstellen und der stadtteilbezogenen Seniorenarbeit bereits stark für die Be-

dürfnisse und die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen ein und hat den Bedarf digitaler Weiterbildung und Unterstützung frühzeitig erkannt.

Mit dem Altstadt- und der Anlaufstelle für ältere Menschen wurde ein fünfjähriges Konzept zur digitalen Teilhabe im Alter erarbeitet. Dieses sieht eine analoge Wissensvermittlung in der immer wieder neu erscheinenden „digitalen Einlage“ im Programm des Altstadt- hauses vor.

„Digitale Sprechstunden“

Das Angebot umfasst Digitale Grundkurse für Anfänger und Fortgeschrittene, die sogenannten „Digitalen Sprechstunden“ im Altstadt- und den Stadtteilquartieren (Kempten Nord, Kempten Ost, Kempten Sankt Mang, Kempten Mitte-Süd und Kempten West), ein Internet-Café mit Tablet-PC-Verleih im Altstadt- und stadtteilbezogenen Seniorenangebot mit anderen Einrichtungen.

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Als Erster Bürgermeister der Stadt Neunburg vorm Wald vertritt ich derzeit rund 8.734 Einwohner/innen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
Ich habe das Amt im April 2011 angetreten und übe es hauptamtlich aus.

Welchem Beruf sind Sie vor Ihrem Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meiner Tätigkeit als Erster Bürgermeister war ich Polizeivollzugsbeamter bei der Bundespolizei.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?



Martin Birner

Erster Bürgermeister der Stadt Neunburg vorm Wald und Bezirksverbandsvorsitzender Oberpfalz des Bayerischen Gemeindetags

Ich brenne für meine Heimatstadt – sowohl vor meiner Zeit als Bürgermeister als auch jetzt nach inzwischen mehr als 10 Jahren im Amt. Egal, ob damals noch als ehrenamtlicher Jugendbeauftragter oder heute als Bürgermeister. Die Aufgaben und Themen unserer Heimat gehe ich damals wie heute mit Herzblut an. Ich habe noch viele Ideen, die ich gerne gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zum Wohle der gesamten Gemeinde umsetzen möchte.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine berufliche und ehrenamtliche Tätigkeit wusste ich was auf mich zukommt. Natürlich lernt man trotzdem nie aus.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Nach den verhärteten Fronten eines Bürgerentscheides galt es zunächst wieder eine positive Grundstimmung in Neunburg vorm Wald einzuleiten, damit die Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, Stadtrat, Verwaltung, Unternehmen und besonders ehrenamtlich engagierten Personen gelingt. Nur gemeinsam können wir unsere Heimatstadt weiterent-

wickeln. Diesen gemeinsamen positiven Weg will ich fortsetzen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Neben der Corona- und der Ukraine-Krise beschäftigen wir uns in Neunburg vorm Wald insbesondere mit der Weiterentwicklung unseres medizinischen Versorgungszentrums, womit die Gesundheitsversorgung auf Dauer im ländlichen Raum gesichert werden soll.

Vor Herausforderungen stellt uns vor dem Hintergrund der Abwägung von Neuausweisungen gegenüber dem Grundsatz

des Flächensparens und der Innenverdichtung, die große Nachfrage nach Bauland sowohl für die Wohnbebauung wie auch für die Gewerbeansiedlung.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Aktuell stehen der flächendeckende Breitbandausbau, das Schaffen von weiteren Kinderbetreuungsplätzen, um den Bedarf zu decken, und weitere größere Projekte in der Altstadtsanierung an.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Sich immer die unterschiedlichen Meinungen einholen und dann die Entscheidung treffen, die man selbst für richtig hält.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Durch zahlreiche persönliche und virtuelle Gespräche wie auch Abstimmungen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Ich sehe die Grundlagen für die generationengerechte und nachhaltige Entwicklung unserer Gemeinde im verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt und den Möglichkeiten der Digitalisierung in allen Kernbereichen des kommunalen Wirkens.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Man sieht sich immer zweimal im Leben.“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als Mensch, der immer versucht hat, das Beste für die Menschen und seine Heimat erreichen zu wollen.

Im Schnitt zwei Mängel

Unterfrankens Gewerbeaufsicht berieten sehr häufig zum Thema „Mutterschutz“

Offt kommen sie unangemeldet, um nachzuschauen, ob in puncto Arbeitsschutz alles in Ordnung ist. 2021 allerdings besuchten Unterfrankens Gewerbeaufsicht Firmen vor allem deshalb, weil besorgte Arbeitnehmer anriefen und auf mutmaßliche Missstände hinwiesen. Matthias Zierhut, der das Gewerbeaufsichtsamt leitet, ermuntert alle Beschäftigten, sich an seine Behörde zu wenden, wenn sie denken, dass in der Firma etwas im Argen liegt.

Arbeitsschutz ist eine komplizierte Sache. Es gibt eine Unmenge an Regelungen, Vorschriften und Normen. Kaum ein Firmenchef oder Sicherheitsbeauftragter hat sämtliche Vorgaben im Kopf. Vor allem ändert sich dauernd etwas. Sehr viele Änderungen brachte die Corona-Krise mit sich. Die 34 Aufsichtsbeamten um Matthias Zierhut besichtigen nicht nur Betriebe. Sie beraten auch zu Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit. Vor allem zum Thema „Mutterschutz“ war der Beratungsbedarf dem Amtsleiter zufolge im vergangenen Jahr riesig: „Bedingt durch Corona hatten wir hier etwa 2.500 Beratungen mehr als 2020.“

Für Zierhuts Behörde war 2021 ein anstrengendes Jahr. Weil zu den normalen Überprüfungen Infektionsschutzkontrollen hinzukamen, etwa in Bezug auf die Maskenpflicht, gab es unglaublich viel zu tun: „Gleichzeitig mussten wir auf den Schutz unserer eigenen Mitarbeiter achten.“ Insgesamt wurden 1.480 von unterfrankenweit mehr als 50.000 Betriebe besucht. Das entspricht einer Quote von nicht einmal drei Prozent. Hinzu kamen 829 Baustellenüberprüfungen. Im Schnitt wurden pro Betrieb zwei Mängel beanstandet. Insgesamt waren es 3.058. Die Mängelquote stieg laut Zierhut im Vergleich zu 2020 deutlich an.

Auch auf Baustellen wurde einiges entdeckt, was nicht korrekt war: „Wir überprüfen zum Bei-

spiel, ob dort, wo ein Gerüst stehen muss, tatsächlich ein Gerüst steht.“ Insgesamt kam es in diesem Bereich zu 3.688 Beanstandungen. Viele hatten einen Corona-Bezug. So wurde zu „3G-Zeiten“ überprüft, ob wirklich alle Beschäftigten geimpft, getestet oder genesen waren. Nun sind auf Baustellen oft Männer aus Osteuropa beschäftigt. Die waren zum Teil mit „Sputnik“ geimpft, so Zierhut: „Was bei uns nicht anerkannt ist.“ Sie galten also ungeimpft und hätten sich täglich testen müssen.

Extrem unterbesetzt

Die Gewerbeaufsicht, hört man oft, ist schlecht aufgestellt. Das, bestätigt Matthias Zierhut, ist auch kein Gerücht: „Wir sind extrem unterbesetzt.“ Die 34 Gewerbeaufsicht kommen mit ihren Aufgaben kaum nach. Sie beraten nicht nur und besichtigen Betriebe. Daneben haben sie alle Hände voll damit zu tun, Anträge zu genehmigen. „Oft wird zum Beispiel donnerstags oder freitags beantragt, am Sonntag ausnahmsweise arbeiten zu dürfen“, erklärt der Leiter des Amtes der Regierung von Unterfranken.

Sinn und Zweck dessen, was das Team um den promovierten Chemiker tut, ist es, zu verhindern, dass Menschen an ihrem Arbeitsplatz zu Schaden kommen. Trotz Beratung, Aufklärung und Kontrolle passieren allerdings Jahr für Jahr in Unterfran-

ken viele Dutzend Arbeitsunfälle. Wobei die Anzahl letztes Jahr leicht zurückging. Das lag daran, dass viele Beschäftigte daheim gearbeitet haben. 226 Arbeitsunfälle wurden der Gewerbeaufsicht von der Polizei gemeldet. In einem Fall verstarb das Unfallopfer. 2020 wurden noch 252 schwere Unfälle registriert.

Womöglich könnten einige dieser Unfälle verhindert werden, stünde bei der Gewerbeaufsicht mehr Man- und Womanpower zur Verfügung. Sehen die Gewerbeaufsicht zum Beispiel, dass bei einer Baustelle eine Absicherung fehlt, wird der Bau sofort gestoppt. Nachdem krankheitsbedingte Fehlzeiten, Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen, fragt sich, warum der Staat die Gewerbeaufsicht nicht besser ausstattet. Nun ja, meint Matthias Zierhut, der öffentliche Haushalt ist nun mal begrenzt: „Und wir stehen in Konkurrenz zu Gesundheitsämtern, Polizei und Schule.“

Trotz Personalknappheit wachsen die Aufgaben in den Gewerbeaufsichtsbehörden. Fast jedes Jahr kommt irgendetwas Neues hinzu. So wurde Anfang letzten Jahres in Würzburg ein bayernweites Röntgen-Kompetenzzentrum eingerichtet. Das achtet zum Beispiel darauf, dass das Mammographie-Screening sicher ist. Ein großes Thema ist laut Mitarbeiter Andreas Kurfeß aktuell auch die Teleradiologie. Vor allem wegen der Corona-Krise nahm es an Fahrt auf. Teleradiologie bedeutet, dass Ärzte nicht mehr unbedingt dort sein müssen, wo ein Röntgengerät steht.

Seit April 2021 prüfen die Mit-

EU-Spitzen-Diplomat bei Bürgermeisterkonferenz zum Europatag in Cham:

Eine friedliche Zukunft erfordert eine handlungsfähige EU

„Der Friede war für viele von uns lange Zeit eine Selbstverständlichkeit“, so der oberpfälzer Bezirkstagspräsident und Chamer Landrat Franz Löffler anlässlich einer Konferenz der kommunalen Entscheider im Landratsamt mit Prof. Dr. Gerhard Sabathil zum Europatag.

Löffler, der auch Präsident des Bayerischen Bezirkstags ist, hatte den ehemaligen EU-Botschafter zu einem Vortrag über die Einflüsse des Krieges in der Ukraine geladen. Steigende Rohstoffpreise, die Inflation, die Gefährdung unserer Demokratie, die Migrations- und Integrationspolitik und die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik waren Themenschwerpunkte. Auch der Zusammenhalt der Staaten innerhalb der EU, Europas Gewicht in der Welt und die Ukraine als zukünftiges Mitglied wurden thematisiert.

Hybride Form eines dritten Weltkriegs

Der Angriffskrieg von Russlands Präsident Wladimir Putin auf die Ukraine verdeutlichte wie verletzlich dieser Friede ist, so Löffler. „Eine der Kernantworten für eine friedliche Zukunft liegt in einer geeinten und handlungsfähigen Europäischen Union.“

Vor Mitgliedern des Kreistages und der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erläuterte Prof. Sabathil dass die derzeitige Situation bereits eine „hybride Form eines dritten Weltkriegs“ sei. Auch wenn aktuell nur Russland und die Ukraine kämpfen seien die europäischen Staaten aufgrund von Energie- und Waffenlieferungen, Sanktionen, Solidaritätsbekundungen oder Flüchtlingshilfen bereits Teil des Krieges. „Der Sieg Putins wäre eine politische Atombombe für Europa“, fürchtete der Redner.

Kritik äußerte Sabathil an der bisherigen Außenpolitik Deutschlands, „denn wir haben uns von den drei Weltmächten abhängig und erpressbar gemacht: Von den USA verteidigungspolitisch, von Russland energiepolitisch und von China industriell.“ Mit dem Wunsch nach guten Beziehungen zu allen Ländern sei die deutsche Außenpolitik leider geschei-

tert. Schon seit 2008/2009 habe sich daher eine Eskalation im wirtschaftlichen Bereich abgezeichnet weil Deutschland mit seinem Kuschkurs gegenüber Russland und China einen Sonderweg einschlug, anstatt beispielsweise Litauen in der Taiwan-Frage beizustehen. Deutschland habe nicht nur die Ukraine, sondern auch weitere östliche Nachbarn enttäuscht.

Ob gar eine nukleare Eskalation denkbar ist, stand als Frage im Raum. „Man muss auf das Schlimmste vorbereitet sein“, warnte der Diplomat. „Ob in der Ukraine ein mehrjähriger Abnutzungskrieg toben wird, ob wir einen totalen Wirtschaftskrieg gegen Russland durchhalten, wer überhaupt einen Frieden vermitteln und verhandeln kann oder wer die Kriegszerstörung und den Wiederaufbau in der Ukraine bezahlen wird, all das sind Fragen, auf die es derzeit keine Antwort gibt“, erläuterte Sabathil.



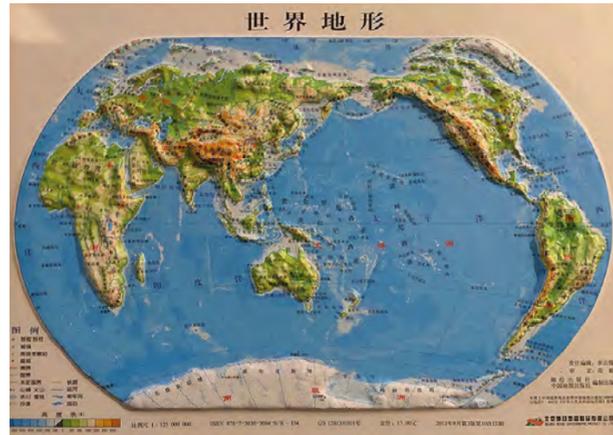
V.l.: Dr. Gerhard Hopp, MdL, Kreisvorsitzender der Europa-Union, Karin Stelzer, Leiterin Europe Direct Furth im Wald, Botschafter a.D. Prof. Dr. Gerhard Sabathil sowie Landrat und Bezirkstagspräsident Franz Löffler.

Bild: Pressestelle Landkreis Cham

„Wir werden die Letzten sein, die die Ukraine um Rat bitten würde“, meinte Sabathil. Eine baldige EU-Mitgliedschaft des kriegsgebeutelten Landes sieht er noch nicht.

Kriegerischer Kontinent

Die jahrzehntelange Erfahrung des Referenten auf internationalem Parkett ermöglichte dem Publikum Einblicke in geopolitische Zusammenhänge. Anhand der Weltkarte, wie sie die Mehrheit der Menschen kennt und als realistisch betrachtet sowie eines Videos über die Grenzverschiebungen der vergangenen 1000 Jahre in Europa zeigte der Redner auf, dass Europa nicht als Zentrum sondern als der kriegerischste Kontinent der Welt wahrgenommen wird.



Diese Weltkarte verdeutlicht das Weltbild des Großteils der Menschheit. Europa steht dabei keinesfalls im Mittelpunkt; vielmehr wird es wahrgenommen als die kriegerische Halbinsel am Ende Eurasiens. In wenigen Minuten, die man sich unbedingt gönnen sollte, verdeutlicht der Link zum Video die meistens durch Kriege erzwungenen europäischen Grenzverschiebungen im Lauf der vergangenen 1000 Jahre: <https://www.youtube.com/watch?v=RJfQ8-M2-j0>. Video: YouTube.com

arbeiter des Kompetenzzentrums zum Beispiel, was passiert, wenn das System einmal ausfällt. Auch nach den Übertragungsstrecken wird geschaut. Grundsätzlich muss jedes Röntgengerät laut Andreas Kurfeß alle fünf Jahre überprüft werden. Das gilt für medizinische, aber auch für technische Röntgenapparate.

Arbeit also und kein Ende. Damit haben die Mitarbeiter im Gewerbeaufsichtsamt viel mit jenen Menschen gemein, die sich an den

verschiedensten Arbeitsplätzen in Unterfranken zumindest punktuell überfordert fühlen, weil so viel zu tun ist. Chronischer Stress belastet die Psyche und kann krank machen. Heuer vor genau zehn Jahren gab die Nationale Arbeitsschutzkonferenz die „Leitlinie Beratung und Überwachung bei psychischer Belastung am Arbeitsplatz“ heraus. Seitdem weisen Gewerbeaufsicht bei Betriebsüberprüfungen auch auf seelisch belastende Arbeitsanforderungen hin. **Pat Christ**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Oberpfalztag-Premiere in Amberg:

Tradition und Innovation

Beim ersten Oberpfalztag in Amberg zeigte sich der Regierungsbezirk von seiner besten Seite: kreativ, innovativ und modern. Unter dem Motto „Wir. Feiern. Oberpfalz.“ bekamen Akteure aus der Wirtschaft, aber auch aus allen anderen gesellschaftlichen Bereichen auf dem Campus der Ostbayerischen Technischen Hochschule sowie in der Amberger Altstadt eine angemessene Bühne.

Dies ließ sich auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder nicht entgehen. Bei seinem Besuch traf er auf einen besonderen Oberpfälzer, den Further Drachen. Tradinno treibt seit 2010 sein Unwesen beim ältesten Volksschauspiel Deutschlands, dem Further Drachenstich. Als größter vierbeiniger Schreitroboter der Welt wird er im Guinness-Buch der Rekorde geführt. Unter Federführung der Zollner Elektronik AG aus dem Landkreis Cham arbeiten Ingenieure von mehr als 20 Firmen und Institutionen, darunter auch Hollywood-Effekt-Spezialisten sowie das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt-technik, an diesem Wunderwerk der Technik. Der Drache ist Sinnbild dafür, was die Verbindung von Tradition und Innovation schaffen kann. Entsprechend Söders Reaktion: „Innovative Leistungsschau, die eine moderne und kreative Oberpfalz zeigt. Die Oberpfalz ist eine der Aufsteigerregionen Europas und gleichzeitig traditionell und sympathisch.“

Innovation und Kreativität

Bei der Großveranstaltung zeigten aber auch viele weitere Unternehmen, Vereine und Institutionen, was die Oberpfalz in Sachen Innovation und Kreativität zu bieten hat. Auf dem Campus der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Amberg-Weiden erwartete die zahlreichen Besucher ein abwechslungsreiches Programm. Von KI, Elektrotechnik, Robotik und Informatik, über Medientechnik, Mechatronik, moderne Heizkraftwerke, bis hin zu Biotechnologie, Fahrzeugleichtbau und Smart Factory: Über 20 Labore luden dazu ein, bei Vorführungen und Mitmach-Aktionen hinter die Kulissen der Forschung zu blicken. Dabei konnten die Gäste zum Beispiel in virtuelle Realitäten eintauchen, digitale Zwillinge treffen, gegen Künstliche Intelligenz in Vier-Gewinnt antreten oder ihren Mode- und Goldschmuck analysieren lassen.

Dozenten der OTH Amberg-Weiden beleuchteten zudem aktuelle Themen wie Wasserstoffverbrennungsmotoren, Energieeffizienz und Industrie 4.0. Auch konnten die Besucher etwas über die Mythen rund um die Kunststoffe oder über die Schätze, die in unserem Abfall stecken, erfahren. Interaktive Projekte, Ausstellungen, Infostände und ein spezielles Kinderprogramm rundeten das facettenreiche Angebot ab.

Als ein Paradebeispiel für Innovation gilt die BHS Corrugated Maschinen- und Anlagenbau GmbH, ein Hersteller von Wellpappenanlagen aus dem Landkreis Neustadt an der Waldnaab. Beim Oberpfalztag hatten die Besucher die Möglichkeit, sich mit Robotern vor Ort über ein Tablet direkt auf einen zweiten Roboter in Weiherhammer zu schalten und dort live das beeindruckende Gebäude zu erkunden. Am Start war auch das BayernLab, ein Zentrum für digitale Wissensbildung des Freistaats Bayern mit Standorten in Nabburg und Neumarkt. Über ein Holodeck ließen sich mit Hilfe einer VR-Brille Ausflüge in eine Oberpfälzer Sehenswürdigkeit unternehmen.

Für die jüngeren Besucher öffnete auf dem Campusgelände der OTH außerdem das „Haus der kleinen Forscher“ seine Pforten. Dort konnte spielerisch die

Funktionsweise eines Roboters erkundet werden, es gab eine Hüpfburg mit einem Eingang in der Form des Nabburger Tors, einen mobilen Skatepark mit Stunt-Scootern und Skateboards zum Ausleihen, ein Energie-Fahrrad zur Stromerzeugung, sowie ein Blockheizkraftwerk zum Anfassen.

Abwechslungsreiches Bühnenprogramm

Den kreativen Rahmen für die vielen innovativen Ausstellerangebote bildete das abwechslungsreiche Bühnenprogramm des Oberpfalztags. Auf dem Campus erwartete die Besucher neben der großen Hauptbühne eine Nebenbühne mit Aufführungen des Landestheaters Oberpfalz sowie des Marionettentheaters Schwandorf mit einem Stück, das aus einer internationalen Kooperation stammt. Im Wintergarten der OTH hielten Autoren und

Filmemacher Lesungen ab und zeigten ihre Werke. Eine weitere große Bühne gab es auf dem Amberger Marktplatz, auf der Bands aus der Vilsstadt und dem Landkreis Amberg-Sulzbach auftraten.

Neben Innovation und Wirtschaft ist die Oberpfalz aber auch für ihre wunderschöne Natur bekannt, die man in den zahlreichen Naturparks der Region besonders gut genießen und erleben kann. Naturpark-Ranger kamen deshalb an den Campus und unternahmen mit Groß und Klein Exkursionen in die umliegende Flora und Fauna. Auch das Heimatmobil des Bezirks Oberpfalz rollte an. Mit dabei: das Freilandmuseum Oberpfalz, das 3D-Scans einiger Sammlungsobjekte präsentierte - und das direkt auf den Endgeräten der Besucher.

Neben dem Oberpfalz Marketing e.V. und der OTH Amberg-Weiden waren auch die Stadt Amberg und der Landkreis Amberg-Sulzbach als Veranstalter des Oberpfalztags mit eigenen Ständen vertreten. Die vom bayerischen Wirtschaftsministerium geförderte Veranstaltung soll alle zwei Jahre an unterschiedlichen Orten in der Oberpfalz stattfinden. **DK**



v.l. Sandro Bauer, Bürgermeister von Furth im Wald und 1. Vorsitzender des Festspielvereins Drachenstich mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Landrat Franz Löffler, Landkreis Cham und Finanzminister Albert Füracker. Bild: Anja Wirth, Oberpfalz Marketing e. V.

Mit ein paar Klicks zum Angebot

Bezirk Unterfranken bietet ab Juni raschen Überblick über Einrichtungen in der Region

Welche Richtlinie ist gerade in Kraft? Was ist nötig, um eine soziale Leistung zu beantragen? Und wo finden sich in der Region Anlaufstellen bei sozialen Problemen? All diese Informationen werden in Kürze übersichtlich auf der Homepage des Bezirks Unterfranken zu finden sein. Spätestens Ende Juni soll der überarbeitete Internetauftritt freigeschaltet werden, so Sozialreferentin Eva-Maria Löffler. Dann können Anträge einfach heruntergeladen und Angebote in ausgewählten Regionen gesucht werden.

Zugutekommen wird die neu gestaltete Homepage zum Beispiel Menschen, deren Angehörige pflegebedürftig geworden sind. In dieser Situation tun sich tausend Fragen auf. Mit ein paar Klicks soll in Zukunft zum Beispiel ersichtlich werden, welche Seniorenheime und welche Sozialstationen sich in der Nähe des Wohnorts befinden. Auch wird über den Standort des nächsten Pflegestützpunkts informiert. „Wir werden außerdem überall Ansprechpartner mit den entsprechenden Kontakten auflisten“, so Viola von Brunn, Geschäftsleiterin der Beamtin der Sozialverwaltung.

Auch Menschen mit Behinderung können nach Einrichtungen und Angeboten suchen. So werden alle sozialpsychiatrischen Dienste in Unterfranken mit den entsprechenden Kontaktpersonen aufgelistet sein. Außerdem kann regionsweise nach Angeboten der Offenen Behindertenarbeit (OBA) oder des Ambulanten betreuten Wohnens gesucht werden. Aufgeführt werden weiter die Adressen von Werkstätten für behinderte Menschen, von

Tagesstätten, Zuverdienst- und Inklusionsprojekten.

Die neue Homepage führt schließlich Freizeitmaßnahmen für Menschen mit einem Handicap auf und informiert zu Themen wie „Hilfsmittel“ und „Schulbegleitung“. Informationen gibt es aber zum Beispiel auch über den behindertengerechten Umbau des Autos. „Unsere Seite informiert über passende Angebote für den individuellen Bedarf“, so von Brunn.

Die Seiten sollen immer auf dem aktuellen Stand gehalten werden. Das ist wichtig, da sich in der „Sozialszene“ ständig eine Menge ändert. Nicht nur, weil Ansprechpartner wechseln. Daneben sorgen Gesetzesvorgaben dafür, dass es immer wieder neue Angebote gibt oder etablierte Angebote umgestaltet werden. Aktuell zum Beispiel wirkt sich das Pflege- und Wohnqualitätsgesetz aus. Dem Gesetz zufolge sollen Heimbewohner in Zukunft standardmäßig in Einzelzimmern leben können.

Menschen in Pflege- und Behindertenheimen profitieren in

puncto Lebensqualität enorm von dem Gesetz. Für Heimträger bedeutet es eine immense Herausforderung. Umfangreiche Um- und Neubaumaßnahmen stehen an. So verfügte das Landratsamt Main-Spessart unlängst, dass die Arbeiterwohlfahrt ihre Einrichtung „Haus Sonnenblick“ für 44 Menschen mit psychischem Handicap an den Standorten Gemünden und Rieneck bis Ende 2023 neu bauen muss, da die bisherigen Gebäude den Anforderungen des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes nicht genügen.

Moderne Wohnheimplätze

Dieser Neubau ist nun mit 38 Plätzen auf einem landwirtschaftlichen Anwesen in Rieneck geplant. Vor wenigen Tagen wurde die Maßnahme den Mitgliedern des bezirklichen Sozialausschusses vorgestellt. Die AWO möchte mit dem neuen „Haus Sonnenblick“ nicht nur moderne Wohnheimplätze für seelisch kranke Menschen schaffen. Gleichzeitig soll der Bauernhof auf dem Anwesen in einen zertifizierten „Arche-Hof“ mit integriertem Streichelzoo umgewandelt werden.

Der Hof soll die Bewohner sinnstiftend beschäftigen und gleichzeitig zum Artenschutz sowie zum Erhalt gefährdeter und vom Aussterben bedrohter Haus- und Nutztierarten beitragen. Im „Arche-Hof“ sollen unter anderem die rückläufige Rinderrasse „Frankenvieh“, die gefährdete Kaninchenrasse „Japaner“ sowie die stark gefährdete Hühnerrasse „Andalusier“ gehalten werden. Der Sozialausschuss befürwortete das Projekt einstimmig. Der Stadtrat von Rieneck hatte den Neubau Anfang Mai aus gestalterischen Gründen abgelehnt.

Pat Christ

GZ PINOS WELT



Heimat – welch wunderschöner Begriff. Jeder kann sich darunter sein ganz eigenes Paradies vorstellen. Das kann der Bauernhof sein, auf dem man geboren wurde. Das Stadtviertel, in dem man aufwuchs. Eine Landschaft, mit der man sich verbunden fühlt. Heimat können Gerüche sein, Geschmäcke, Laute, ein Dialekt, Musik. Heimat kann die Kirche sein – als Gotteshaus und als Organisation. Der Fußballverein oder die Jugendgruppe können ebenso Heimat geben wie der Herrgottswinkel im Pflegeheim. Wer aus der Heimat vertrieben wurde sehnt sich danach zurück und baut sie in Gedanken, Vorstellungen und Erinnerungen wieder auf. Gerade die deutschen Heimatvertriebenen haben ihr ganz spezielles Stück innere Heimat auch den jüngeren Generationen vermittelt, die nicht mehr in Eger, Breslau oder Her-

ben, aber man hätte doch erwarten können, dass wenigstens das Pathos eine etwas höhere Halbwertszeit hätte. Denn man darf sicher unterstellen, dass das russische Narrativ einer faschistischen Ukraine nicht durch das Bild der Heimatverteidigung gestützt werden sollte.

Einen Begriff wie Heimat gibt es in den wenigsten Sprachen. Weder das Englische, noch das Französische, noch das Italienische kennen ihn. Fast so wie bei Gemütlichkeit und Innerlichkeit brauchte es wohl ein spezielles geschichtliches, philosophisches und mentalitätsbezogenes Umfeld, um das Bedürfnis für einen solchen Begriff zu wecken und ihn entstehen zu lassen.

Heimat gibt es in unterschiedlichen Komposita wie Heimatliebe, Heimatroman, Heimatfilm oder Heimatfront. Die Heimat wird in Liedern und Gedichten besungen, in Romanen und Aufsätzen verwendet. Wenn sich Deutsche im Ausland begegnen, wird in der Regel gefragt „und wo kommen Sie her?“. In Romanen, die von Gefangenschaft, Krieg oder Not erzählen, fragen die Protagonisten in der Regel „wo ist Deine Heimat?“. Heimat ist ein untrennbarer Teil von uns.

Auch wenn ich nur ein Kater bin, dessen Heimatbegriff sich in erster Linie durch den Standort der Futterschale und des Kratzbaums kennzeichnet, bin ich dennoch sehr skeptisch gegenüber der Absicht, etwas so innerliches und persönliches wie den Heimatbegriff politisch definieren zu wollen. Das gilt für die national-völkische Ecke, die mit dem Heimatbegriff für ihr engstirniges Weltbild werben will, ebenso wie für Linke, die den Menschen vorschreiben wollen, was ihr Bild von Heimat gefällt zu sein hat.

Nein, wir sollten die Suche nach dem Kern des Begriffes der Heimat wie seit Jahrhunderten den Philosophen, Denkern und Literaten überlassen. Selten ist die deutsche Poesie so schöpferisch, wie wenn der Begriff der Heimat Gegenstand der Reflexion ist. Eines der schönsten Zitate dazu, dass auch die Offenheit und Inklusivität des Heimatbegriffs zeigt, stammt von Johann Gottfried Herder: „Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss.“

Ihr Pino



v.l.: CSU Ortsvorsitzender Philipp Rauner, stv. Orts- und Fraktionsvorsitzender Stefan Baisch und der stellvertretende JU-Ortsvorsitzende Johannes Kranz beim Ortstermin an der Naumündung. Bild: CSU Günzburg

Stadt Günzburg:

CSU sagt Ja zur Landesgartenschau

„Stadt am Wasser“ zentrales Thema

Der CSU Ortsverband unterstützt die Bewerbung der Stadt Günzburg um die Landesgartenschau und sieht darin als zentrales Thema die „Stadt am Wasser“ wie der CSU Ortsvorsitzende und Ortssprecher für Günzburg Philipp Rauner mitteilt. „Wir erhoffen uns 20 Jahre nach Legoland einen weiteren Schub für Günzburg“, so Rauner.

Wichtig für die CSU ist, dass es ein geschlossenes Wegenetz mit neuen Brückenverbindungen im Bereich Günzmündung und Hagenweide sowie Egelsee gebe, das betont CSU-Vorstandsmitglied Dr. Hans-Christian Niemetz.

Mit dem Wasser leben

Aus Sicht der CSU muss auch die Erreichbarkeit des Wassers und die Begehrbarkeit der Uferzonen, ähnlich der gelungenen Renaturierung im Bereich der Naumündung, verbessert werden und gegebenenfalls Grundstücke erworben und gepachtet werden. „Günzburg lebt am Wasser, aber nicht mit dem Wasser“ fasst

der stellvertretende CSU-Orts- und Fraktionsvorsitzende Stefan Baisch zusammen, „das muss sich ändern“.

Angebot für die Jugend

Der Jungen Union um den stellvertretenden Ortsvorsitzenden Johannes Kranz ist es ein großes Anliegen, die Belange der Kinder und Jugendlichen bei einer Landesgartenschau in der Kinder- und Familienregion nicht aus den Augen zu verlieren. Ihm schwebt eine Stranddisco bzw. Strandbar auf dem Gelände der Landesgartenschau vor, ergänzt durch einen Wasserspielplatz und eine generationsübergreifende Kneippanlage. □



Die Vertreter der Kommunen im Landkreis Regensburg (mit den Projektergebnissen in den Händen) zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landschaftspflegeverbandes Regensburg und Landrätin Tanja Schweiger (links).

Bild: Markus Bauer

Streuobstbestand wird kartiert

Ergebnisse wurden an Juradistl-Gemeinden im Landkreis Regensburg übergeben

Viehhausen. Das Thema „Streuobst“ genießt im Landkreis Regensburg einen hohen Stellenwert. Im Rahmen des Landschaftspflegeprojektes „Juradistl“ beschäftigt sich der Landschaftspflegeverband (LPV) Regensburg schon viele Jahre mit der Streuobst-Thematik. Aktuell konnte nun Landrätin Tanja Schweiger im Klostergarten Viehhausen die ersten Ergebnisse einer digitalen Streuobstkartierung an kommunalpolitische Vertreter aus dem Juradistl-Kerngebiet übergeben.

Von neun der insgesamt 13 Gemeinden oder deren Stellvertreter (Beratzhausen, Deuerling, Duggendorf, Hemau, Holzheim am Forst, Kallmünz, Laaber, Nittendorf, Pielenhofen, Sinsing, Wolfsegg) waren die Bürgermeister oder deren Stellvertreter gekommen, die Landrätin Schweiger herzlich willkommen hieß. Sie verwies in ihrer Begrüßung auf das „Erfolgs-Pettendorf, das die Landkreise Amberg-

Sulzbach, Neumarkt, Regensburg und Schwandorf umfasst und mit dem Deutschen Landschaftspflegepreis ausgezeichnet wurde.

Wo gibt es Streuobstbestand

Auf den von Ministerpräsident Dr. Markus Söder ins Leben gerufenen Streuobst-Pakt Bayern nahm LPV-Geschäftsführer Josef Sedlmeier in seinem Grußwort Bezug. Dabei werde ganz besonders die Förderung des Streuobstbestandes betont. Daher sei es wichtig aufzuzeigen, wo es Streuobstbestände bzw. Bäume gebe. Genau darum gehe es in dem Kartierungsprojekt.

Denn Streuobstbestände sind auch Hotspots für den Erhalt von Tierarten, vor allem von Insekten und Vögeln. „Über

1.000 Arten sind abhängig von dieser besonderen Form der Obstkultur. Und deshalb ist jeder Streuobstbaum ein wertvolles Biotop, das es möglichst lange zu erhalten gilt“, machte Heidrun Waidele deutlich, die beim LPV für das Juradistl-Projekt zuständige Mitarbeiterin. Sie verwies auf 3.200 seit 1995 neu gepflanzte Bäume und auf die seit 2018 laufende umfassende Strukturkartierung in der Stadt und im Landkreis Regensburg. Auf Basis von Luftbildern können mittels bestimmter Parameter Streuobstbestände erkannt werden, ab zehn Bäumen erfolgt die Erfassung und danach bei Begehungen die Erfassung der Daten für die Kartierung (Alter, Zustand, Wertigkeit, Pflegezustand, Standsicherheit, Vitalität usw.).

Maßnahmenempfehlungen

Aus diesen Informationen werden dann Maßnahmenempfehlungen abgeleitet, um den Streuobstbestand zukünftig in Sachen Naturschutz aufzuwerten. „Für jede Gemeinde, in der eine solche Kartierung erfolgt, wurde ein Konzept bzw. Katalog angefertigt, der die einzelnen Streuobstbestände darstellt und beschreibt“, fasste Waidele zusammen und ergänzte, dass die Ergebnisse auch in die Arbeit und Beratungstätigkeit des LPV einfließen. Insgesamt sind über 8.000 Obstbäume auf einer Fläche von rund 760 Hektar erfasst worden.

Nach diesen Ausführungen verteilten Landrätin Schweiger sowie die LPV-Mitarbeiter Sedlmeier und Waidele die örtlichen Ergebnisse an die Kommunalpolitiker. **Markus Bauer**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der eta Energieberatung GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Der Kreisverband Bad Tölz-Wolfratshausen der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU hat neu gewählt. Der neuen Vorstandschaft Florian Lettner (Beisitzer), Thomas Gründl (Beisitzer), Franz Schöttl (stv. Vorsitzender), Heiko Arndt (Beisitzer), Karsten Bauer (1. Vorsitzender), Dr. René Mühlbauer (Beisitzer) und Christine Brandl (Beisitzerin/v.l.) gratulierte CSU-Kreisvorsitzender Thomas W. Holz (4. v. li.). Nicht auf dem Bild: Dr. Matthias Winter (Beisitzer), Brigitta Opitz (Beisitzerin), Michael Häscher (Beisitzer) und Michael Müller (stv. Vorsitzender).

Bild: CSU Bad Tölz – Wolfratshausen

Wahlen in Bayern

Germaringen hat einen neuen alten Bürgermeister. Helmut Bucher, der als einziger Kandidat zur Wahl stand, wurde mit 88,69 Prozent im Amt bestätigt. Vor sechs Jahren, als er zum ersten Mal antrat, machten nur 60 Stimmen den für ihn entscheidenden Unterschied.

Auch im Landkreis Deggendorf wurde gewählt. Neuer Landrat ist der frühere Kultur- und Wissenschaftsminister Bernd Sibling. Die Wahl war notwendig, da der ehemalige Landrat Christian Bernreiter dem Ruf von Ministerpräsident Dr. Markus Söder nach München gefolgt ist und seither als Bau- und Verkehrsminister im Kabinett fungiert. Sibling (CSU) erreichte die erforderliche Mehrheit der Stimmen mit 52,84 Prozent im ersten Wahlgang.

Im Landkreis Dillingen müssen die Kandidaten Markus Müller (Freie Wähler) mit 48,2 Prozent und Christoph Mettel (CSU) mit 45,4 Prozent am 29. Mai in die Stichwahl. Amtsinhaber Leo Schrell war nicht mehr angetreten. □

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 087 73 18-0
F 087 73 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Martha Müller · 0711/900357-72 · windimwald@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahren-koessinger.de

Glasfaserausbau

UG
Unsere Glasfaser
powered by Allianz

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.
Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2022 sichern unter: **0800 410 1410 111**
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning

Gemeindezeitung auf folgenden
Social Media Kanälen:



Informationssicherheit und Datenschutz

Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet?
Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit.
Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de



Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Recyclingbaustoffe



www.baustoffrecycling-bayern.de



Ohne Kommunen keine Energiewende!

...und wie?

Sie haben Fragen rund um das Thema „Energie“ in Ihrer Kommune?

Damit sind Sie nicht alleine. Viele Gemeinden und Städte stehen vor derselben Herausforderung.



„Ein Bürgermeister*innen Austausch über Erfahrungswerte bei der Umsetzung von Projekten wäre sehr wertvoll – ein Klimaschutzmaßnahmen-Stammtisch sozusagen. (Gerne auch mit Ing. Büro!;-)“

Erste Bürgermeisterin Monika Meyer,
Gemeinde Erlbach

Wir helfen Ihnen Vertrauen zu den Bürgern aufzubauen und kontinuierlich aufrecht zu erhalten. Dabei zeichnen wir uns durch unser vielfältiges Angebot an besonderen Beratungsleitungen aus.

- Bürgerbetreuung:
Abfrage Interessenbekundung,
persönliche Beratung,
Koordination Zeitmanagement
- Informationsflyer
- Bedarfsermittlung / Standortanalyse
- Analyse der Alternativen/
Varianten und deren Wertung
mit Kostenuntersuchung
- Terminplanerstellung und
Projektorganisation
- Individuelle Fördermittelberatung
- Präsentation vor Entscheidungs-
gremien (Gemeinde- oder Stadtrat,
Bürgerveranstaltungen)
- Verfahrensbetreuung, Mitwirkung
bei der Vergabe von Planungs-
und Gutachterleistungen
- Prüfen und Werten von Nebenangeboten
- Technische/r Sachverständige/r und
Mitwirkung bei juristischen Projekt-
angelegenheiten, Mediation
- Wärmelieferverträge und Tarifmodelle
- Betriebsoptimierung („Leistungsphase 10“)

Von der Idee über die Umsetzung bis hin zur Inbetriebnahme sind wir für Sie da.

Unser erfahrenes Experten-Team für kommunale Energieprojekte geht individuell auf Ihre Bedürfnisse ein und steht als kompetenter und zuverlässiger Partner an Ihrer Seite. Dadurch bieten wir Struktur und Sicherheit und organisieren den Weg zu Ihrem Projekterfolg.

eta-Energiedienstleistungen



Sparen durch Energieeffizienz

Unsere Energie-Effizienz-Experten analysieren die Energieeinsparpotenziale in Ihrem Betrieb und erstellen Ihnen ein Konzept zur Umsetzung.



Energiemanagement mit System

Profitieren auch Sie von Energiemanagement-Systemen. Wir sagen Ihnen wie und helfen Ihnen bei Aufbau und Implementierung.



Energieerzeugung mit Konzept

Wir erarbeiten für Sie Ihr individuelles Konzept zur wirtschaftlichen Energiebereitstellung und setzen es mit Ihnen auch um.



Energiebeschaffung optimieren

Durch unsere Experten sparen Sie beim Energieeinkauf und sichern sich so eine langfristig bezahlbare und sichere Energieversorgung.



Vom Energierecht profitieren

Wir zeigen Ihnen die Potenziale zur Reduzierung Ihrer Energieebenkosten auf und übernehmen auch die formalen Arbeiten hierfür.



Energieverteilung optimieren

Die fundierte Planung Ihres Wärmenetzes zahlt sich langfristig aus. Nutzen Sie unser Knowhow, egal ob Sie neu planen, erweitern oder umbauen.



Gutachten schaffen Sicherheit

Wir bewerten mit unserem Expertenwissen die Chancen und Risiken Ihres Energieprojekts. Damit erhöhen Sie Ihre Investitionssicherheit.



Fördermittel optimal einsetzen

Durch geeignete Förderprogramme können Sie die Wirtschaftlichkeit Ihrer Projekte erhöhen. Wir suchen für Sie die optimale Lösung.



Erneuerbare Energien nutzen

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen ändern sich. Mit unseren Optimierungskonzepten bleibt Ihre Biomasseanlage wirtschaftlich.



eta Energieberatung GmbH
Löwenstraße 11
D-85276 Pfaffenhofen
Tel. +49 (8441) 49 46-0
Fax +49 (8441) 49 46-40
info@eta-energieberatung.de
www.eta-energieberatung.de



Mehr nützliche Informationen
finden Sie auf unserer Homepage:
www.eta-energieberatung.de